

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3.00 Mtl., monatlich 1.10 Mtl., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnement: 1.10 Mtl. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungskategorie. Unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mtl. für das übrige Ausland 3 Mtl. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern- und deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zählbare festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengebühren und Schlußzeilen: 10 Pf. das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. März 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der dreijährige Reiterdienst.

Unsere im geistigen Leitartikel aufgestellte Mindestforderung auf Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit, wird sicherlich auf den fanatischen Widerstand der Militärs stoßen. Sie werden haarklein zu beweisen suchen, daß weder für die berittenen Truppen noch für die Marine eine Herabsetzung der Dienstzeit möglich sei. Leider sind unsere bürgerlichen Parteien nur zu sehr geneigt, alles, was ihnen von Angehörigen der Offizierslaste vorerzählt wird, kritiklos als Offenbarungen von unumstößlichem Wahrheitswert hinzunehmen. Auch die militärischen Sachverständigen der liberalen Presse sind schließlich nur abgehaltene Leute vom Bau, die zwar hier und da an Einzelheiten der Heeresmaschine herdrücken, an dem System selbst aber nichts geändert haben wollen. Trotz aller starken Worte ist in der linksliberalen Presse nichts zu hören von einer grundsätzlichen Ablehnung der drohenden Tiefenwehrvorlage. Man verlangt von der Regierung den Nachweis, daß alle Forderungen auch tatsächlich notwendig sind. Nun, die Herren mit den „larmoiinvergnügten“ Streifen und Aufschlägen, die Autoritäten des Generalstabes und des Kriegsministeriums werden es den Herren Volksvertretern, die sich so gern belehren lassen wollen, schon klar machen, daß jeder Mann und jede Waffenteile zur Sicherung des Vaterlandes und des Friedens unbedingt nötig ist. Hat doch schon der militärische Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ nachgewiesen, daß die Vernechtung des Mannschaftsbestandes usw. zur Sicherung nach Westen wie nach Osten notwendig und ausreichend sei. Die Abstimmung über die Wehrvorlage von 1912 hat ja schon zur Genüge dargetan, was man von der Abwehr überspannter Wüstungsmahnahmen durch die bürgerlichen Parteien zu erwarten hat. Wenn es aber den liberalen Herren, die hinter dem „Berl. Tagebl.“ und der „Frankf. Ztg.“ usw. stehen, ernst ist mit ihrem Kampfe gegen das Betrüben, dann sollen sie ihren starken Worten auch Taten folgen lassen, dann sollen sie sich unserer Mindestforderung auf Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit anschließen.

Solange der Liberalismus sich über diese Frage noch ausschmeigelt, wollen wir eine Anzahl Argumente anführen, die die Berechtigung der dreijährigen Dienstzeit bestreiten sollen. Zunächst die der berittenen Truppen.

Als Gründe für die Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit werden von militärischer Seite ins Feld geführt: die Ausbildung des Mannes im Reiten und im Melde- und Beobachtungsdienst lasse sich in zwei Jahren nicht durchführen; die erforderliche Gewandtheit auf und mit dem Pferde könne nur durch eine möglichst lange Dienstzeit erzielt werden; außerdem seien die Mannschaften des dritten Dienstjahres zum Bereiten der Remonten unbedingt notwendig.

Unteruchen wir, inwieweit diese Gründe stichhaltig sind. Die deutsche Kavallerie zählt in 103 Regimentern rund 70.400 Unteroffiziere, Trompeter und Mannschaften. Darunter befinden sich etwa 18.000 Leute, die im dritten Jahre dienen. Von diesen scheiden mindestens 3000 Mann vollständig aus dem Truppendienst aus, weil sie als Vurschen tätig sind. Die Kavallerieregimenter haben nicht allein für die rund 3000 Kavallerieoffiziere, Stabsärzte, Veterinäre usw. Vurschen zu stellen, auch die Infanterie- wie Kavalleriebrigaden, die Divisionen, Armeekorps und Inspektionen erhalten Vurschen und Stabsordonnanzen von der Kavallerie. Die reitende Artillerie stellt die Vurschen für ihre eigenen Offiziere, für die Regimentskommandeure und die Stabsordonnanzen für die Artilleriebrigaden. Auch Kriegsministerium, Generalstab, Reitschulen usw. beziehen einen großen Teil der Vurschen von der Kavallerie.

Bei dieser großen Zahl von Mannschaften, die dem eigentlichen Truppendienst entzogen werden, fragt man den Teufel nach Reitausbildung und Remontedressur. Man nimmt im Gegenteil in der Regel nicht die schlechtesten Reiter aus den Schwadronen heraus. Die Herren Reiteroffiziere oder Generale haben nicht die mindeste Lust ihre 2, 3, 4 und mehr Pferde einem Manne anzuvertrauen, der, um im kavalleristischen Jargon zu reden, auf dem Gauler hocht wie eine Klammer auf der Wäscheleine, sie wollen vielmehr nicht nur gute Pferdepfleger, sondern auch tüchtige Reiter haben. Daher bringt eine große Anzahl der Kavalleristen und Artilleristen ihr drittes Dienstjahr in den Privatställen der Herren Offiziere und Generale zu, die gar nicht selten ihre Vurschen für ein viertes usw. Jahr kapitulieren lassen. Die den berittenen Truppen entnommenen zweiten Vurschen der Stabsoffiziere und Generale, die sogenannten Hausvurschen, kommen in ihrem dritten und zum Teil schon im zweiten Dienstjahre überhaupt nicht mehr aufs Pferd.

Soll aber die dreijährige Dienstzeit beibehalten werden, nur weil den Herren Reiteroffizieren gutes und mehr als billiges Diener- und Bereitermaterial geliefert werden muß! Man darf dabei nicht vergessen, daß das Offizierskorps der Kavallerie sich zum größten Teile aus den Söhnen des schwerkriegsreichen Adels und Großgrundbesitzes und der bürgerlichen Plutokratie ergänzt. Bei letzteren kann man beiläufig folgende typische Familienentwicklung beobachten: Der Urgroßvater war hiesiger Handwerker und 1848 wilder Revolutionskämpfer, der Großvater kleiner Fabrikant und grüner Fortschrittsmann der Konfessionszeit, der Vater

wurde nach dem Milliardenseggen Großindustrieller und gefühnungstüchtiger Nationalliberaler und der Sohn darf mit Hilfe des aus Arbeiterfahweil gewonnenen Goldes den Koller, Bassenrock, Atila oder die Manka des Offiziers tragen und würde mit Bonoe an der Spitze seiner Schwadron oder seines Zuges gegen den „inneren Feind“ losgaloppieren. Alle diese Herren sind so gestellt, daß sie das für ihre Pferde und für ihre Bedienung notwendige Personal aus eigener Tasche bezahlen können. Wenn ihnen jetzt einige Tausend Reiterleute im dritten Dienstjahre zur Verfügung stehen, so ist das nur ein von den vielen Argumenten gegen die militärische Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit.

Ein weiterer, nicht unbedeutlicher Teil der Kavalleristen und reitenden Artilleristen scheidet während des dritten Dienstjahres ebenfalls aus dem Truppendienst aus. Es sind das die Handwerker, Schreiber bei Regiments- und Brigadestäben, in Zahlmeisterbüros usw. Die meisten dieser Leute kommen für die Dressur der jungen Pferde so gut wie niemals in Frage und ihre persönliche Ausbildung als Reitersmann ist, wenn sie einmal in die geheiligten Räume der Handwerks- oder Schreibstube eingezogen sind, abgeschlossen. Höchstens, daß der eine oder der andere im Winter ein altes zugerittenes Pferd in einer der Reitabteilungen zu reiten hat, oder im Sommer mit auf den Exerzierplatz oder in das Gelände genommen wird, wenn die Glieder aus irgend welchen Gründen Lücken aufweisen.

In Wirklichkeit kommt nur ein Bruchteil der im dritten Jahre dienenden Mannschaften für den rein militärischen Dienst in Betracht. Darunter befinden sich die in jeder Schwadron und in jeder Batterie vorhandenen Unglücksmenschen, aus denen trotz aller nachdrücklich angewandten kavalleristischen „Erziehungsmittel“ keine brauchbaren Reiterleute herauszubrillen sind. Aus diesen Leuten ergänzt sich die Schar der „Häselmajore“, d. h. der Gehilfen der Futtermeister und der „Küchenpoints“.

Nur wer die Dinge vom Standpunkte des Berufsmilitärs aus betrachtet, kann behaupten, daß das dritte Jahr zur Ausbildung von Mann und Pferd notwendig ist. Schon bei der heutigen Ausbildungsmethode, die genug Stoff zur Kritik bietet, genügt eine zweijährige Dienstzeit. Der Kavallerist oder reitende Artillerist, der im zweiten Dienstjahre nicht imstande war, ein schwieriges Pferd zu reiten, vermag es auch in den meisten Fällen im dritten Jahre nicht. Wer im zweiten Jahre nicht gelernt hat, eine Karte zu lesen, sich im Gelände zu orientieren und eine präzise Meldung zu formulieren, lernt es im dritten Jahre auch nicht mehr. Und wer bei der reitenden Artillerie nicht schon als Rekrut fähig war, die einige Intelligenz erfordernde Nummer eines Richtsanoniers zu verstehen, ist ebenso wenig im zweiten und dritten Jahre hierfür zu gebrauchen; er wird dann als Fahrer und Pferdehalter verwendet, für welche Verrichtungen eine zweijährige Ausbildung mehr als genug ist.

Stehen somit die Gründe für die dreijährige Dienstzeit auf sehr schwachen Füßen, wenn man die tatsächliche Verwendung der im dritten Dienstjahre stehenden Mannschaften unter die Lupe nimmt, so ist das noch viel mehr der Fall, wenn man die heutige Ausbildungsmethode gründlicher beleuchtet. Freilich, Stall, Reitbahn und Kavallerieübungsplatz sind geheiligte Stätten, an die sich die öffentliche Kritik selten herangewagt hat. Man hatte da allerhöchste Liebhabereien und die Arroganz der Kavallerieunter zu respektieren. Sehen diese doch sogar verächtlich auf die Kameraden der Fußtruppen herab und ulken über die falsch eingehaltene Kinnfette des berittenen Infanterieoffiziers. Angesichts der ungeheuren Lasten, die man dem deutschen Volke jetzt wieder aufladen will, ist es aber sehr notwendig, einmal in die kavalleristische Herrlichkeit hineinzuleuchten und darzutun, wie gerade bei dieser Truppe all das fehlt, was wir unter einem modernen Volksheer verstehen.

Neue indirekte Steuern!

Unsere Voraussage, daß trotz aller Versprechungen auch diesmal der Versuch gemacht werden wird, einen Teil der Lasten der Militärvorlage auf die Besitzlosen zu überwälzen, werden durch die offizielle Ankündigung der Regierung bestätigt. Diese spricht davon, daß neben der Besteuerung des Besitzes „sonst noch erforderliche Steuern“ vereinbart werden seien. Der Gegenpart, in den diese Steuern zu der Besitzsteuer gestellt werden, beweist, daß es sich da um Steuern handeln wird, die die Besitzlosen treffen sollen. Darüber müssen sich die Massen je eher je besser klar sein, um danach die notwendige Abwehraktion gefaßt zu können.

Aber auch die Vermögenszuwachssteuer ist eine sehr fragwürdige Besitzsteuer, und daß sie von der Regierung gewählt wird, hat leicht erklärliche Gründe. Die Regierung möchte die Steuervorlage von derselben Majorität angenommen wissen, die auch die Militärvorlage annehmen soll, damit die Sozialdemokratie vollkommen ausgeschaltet bleibe. Deshalb nimmt sie von vornherein die gebotene Rücksicht auf die Steuerfurchen der Agrarier. Denn daß an Stelle eines wirklich allgemeinen rationalen Besitzsteuerungssystems, einer Reichseinkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, aus der leicht das gesamte Erfordernis gedeckt werden könnte, eine Vermögenszuwachssteuer in Verbindung mit Verkehrs- und indirekten Steuern vorgelegt werden soll, hat ja nur darin seinen Grund,

den Großgrundbesitz und insbesondere den Fideikommissbesitz möglichst steuerfrei zu lassen.

Ob diese Steuerpläne in Erfüllung gehen werden, das hängt in erster Linie von den Liberalen ab. Auch hier scheint sich nun unsere Voraussage zu verwirklichen, daß die Nationalliberalen schließlich mit den Schwarzblauen gemeinsame Sache machen werden. Erklärt doch bereits die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Vom Standpunkte der nationalliberalen Partei aus kann es gleichgültig sein, für welche Art Besitzsteuer die Verbündeten Regierung sich entschließen. . . Die nationalliberale Partei trifft ihre Entscheidung in Steuerfragen nach rein sachlichen Gesichtspunkten. Sie wünscht zwar außerordentlich lebhaft, daß wir keine Wiederholung jener erbitterten Kämpfe um die Besitzsteuer des Jahres 1909 erleben, sie kann aber ihre Entscheidung über eine Steuer nicht davon abhängig machen, ob diese oder jene Partei dadurch verstimmt wird. Würden sich die Verbündeten Regierung entschließen, tatsächlich auf die Erbschaftsteuer zurückzugreifen, so läge für die nationalliberale Partei keine Veranlassung vor, nicht mitzumachen. Aber, wie schon oben gesagt, ist sie keineswegs auf die Erbschaftsteuer verfaßten. Eine Vermögenszuwachssteuer wird sie ebenso als Besitzsteuer akzeptieren, sofern sie so gestaltet ist, daß sie als allgemeine Besitzsteuer angesehen ist, sofern also z. B. auch der Zuwachs durch Erbschaft von ihr erfaßt wird.“

Das wäre also eine wenn auch noch verkaufte Zustimmung zu den Regierungsplänen. Wenn es also trotz der Niederlage des schwarzblauen Blocks bei den Wahlen auch diesmal nicht gelingen sollte, einem sozial gerechten Steuersystem endlich zum Durchbruch zu verhelfen, so trüge daran die nationalliberale Partei einzig und allein die Schuld. Denn an sich wäre es durchaus möglich, der Regierung im Reichstag ein Programm einer gerechten Besitzbesteuerung aufzuzwingen.

Unterdessen ist die Regierung eifrig daran, die bürgerlichen Parteien für ihre Pläne einzufangen. Eine Korrespondenz teilt mit, daß die Heeresvorlage mit samt den Deckungsplänen einigen Vertretern der bürgerlichen Parteien sofort vorgelegt werden sollen. Die betreffenden Abgeordneten sollen auch während der Ferienzeit so oft als nötig nach Berlin berufen werden. In diesen Konferenzen werden Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Polen, Elsäßer und Welfen eingeladen. Ehe die Vorlagen an den Reichstag kommen, werden sie erst noch einmal diesem Vorparlament vorliegen.

Dieses gar nicht unwahrscheinliche Vorgehen des Reichskanzlers bedeutet eine Umschaltung des Reichstags und jene Abgeordneten treten das Ansehen und das Recht des Reichstags mit Füßen, die sich zu solchen Nachschöpfen hergeben. Uns ist bekannt, daß die Regierung darauf hinstrebt, eine wirklich eingehende Beratung der Militärvorlage zu hintertreiben. Die bürgerlichen Parteien sollen sich auf die Abgabe kurzer Erklärungen beschränken, um eine Debatte zu vermeiden. Die stärkste Partei im Reiche und im Reichstage einfach ignorieren zu wollen, ist ein Unterfangen, das sich die Regierung keines anderen Landes erlauben dürfte, ohne einen Sturm der Entrüstung besitzten zu müssen. Der Bureaufkrat v. Bethmann Hollweg nimmt sich das aber heraus, denn er weiß sich der Zustimmung der bürgerlichen Parteien sicher. Aber schließlich, uns kann's gleichgültig sein. Im deutschen Volke und im Deutschen Reichstag kann keine Nacht der Welt mehr die Sozialdemokratie ausschalten.

Gegen die alldeutsch-nationalliberale Hetze.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt:
 In einzelnen deutschen Zeitungen sind in diesen Tagen alarmierende Artikel mit Bezug auf die gegenwärtige oder die demnächst zu erwartende europäische Lage verbreitet worden. Wie die amtlichen deutschen Stellen, welche diesen Artikeln gänzlich fern stehen, die Situation beurteilen, ist wiederholt in der „Nordb. Allg. Ztg.“ ausgeführt worden. Die gemeinsamen Bemühungen der Großmächte haben bereits, wie auch der englische Premierminister es soeben klar festgestellt hat, wertvolle Ergebnisse erzielt. Wir halten daran fest, daß es dieser gemeinsamen Arbeit gelingen wird, auch der noch verbliebenen Schwierigkeiten Herr zu werden. Diese Zusage hat eine besondere Stärkung durch die von ganz Europa dankbar begrüßte Vereinbarung erfahren, welche Oesterreich-Ungarn und Anshland soeben über die Reduktion ihrer militärischen Magnahmen getroffen haben.
 Wenn in den erwähnten Artikeln andererseits die geplante deutsche Heeresvermehrung mit einer angeblichen Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands zu dem einen oder anderen seiner Nachbarn motiviert wird, die zu einem kriegerischen Konflikt dränge, so sind derartige Ausführungen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Daß die gesamteuropäischen Machtverhältnisse durch die Vorgänge auf dem Balkan eine Verschiebung erlitten haben, von der mittelbar auch Deutschland berührt wird, ist eine jedem einleuchtende Tatsache. Solange der ewige Weltfriede noch nicht garantiert ist, muß Deutschland damit rechnen, daß es in einem Kriege genötigt sein kann, seine langgestreckten Grenzen nach mehreren Seiten zu verteidigen, und daß es dabei um seine Existenz ringen

wird. Für eine solche Eventualität, die Deutschland gegen seinen Willen aufgenötigt werden kann, soll die neue Wehrvorlage Vorkehrung treffen, indem sie in Ausführung der allgemeinen Wehrpflicht die militärdienstfähigen, aber bisher freigelassene junge Mannschaft zum Dienst mit der Waffe heranzieht. Kein Deutscher wird die Verantwortung auf sich nehmen wollen, daß in einem Kampfe, der uns aufgenötigt werden sollte, nicht alle Wehrfähigen auch als Soldaten zur Verteidigung von Haus und Hof bereit stehen. Die Ueberzeugung, daß es unsere Pflicht ist, hierfür Vorkehrung zu treffen, ist so sehr Gemeingut des ganzen Volkes, daß sie durch die jeder Grundfrage entbehrenden Kriegstreiberbereien nur entstellt werden kann.

Indem wir das nachdrücklich betonen, müssen wir gleichzeitig gegen die maßlose Sprache Front machen, mit der in einigen französischen Zeitungen unsere Wehrvorlage als eine Herausforderung und Drohung gegen Frankreich hinzustellen versucht wird. Unsere nationalen Würde entspricht es, solchen Geheerlen entgegenzutreten, aber kaltblütig und ohne Stimmungsaufbrüche, die im Inland und im Ausland Mißverständnisse hervorzurufen und die auf Bewahrung des Friedens unter den Großmächten gerichtete Haltung unserer Politik verdunkeln.

Indem der Reichstanzler den gewissenlosen Treiberbereien der alldeutschen und nationalliberalen Patriotarden, die in dem unverantwortlichen „Störenfried“-Artikel der „Köln. Ztg.“ zum Ausdruck gekommen sind, durch diese Darstellung entgegentritt, gehorcht er dem Gebot, die internationalen Beziehungen nicht durch eine heftige Preßkampagne noch gespannter werden zu lassen als sie es durch das maßlose Beitreiben ohnehin geworden sind. Zugleich erfüllt der Reichstanzler auch eine politische Anstands-pflicht; denn diese chauvinistische Preßmeute ist für jedes Land eine Schande und die „Köln. Zeitung“ ist anerkanntermaßen ein offizielles Organ. Der Kanzler hätte sich, wenn er länger geschwiegen hätte, zum Mitschuldigen der Heer gemacht.

Erfreulich klingt auch, was die „Nordb. Allg. Zeitung“ über die Besserung der internationalen Beziehungen sagen kann. Aber zugleich beweisen diese Ausführungen, daß diese ungeheuerlichen Mißstimmungen absolut nicht notwendig, daß sie auf jeden Fall nicht dringend sind und der Reichstag also durchaus Zeit zur gründlichen Prüfung hat. Wenn dann die „Nordb. Allg. Ztg.“ davon spricht, daß alle Wehrfähigen zur Verteidigung von Haus und Hof bereit sein müßten, so muß darauf hingewiesen werden, daß dieser Zweck durch unsere Forderung der Miliz vollauf erreicht werden würde.

Englische Friedensversicherungen.

London, 12. März. Die ministerielle „Westminster Gazette“ schreibt: Einige deutsche Blätter sagen, daß der Schlüssel der Situation in britischen Händen läge; das ist vielleicht ein zu großes Kompliment für uns, aber wir können nachdrücklich betonen, daß soweit wir Einfluß besitzen, wir ihn rückhaltlos gebrauchen werden, um der wahnsinnigen Idee eines Präventivkrieges zu steuern. Wenn Frankreich wirklich eine europäische Verständigung gegen Deutschland ausbede, die unserer und Rußlands Zustimmung bedürfte für den Krieg, von dem General v. Bernhardi geträumt hat, so können wir die absoluteste Versicherung abgeben, daß wir keinerlei Anteil daran nehmen würden. Wir freuen uns, die Franzosen als unsere Freunde betrachten zu können, aber wenn unsere Freunde solchen Wahnsinns fähig wären, wäre es unsere Freundespflicht, sie zurückzuhalten und nicht aufzuheben. Natürlich halten wir diese ganze Panik für grundlos, aber die Verhältnisse in Europa sind so, daß wir nichts tun dürfen, was falsche Beforgnisse oder falsche Erwartungen erwecken könnte, sondern wir müssen unerwähnt und unentmutigt für die Entspannung zwischen der Tripartente und dem Dreibund wirken, die heute Europa am meisten not tut, und deren Durchführung die stärkste Sicherheit für den Frieden sein würde.

Die Demobilisierung.

Ein offizieller Kommentar.

Wien, 11. März. Zu dem Communiqué über die Entlassung der Reservisten an der österreichisch-ungarisch-russischen Grenze schreibt das „Freimdenblatt“ an leitender Stelle: Nicht nur in Oesterreich-Ungarn und in Rußland, sondern auch in übrigen Europa wird man das Ereignis dieses Tages als eine Erleichterung in der politischen Situation und als eine Beförderung der Hoffnungen bewerten, von denen wir alle von Herzen wünschen, daß sie sich erfüllen mögen. Die politische Bedeutung der Rückgängigmachung der Grenzmaßnahmen erschließt uns darin, daß durch die in Rede stehenden Verfügungen zweifellos ein Zeichen des Vertrauens zu sinnfälliger Ausdrucks gelangt, welches die beiden Mächte einander geben wollten und das geeignet erscheint, hinsichtlich des weiteren Verlaufes der politischen Krise günstigere Erwartungen zu begründen. Der Rückschlag, den der Balkanrieg auf das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland geübt haben mag, ist nicht durch den Zusammenstoß realer Interessensgegenstände zu erklären — es geht dies ganz deutlich aus den Prinzipien hervor, die für uns während dieser so schweren und unsere Interessen so nahe berührenden Krise maßgebend gewesen sind und die sich uns als ein direkter Ausfluß aus unserem Jahrzehnte alten Orientprogramm ergeben haben. Unsere geschichtliche Orientpolitik hat immer den wahren Vorteil der Monarchie in der Förderung der vollen Unabhängigkeit der Balkanstaaten erblickt und stets ein freundschaftliches Verhältnis zu ihnen angestrebt. Diese Erkenntnis hat sich, wie in der Vergangenheit, so auch mit besonders deutlicher Ausprägung während der gegenwärtigen Krise bestätigt. Durch getreue und konsequente Anwendung ihres Programms in den letzten Monaten hat die Monarchie den geschichtlich entscheidenden Tatsachenbeweis für die Aufrichtigkeit ihrer Politik, die nicht auf Eroberungen ausgeht, geliefert. Die gleichzeitige Ausrüstung an den Grenzen wird man als ein gutes Zeichen dafür nehmen dürfen, daß sich diese Politik nunmehr auch in Petersburg die ihr gebührende Anerkennung erlangen und daß sich auch in der russischen Politik eine Auffassung durchgesetzt habe, die in den Ergebnissen des Balkankrieges erfreulicherweise die Möglichkeit erkennt, die einigten Quellen des Zwistes zwischen Wien und Petersburg zu verschütten. Noch ist die Krise, die uns seit Monaten in ihrem Banne hält, nicht gelöst, wir wollen aber hoffen, daß am heutigen Tage ein Markstein auf dem Wege ihrer Entwirrung errichtet worden ist.

Halbamtliche Polemik.

Wien, 12. März. Ein amtliches Communiqué besagt: Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht im Anschluß an das gestern zur Ausgabe gelangte, zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué einen ergänzenden Postus. Die Aufnahme dieses in der bezüglichen Vereinbarung der beiden Kabinette nicht inbegriffenen Postus in den im Einvernehmen publizierten Text der Communiqués wurde von Seiten Oesterreich-Ungarns schon aus

dem Grunde für unnötig befunden, weil unsere politische Haltung gegenüber unseren südlichen Nachbarn sich nicht erst aus den bei dem gegenwärtigen Anlaß gepflogenen Erörterungen ergab. Es braucht in dieser Richtung nur darauf hingewiesen zu werden, daß Graf Berchtold schon am 3. November vor dem kompetenten Forum der Delegationen die Erklärung abgab, daß die Monarchie bereit sei, die Grundlage zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen mit den Balkanstaaten zu schaffen.

Preßstimmen über die Abrüstung.

Wien, 12. März. Die Blätter besprechen das Communiqué über die Abrüstung mit großer Befriedigung und heben hervor, daß, wenn auch die Krise noch nicht gelöst sei, man doch annehmen dürfe, daß die Abrüstung der Verbote des Friedens sei. Der Umstand, daß die Demobilisierung nicht auch im Südbosnien der Monarchie erfolgte, brauche nicht zu beunruhigen; es handle sich gewiß um begründete Vorsichtsmaßregeln, die einen Aufschub erklärten.

Petersburg, 12. März. Zur Demobilisierung meint die „Rowoje Wremja“: Wenn Oesterreich-Ungarn keine Angriffsgedanken gegen die Südbosnien habe, müsse es an der Südgrenze und nicht in Galizien abrüsten. — „Njetsch“ schreibt, die Demobilisierung finde nicht auf Kosten, sondern unter Berücksichtigung der Interessen der Balkanstaaten statt. — Die „Petersburger Zeitung“ erklärt, die Demobilisierung beweise, daß in den wesentlichen Fragen des Balkanproblems eine Einigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland erzielt worden sei.

Annahme der Vermittlungsaktion.

Sofia, 12. März. „Mir“ schreibt offiziös: Die Verbündeten haben beschlossen, die Vermittlung der Mächte anzunehmen. Die Verhandlungen werden daher durch Vermittlung der Mächte und auf Grundlage der in London aufgestellten Bedingungen fortgesetzt werden unter Hinzufügung der Forderung einer Kriegsentschädigung, auf der die Verbündeten bestehen werden. Die Feindseligkeiten werden jedoch nicht eingestellt werden, und ihre Entwicklung wird natürlicherweise auf den Gang der Verhandlungen Einfluß haben, da neue Opfer neue Kompensationen erfordern.

Belgrad, 12. März. Am Nachmittag wird den Vertretern der Großmächte die Antwort auf das Mediationsansuchen der Türkei überreicht werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März 1913.

Korruptionsfonds.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch den Etat des Finanzministeriums. Die in diesem Etat enthaltenen Dispositionsfonds und sonstigen Fonds gegen die Polen entfesselten eine lebhafte Debatte. Mit vollem Recht protestierten die polnischen Redner und der Genosse Borchardt gegen die Art und Weise, wie in Preußen mit dem Gelde der Steuerzahler die polnischen Staatsbürger bekämpft werden; grundsätzlich vertwarfen sie die Korruptionsfonds, aus denen den Beamten Dismissenzulagen bewilligt werden, und zeigten, zu wie widerwärtigen, das Ansehen des Staates schädigenden Vorgängen die Art, wie man bei uns das Deutschtum im Osten schließt, notwendigerweise führen muß. Die Regierung hätte sich zunächst in Schweigen, sie mochte wohl glauben, daß sie es nicht nötig habe, sich an der Debatte zu beteiligen, da der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg als freiwilliger Regierungskommissar ihre Geschäfte aufs beste besorgte. Erst Borchardt gelang es, dem Finanzminister die Junge zu lösen. Allerdings wäre es besser gewesen, Herr Venge hätte geschwiegen, denn was er sagte, waren lediglich altbekannte Phrasen. Neu war einzig und allein der Ton, in dem er sprach und der sich dem der waschechten Junker würdig anschloß.

Nachdem die Korruptionsfonds von den beiden konservativen Parteien und den Nationalliberalen bewilligt waren, wandte sich das Haus der Besprechung der Frage der Altpensionäre zu. Wie schon wiederholt, so suchten sich auch jetzt wieder die bürgerlichen Parteien in Beamtenfreundlichkeit zu überbieten. Daß bisher für die Beamten, insbesondere für die vor dem 1. April 1908 pensionierten, nicht genug geschehen ist, darin pflichtete auch Genosse Ströbel den bürgerlichen Rednern bei. Der Vollständigkeit wegen aber und um kein schiefes Bild aufkommen zu lassen, erinnerte er sie an ihre früheren Sünden auf diesem Gebiete. Ihre Taten stehen mit den hochtönenden Worten denn doch in einem zu schroffen Gegensatz, so daß man unwillkürlich den Eindruck gewinnt, daß es den Herren in der Hauptsache auf Wahlreden ankommt. Der Finanzminister bestritt wie schon früher einen gesetzlichen Anspruch der Altpensionäre auf Erhöhung ihrer Pension. Es wurde alsdann in die Beratung der Anträge auf Kinderzulagen für die Beamten eingetreten, die Debatte jedoch bald auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Von den geborenen Gesehbebern.

Jahrhundertrede des Präsidenten. Hierauf dreifach donnerndes Kaiserhoch. Das war der nicht überraschende Anfang der geistigen Herrenhausung. Dann kamen die ländlichen Fortbildungsschulen heran, deren Besuch in den westfälischen Provinzen und in Brandenburg zur Pflicht gemacht werden soll. Kardinal Kopp wünscht Religionsunterricht. Minister Schorlemer sagt, das gehe nicht wegen der Religionsmündigkeit. Oberhofprediger Dr. v. Ryander meint deshalb, man solle alle Unterrichtsfächer mit Religion durchtränken und den Pastor in den Schulvorstand setzen. Da würde schon gehen und die Lehrkräfte werden schon das Richtige lehren zum Nutzen von Thron, Altar und Kompagnie. Zwei Generale, Gaeßler und Weseler, wollen gar einen obligaten Felddienstantritt. Wird abgelehnt. Aber ebenso leider Kopp's Antrag auf schulfreien Sonntag für die Lehrlinge und anderen Fortbildungsschüler. Da müßte ihnen ja in der Woche Zeit zum Schulbesuch gegeben werden. Hier hat das Herrenhauschristentum seine Grenze, man lehnt den Antrag ab! Das Geiz wurde angenommen, ebenso nach mancherlei Gezeiter über Eingriffe in die Privatwirtschaft das Geiz, das auf dem Dortmund-Ems-Kanal den staatlichen Schleppbetrieb einführt.

Die Lehre von Teltow.

Der Ausgang der Landtagswahl von Teltow-Beeslow, wo am Dienstag die Abgeordnetenwahl stattfand, ist so gewesen, wie es der Freisinn gewollt hatte: Der Fortschrittscandidat Traub ist mit 455 Stimmen den 612 Stimmen gegenüber, die auf den konservativen Eisenbahnobersekretär Gaeßler entfielen, in der Minorität geblieben. Die sozialdemokratischen Wahlmänner haben sich sämtlich der Wahl enthalten.

Es scheint, als ob der Freisinn diese stärke sozialdemokratische Wahlenthaltung nicht erwartet habe, so aufgeregt gebärdet er sich, selbst das „Berliner Tageblatt“. Hatte der Freisinn wirklich ein anderes Abstimmungsergebnis erwartet und sich eingebildet, daß die Sozialdemokratie auf Parteitag und Kreis Konferenzen nur zum Schein Beschlüsse fäße, die rücksichtslos durchzuführen ihr nachher der Wille fehle, so ist er nun hoffentlich von seinem sträflichen Optimismus kurier! Denn das mag er sich zum letztenmal gesagt sein lassen: Hoffte er auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie, so wird er sich schon auf die eheliche Verpflichtung der Gegenseitigkeit einlassen müssen. Im anderen Falle wird es ihm überall so ergehen wie in Teltow-Beeslow! Aber dann soll er nicht, wie diesmal unglücklichweise wieder das „Berliner Tageblatt“, die Sozialdemokratie für seine Niederlagen verantwortlich machen, sondern seine eigene Feigheit und Rückgratlosigkeit, sein eigenes Anlehnungsbedürfnis nach rechts, das ihn zum willenlosen Hörigen der Nationalliberalen gemacht hat!

Daß der Freisinn gerade in der Provinz Brandenburg unfähig dächte, wenn er sich auf Gedeih und Verderb dem bedeutungslosen Nationalliberalismus ausliefern, haben wir unlängst erst ziffernmäßig nachgewiesen. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie könnte dem Freisinn ganz andere Mandatsergebnisse sichern. Aber wenn der Freisinn in seiner Verblendung nun einmal nicht will, so sind wir die letzten, ihm eine Waffenbrüderschaft aufzudrängen zu wollen. Nur sollte er auch die Lächerlichkeit nicht begehen, sich darüber zu beklagen, daß ihn die Sozialdemokratie seinem selbstgewählten Schicksal überlassen hat.

Insbesondere auch das „Berliner Tageblatt“ sollte dann einen besseren Geschmack beweisen, als immer wieder kampfbreit nach den jodenscheinigen Entschuldigungsgründen für den Freisinn zu suchen. Erklärt es doch diesmal, daß der Freisinn in Teltow-Beeslow ja gar kein Abkommen für die bevorstehenden Neuwahlen mit der Sozialdemokratie habe treffen können, weil der Freisinn sich doch den Nationalliberalen habe verschreiben müssen, da er ohne deren Hilfe nicht an die zweite Stelle gekommen wäre. Auch das „Berliner Tageblatt“ sollte doch wissen, daß es darauf, ob der Freisinn an die zweite oder dritte Stelle gelangte, nicht im geringsten ankommt, sondern lediglich darauf, ob Sozialdemokraten und Freisinnige zusammen über die Mehrheit der Wahlmänner verfügen. War das für die bevorstehende Neuwahl der Fall, so gerügte das, um einem Sozialdemokraten und einem Freisinnigen das Mandat zu sichern. So viel Kenntnis der Wahltechnik sollte doch auch bei dem „Berliner Tageblatt“ vorausgesetzt werden dürfen!

Wie verständiger urteilt da die „Berliner Volkszeitung“. Auch sie bedauert natürlich die sozialdemokratische Wahlenthaltung, die Traub das ihm sonst sichere Mandat kostete. Aber die „Volkszeitung“ begreift durchaus die Haltung der Sozialdemokratie, da sie einseht, daß ein Abkommen natürlich auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Sie sagt ihr Urteil dahin zusammen:

Solange von den Taktikern der Fortschrittspartei der Anschluß nach rechts, also an die Nationalliberalen, als ein stärkeres Bedürfnis empfunden wird als der Anschluß nach links; solange, wie wir dies erst vorgestern an dieser Stelle ausgeführt haben, bei vielen fortschrittlichen Wählern infolge einer solchen politischen Erziehung noch heute die Sozialdemokratie als „bündnisunfähig“ angesehen wird; solange von fortschrittlicher Seite vor dem Abschluß eines Gegenseitigkeitsverhältnisses für die Wahlen erklärt wird oder mangels der nötigen politischen Einsicht der Wähler erklärt werden muß: Wir können aber nicht dafür bürgen, daß unsere Wähler den von dem Parteivorstand abgeschlossenen Pakt innehalten — so lange kann man es auch der Sozialdemokratie nicht verdenken, wenn sie ein Wahlbündnis verschmäht, für dessen strikte Innehaltung ihr die Gewähr fehlt.

Schließlich kann man es keiner Partei verdenken, wenn sie einer anderen Partei bei Gelegenheit die Lehre gibt: Seht zu, wo ihr ohne uns bleibt. Doch diese Belehrungstaktik... ein politisches Ideal darstellt, wollen wir nicht bedauern. Aber ganz ohne Vogel ist sie nicht. Die Fortschrittler täten sogar gut, wenn sie diese Politik konsequent gegen rechts beachteten; sie würden dann weniger nötig haben, sich über diese gegen sie von links her geübte Taktik zu beklagen, wie sie es leider im Falle Traub tun müssen.

Es läge im ureigensten Interesse des Freisinns, wenn er die Ratsschläge der „Volkszeitung“ nicht in den Wind schlugen wollte!

Es will auch nichts mehr glücken.

Die in der Zentrumsparthei herrschende „königliche Richtung“ hat Recht. Um zu beweisen, wie kirchlich sie gesinnt ist und mit welcher Entschiedenheit sie die Interessen der katholischen Kirche vertritt, hat sie den sogenannten Jesuitenrummel entfacht, und nun muß sie erleben, daß ihre ganze Taktik im katholischen Lager selbst verurteilt und sie nicht nur der politischen Inehrlichkeit und Schaumblägerei, sondern der größten Ungeheuerlichkeit beschuldigt wird. Nachdem sich jüngst schon die „Köln. Korrespondenz“ über den Kampf der hochemittierten Garde für die Jesuiten mokiert hat, kommt nun auch „Oesterreichs katholisches Sonntagsblatt“, das Organ der Christlich-Hebalden, und kanzelt die Gefolgschaft der „Köln. Volkszeitung“ herunter.

Es schreibt:

„Schade! Eine stille, praktische Arbeit in den Geheimratskabinetten, ein ruhiges zielbewusstes Einschleusenlassen, das die preussischen Behörden wirklich schon seit geraumer Zeit üben, eine Taktik der faits accomplis hätte besser zum Erfolg geführt als der Versuch, mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen über die Schanzen der preussischen Kirchenpolitik als Sieger hinwegzudringen. Welche Institute des evangelischen Volksteils wären ausgerüstet worden, wenn in katholischen Gegenden das stille Wirken der Jesuitenpartei immer ungehindert sich entfalten hätte, bis schließlich nach einem Jahrzehnt etwa der geduldete und jetzt erfahrungsgemäß „ungefährliche“ Zustand in den erlaubten hätte umgewandelt werden können durch Vorseitung einer antiquierten Maßregel, die dann ohne allzu großes Geräusch hätte vollzogen werden können, ohne der Regierung einen gezwungenen Rückzug zuzumuten! Es hat an Diplomatie gefehlt in dieser Tragödie!

Von vornherein ansichtslos aber machte die Jesuitenaktion der Umstand, daß sie mit der alten Rivalität zwischen Preußen und Bayern verknüpft wurde. Es war ein tragisches Geschick, daß der feinsinnige Diplomat Hertling als erster Zentrumsminister seine Tätigkeit mit einer verunglückten Jesuitenaktion beginnen mußte, eine Postage, die er als katholischer Ministerpräsident sicher nie aus eigener Initiative an den Anfang seines Wirkens gestellt hätte, und die den glänzenden Ausblick Hertling'scher Diplomatenkunst von vornherein ein trübes Schlagschiff, um so bitterer, weil unerschuldet, beimischen mußte. Aber geradezu verhängnisvoll ward diese Wendung der Gesellschaft Jesu. War mit der Rückkehr der Jesuiten oder ihrer freieren Entfaltung nicht nur ein Rückzug der preussischen Kirchenpolitik, sondern auch eine Niederlage Preußens gegen Bayern verbunden, dann war es natürlich für Berlin eine staatliche Unmöglichkeit, dem Wunsch der deutschen Katholiken nachzugeben.“

Die Baßmitten dachten sich durch ihre Aufrührung der sogenannten Jesuitenfrage bei der römischen Kurie rehabilitieren zu können, und nun müssen sie sehen, wie ihre schönsten Anstrengungen als naive politische Kinderstreich beurteilt werden.

Prinz Heinrich als Seeräuber im Streit gegen die Sozialdemokratie.

Schon einmal hat der Bruder Wilhelms II., der sich früher von dem öffentlichen Auftreten zurückzieht, eine Rede gegen die Sozialdemokratie gehalten. Das war vor nicht langer Zeit auf dem Bundesfest in Frankfurt a. M. Der Anfang scheint für den Prinzen verhängnisvoll geworden zu sein. Der Ehrgeiz, auch ein großer Redner zu werden, stößt ihn zu neuen Taten an. Er hat sich jetzt zum zweiten Male vernehmen lassen. Am Montag, auf der Hundertjahrfeier des Kreis-Ärztlerverbandes in Kiel, brachte Prinz Heinrich das Kaiserhoch aus. Vorher hielt er eine kleine Ansprache an die patriotische Festgesellschaft, in der er sagte:

„Einen solchen Abend wie den heutigen kann ich nicht vorübergehen lassen, ohne an die bürgerlichen Parteien einen Appell zu richten, daß sie auch geschlossen sein müssen gegen jene Elemente, die immer und immer in systematisch versuchten, die Volkseele zu vergiften und zu veräugen. Und wird das deutsche Reich in einem solchen Zustand befunden, dann ist es innerlich krank. Vor einer solchen Krankheit bewahre uns der liebe Gott. Und an Sie, meine Herren, wende ich mich, die Sie Ärzte sind, nicht zum geringsten an die alten Schleswig-Holsteiner und Kieler, um diesem entgegenzuwirken. Schleswig-Holstein gehört ja nicht zu den sogenannten alten preussischen Provinzen. Sie sind aber lange genug mit Preußen und Deutschland vereinigt, um zu wissen, wozu sie gehören und wozu sie die Pflicht ruft. Möge der alte niedersächsisch von Treue getragene Volksgesitt der Schleswig-Holsteiner am rechten Orte wieder treu befunden werden. Ich wünsche nicht an ihm.“

Prinz Heinrich ist Ehrenbürger der Stadt Kiel. Schon dieser Umstand allein sollte ihn veranlassen, seine Worte etwas mehr abzumäßen. In Kiel fällt nicht nur bei den Reichstagswahlen die Mehrheit der Stimmen auf die Sozialdemokratie, sondern auch bei den Stadtverordnetenwahlen. 12 000 Kieler Bürger erklärten sich im vorigen Herbst bei den Stadtverordnetenwahlen in voller Öffentlichkeit für die Sozialdemokratie, und die Kieler Bürgerliste hat 24 Sozialdemokraten — die Hälfte aller Stadtverordneten — ins Rathaus gewählt. Insofern, diese Verhältnisse dürften dem Prinzen wohl wie die ganze Politik ein ziemlich unbekanntes Gebiet sein. Er hält sich wahrscheinlich für redegewandigt — und so redet er, seinem inneren Herzensdrange folgend — nach bekannten Mustern.

Die dreijährige Dienstzeit und die französische Volkswirtschaft.

Paris, 11. März. (Fig. Ver.) Wir haben schon darauf hingewiesen, welche wirtschaftliche Krise das an Arbeitermangel leidende Frankreich von der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit zu befürchten hat. Der radikale Deputierte Marc Reville führt zu diesem Thema in der „Aurore“ aus: „Die industrielle Ausrüstung Frankreichs bedarf der Erneuerung und der Verbesserung. Die 500 Millionen, die der Kriegsminister fordert, werden nicht produktiv sein, wie sie es gewesen wären, wenn man sie für Landstraßen, Kanäle, Eisenbahnen und Häfen verwendet hätte. Weiter aber werden 200 000 Mann des hinzukommenden Kontingents zu ernähren, unterhalten, besolden und encadrieren sein und wenn die budgetären Ausgaben in diesem Tempo zunehmen, werden sie bald die sechste Milliarde überschreiten. Unter diesen Umständen ist, insofern man das Land nicht dem Ruin und der Hungersnot entgegenführen will, eine Erhöhung der nationalen Produktion nötig, vor allem aber eine Behebung der Krise der industriellen und ländlichen Arbeitskraft und eine Sicherung der wachsenden intellektuellen Kräfte. Und dieses so schwere Problem will man lösen, indem man dem arbeitenden Frankreich 50 000 industrielle, 50 000 landwirtschaftliche Arbeiter und 20 000 junge Kräfte der freien Berufe entzieht. Man vermehrt die Ausgaben und beschneidet die Quellen der Einnahmen.“

In der „Humanität“ schreibt Genosse Albert Thomas: „In allen Gegenden der großen Landwirtschaft ertönen die Klagen der Grundbesitzer. Die 45 — 50 000 Belgier, die alljährlich nach dem französischen Norden kommen, genügen nicht mehr. In den Vergewerksungen ist die Situation ebenso. Der Sekretär des Komitees der Kohlenwerke, Herr de Beyerinckhoff, legte vor einigen Tagen in einem Vortrag dar, daß es keinen Direktor eines französischen Kohlenbergwerks gebe, der nicht bereit wäre, von einem Tag auf den andern um 15 bis 20 Proz. mehr Personal einzustellen. Nach der Katastrophe von Courrières stritten die Werke von Marly und Bruay um die Überlebenden und Courrières mußte seine neuen Arbeiter bis in die Bretagne, unter den ausgehungerten Sardinenfischern suchen gehen. Die großen Vergewerksunternehmer vermögen ihre Arbeiterregimenter alljährlich kaum um die ungenügende Zahl von 3000 bis 5000 zu verstärken. Sollen sie sie nur an die andere Armee abgeben? In der Metallindustrie stehen die Dinge ebenso. Und der Bedarf nach Arbeitern wird hier um so mehr wachsen, als der 500 Millionen-Mengen hier in Form von Bestellungen niederzugehen wird. Kreuzot braucht Arbeiter, die Waffenmanufaktur von St. Etienne wird vielleicht 5 bis 6000 Arbeiter statt der jetzigen 2 bis 3000 finden müssen. Zur Stunde stellen, wie die letzte „Revue Noire“ berichtet, die Metallwerke des Loire-Departements selbst die arbeitelosen Passantierier ein, die den Ausschlag in der Heberlei nicht abwarten wollen. Und muß man daran erinnern, daß im Gebiet von Briey, im Departement Meurthe-et-Moselle die Kohlen- und Metallgesellschaften den größten Teil ihrer Arbeiter aus dem Ausland rekrutieren mußten? So daß die Volkszählung von 1911 bei einer Gesamtbevölkerung von 126 684 in dem genannten Benden 45 888 Ausländer ergab. Und dabei sind bisher nur 18 Bergwerke erschlossen. Um zum normalen Betrieb in den 42 vergeblichen Konzessionen zu kommen, wird eine Vermehrung der Bevölkerung auf 200 000 bis 220 000 nötig sein. Wo wird man sie finden? Im Ausland — in Polen, Italien oder selbst in Deutschland?“

„Auf diese Art wird Frankreich, dank der Absicht, eine vermutete Inflation, die eine intelligente Diplomatie durch eine französisch-deutsche Entspannungspolitik unmöglich machen wollte, zu verhalten, seine Industrie, seinen Handel, seinen Bergwerksbetrieb einer inneren, von unseren Chauvinisten ebenso gefährdeten Inflation preisgeben!“

Thomas weist dann noch auf die gloriose Idee des reaktionären Dummkopfs Pupliesi-Conti hin, der just diesen Augenblick dazu aufersehen hat, um eine Lage von 125 Fr. jährlich für jeden in Frankreich arbeitenden Aus-

länder zu beantragen, womit er die Kosten der neuen Rüstungen hereinzubringen glaubt und schließt mit der Frage: Wird das arbeitende, denkende, produzierende, kulturelle Werte schaffende Land sich durch die abscheuliche Schreckenscampagne der nationalistischen Reaktion zum Abgrund treiben lassen?

Kriegsminister Etienne über die Seeresvorlagen.

Paris, 12. März. Nach einem Bericht des „Figaro“ lauteten die Erklärungen, welche Kriegsminister Etienne gestern im Seeresauschuß der Kammer abgegeben hat, im wesentlichen folgendermaßen: Da sich die europäische Lage insbesondere infolge der Balkanereignisse verändert hat, darf man sich nicht wundern, wenn Deutschland seine Militärgesetze von 1907, 1911 und 1912 als unzureichend ansieht, und durch eine neue Vorlage seine unzureichlich mobilisierungsfähigen Mannschaftsbestände auf 800 000 Mann mit Ausschluß der Reservisten erhöht. Deutschland erblickt in der Stärke seiner Armee eine Bürgschaft des Friedens. Seit 40 Jahren hat das republikanische Frankreich eine entschlossene friedliche Politik ohne jeden Angriffsgedanken verfolgt. Es will mehr denn je bei dieser Politik verharren. Gerade diese Politik ist es, welche Frankreich zwingt, das Beispiel Deutschlands nachzuahmen. Frankreich kann dies wegen der stetigen Abnahme seiner Geburtsziffern nur mittels Verlängerung der Dienstzeit erreichen, und es wird nach Vereinbarung des dreijährigen Dienstes einerseits gleich Deutschland einige sofort mobilisierungsfähige Armeekorps ohne Reservisten haben, andererseits werden die jetzigen Truppen, welche Zeit haben, ihre Reservisten abzuwarten, viel stärker sein infolge der großen Zahl von aktiven und gut ausgebildeten Soldaten, welche die Reservisten einnehmen werden. So wird man anstatt der Truppenkörper, in denen die Reservisten die Mehrheit bildeten, namentlich Truppenkörper haben, in denen die aktiven Soldaten in der Mehrheit sind.

Paris, 12. März. Ueber die gestrige Sitzung des Seeresauschusses wird weiter gemeldet: Der radikale Deputierte General Deboga richtete an den Kriegsminister die Frage, warum er sich nicht mit der ihm zustehenden Befugnis begnügt habe, eine Jahresklasse länger unter den Fahnen zu behalten und die Reservisten einzubehalten. Kriegsminister Etienne erwiderte: Der Oberste Kriegsrat und die Regierung seien im Hinblick auf die Mannschaftsbestände und die allgemeine Lage in Europa der Ansicht gewesen, daß die zu erzielenden Maßnahmen einen dauernden Charakter haben müßten. Auf die von Jaurès gestellte Frage über die etwaige Verstärkung von Toul und Nancy, über die Mobilisierung der russischen und der französischen Armee sowie über die Verteilung der französischen Deckungsgruppen gab Etienne eingehende Aufklärungen, hinsichtlich deren der Ausschuß das Geheimnis zu wahren beschloß; doch verlautet, der Kriegsminister habe bezüglich der Deckungsgruppen erklärt, daß Frankreich am ersten Tage der Mobilisierung an der Ostgrenze über drei Armeekorps mit einem Bestand von ungefähr 104 000 Mann verfügen würde, zu welchen 24 Stunden später 28 000 Reservisten aus den Ostdepartements kämen. Die deutschen Bestände wären bis auf elftische tausend Mann von derselben Stärke.

Ungarn.

Eine neue Komödie der Opposition.

Die Opposition des ungarischen Reichstages, die sich vor der Verabschiedung des Wahlrechtsgezetntwurfes so feige benahm, will eine neue Komödie aufführen. Uns wird aus Budapest gemeldet:

Die Oppositionsparteien hielten am Dienstag eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, am Donnerstag korporativ in den Reichstag einzuzuziehen, um gegen das System Tisza-Luzacs zu demonstrieren. Im Parlament sollen die Beratungen solange gehindert werden, bis ein Wahlrechtsgesetz geschaffen ist, das den Forderungen der Opposition entspricht. Auch gegen die Dausordnung wurde der schärfste Kampf proklamiert. Die Opposition will gemeinsam mit der Sozialdemokratie und mit allen denjenigen vorgehen, die das allgemeine gleiche Wahlrecht fordern.

Belgien.

Verschiedene Erwartungen und Deutungen.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns unterm 10. März:

Der Beschluß des Generalstreikkomitees hat in der Öffentlichkeit eine fast einhellige Wägung gefunden, wobei man nicht zu übersehen braucht, daß der Ueberschwang des Lobes über die „Bermittlichkeit“ der Führer sich zuweilen weniger aus einer politisch-erfreulichen Wertung der Dinge, der voraussetzlichen günstigen Lösung des Wahlrechtsproblems, als aus dem durch den Generalstreik bedrohten Selbstinteresse ableitet. Immerhin soll nicht verkannt werden, daß neben dieser sagen wir moralischen Befriedigung, die in der kirchlichen Presse allerdings oft eine finstlich-hochmütige Form annimmt, das politische Moment allenthalben gewürdigt wird und die Revision der Verfassung als eine logische und unausweichliche Konsequenz des Streikkomiteebeschlusses vorweg genommen wird. In der liberalen Presse herrscht darüber nur eine Stimme, und auch führende kirchliche Blätter, wie etwa das Brüsseler „XXe Siècle“, erklären, daß nunmehr, nachdem die „Generalstreikdrohung“ entfernt ist, dem Verlangen einer Revision nichts mehr im Wege steht.

Aber es wäre zu schön und zu — überraschend, wenn die ganze kirchliche Presse dieser Meinung beipflichtete. Erst war es ein Blatt, man kommen ihrer immer mehrere dran, die mit ihrer, in der Wirkung wohl unschädlichen, als Tatsache aber darum nicht weniger bemerkenswerten Negarbeit gegen die Sozialisten und die Revision einsetzten. Es beliebt diesen edlen Seelen, den Beschluß der Arbeiterpartei als eine Art Ganossagang zu deuten, der von der Regierung ohne ernstere Zusagen gnädigst akzeptiert worden ist. Man hat gedroht — die Drohung ist zurückgezogen. Basta. Vielleicht, meint einer von den Herren, wird sich die Regierung großmütig zu einer Reform des Gemeinde- und Provinzialwahlrechtes verstehen: Die katholische Partei, schreibt der kirchliche „Courrier de Bruxelles“, sei in ihrer übergroßen Majorität gegen eine Revision. Man könne die Anhänger an den Fingern abzählen. Das ist nebenbei eine direkte Lüge.

In der Regierung selbst sind Freunde der Revision und Herr v. Broqueville ließ seinerzeit aus allen Reden mehr oder weniger hervorleuchten, daß die Regierung ohne die Generalstreikdrohung zu „plaudern“ bereit sei. Und man weiß, daß auch in der kirchlichen Partei eine revisionsfreundliche Majorität existiert, die nur aus Disziplin gegen die Revision und für die Regierung gestimmt hat.

Wie früher der direkten, schreibt das Blatt, so würde die Regierung heute der indirekten Drohung der Sozialisten nachgeben und ihre Würde preisgeben! Und kurz und gut: keine Revision, heute so wenig wie gestern. Keine Verhandlung weder mit Sozialisten noch mit Liberalen —

Andererseits gefällt sich ein Teil der kirchlichen Presse in allerlei kasuistischen Ausdeutungen des Beschlusses der Arbeiterpartei. Ist der Generalstreik zurückgezogen? Ist es nur das Datum? Ist mit der Resolution des Streikkomitees der Würde der Regierung genug getan, damit diese zur „Seite“ der Versöhnung schreite? Lauert nicht doch noch irgendwo in dem Beschluß eine geheimversteckte „Drohung“? Es ist aber ein ganz überflüssiger Aufwand von Jesuitismus, den sich die kirchlichen Herrschaften leisten. Die Resolution ist was sie sein wollte und sollte: eine Zurückziehung des Generalstreiks. Die Regierung erklärte, sie unterhandle nicht unter der „Drohung“. Die mit der Vermittlungsaktion beirauten Bürgermeister wieder erklärten den Vertretern der Arbeiterpartei, Vandervelde, Dedrée und Ansele, daß in dem Augenblick, wo die Partei die „Drohung“ weggeschaffe, die Bahn zu einer befriedigenden Lösung frei sei. Die Partei hat diesen äußersten Schritt des Entgegenkommens getan, und wenn sie der Öffentlichkeit auch keinen „Vertrag“ mit Paragraphen unter die Nase hält, so mag sich diese schon für versichert halten, daß — wie Vandervelde und andere Vertreter der Partei unterdes in den Arbeiterversammlungen dargelegt haben — die Zusagen an die Vertrauensmänner die Lösung des Wahlrechtsproblems außer allen Zweifel stellen. Die Arbeiter wissen es zu würdigen, daß man einen Kriegsrat nicht an die große Glocke hängen kann, und ihr Vertrauen in die Partei wird durch die Nachsicht jener kirchlichen Presse, die von Unklarheit faselt, die gewaltsam Schwierigkeiten anhäuft, ja die Regierung gern zum Widerstand hegen möchte, nicht erschüttert werden. Die Situation ist so klar als nur sein kann. Die Drohung ist beseitigt: die Revision ist auf dem Marsche!

Provokatorische Haltung der Regierung.

Brüssel, 12. März. (B. L. V.) In der Kammer erklärte heute der Ministerpräsident auf eine Anfrage, daß, nachdem die Sozialisten den Generalstreik abgesetzt hätten, die Regierung sich auf das Wahlergebnis vom Juni 1912 berufe und sich höchstens nur dazu verstehen könne, das Kommunal- und Provinzialwahlrecht zu revidieren. Das bedeutet, wie die anschließende Debatte feststellte, die Ablehnung jeder Verfassungsrevision im Sinne des gleichen Wahlrechts.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag hielt der Sozialdemokratische Verein für das Fürstentum Lippe in Detmold seine Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl liegt von 1044 (davon 68 weibliche) am 1. Juli auf 1151 (davon 90 weibliche) am 31. Dezember 1912. Die Einnahmen bezifferten sich in derselben Zeit auf 2683,18 M., die Ausgaben auf 1737,05 M., so daß ein Massenbestand von 946,08 M. am Schlusse des Jahres vorhanden war.

Die Landtagswahl 1913 brachte uns in der dritten Abtheilung 7101 Stimmen gegen 3707 im Jahre 1908; das ist eine Zunahme von 3394. Wenn unsere Parteigenossen auch nur das eine Mandat halten konnten, liegt doch die Eroberung weiterer Mandate bei der nächsten Wahl in sicherer Aussicht, stand doch schon diesmal die Entscheidung in drei Kreisen auf Messers Schneide. Die Liberalen Stimmen vermehrten sich nur um 467 auf 8183, und die Konservativen verloren gar 741 Stimmen, sie erhielten nur 1657 Stimmen. 118 000 Flugblätter und Handzettel wurden zu dieser Wahl verbreitet und 99 Versammlungen und Versprechungen wurden abgehalten. Außerdem sprachen unsere Redner in 63 agnerischen Versammlungen. Die Landtagswahl kostete 4492,65 M. Um das Defizit zu decken und eine bessere Finanzgebarung des Vereins überhaupt zu erzielen, wurde der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder von 30 Pf. auf 40 Pf. und für weibliche Mitglieder von 18 Pf. auf 20 Pf. erhöht.

Bezirkssekretär Genosse Schred betonte in einem infratribunen Referat über: „Unsere nächsten Aufgaben“ vor allem, daß die Mitgliederzahl des Vereins und die Zahl der (Vielefelder) „Volkswacht“-Abonnenten in ein besseres Verhältnis zu unserer Stimmenzahl bei der Landtagswahl gebracht werden müßten.

Ein Antrag, der Gründung einer eigenen Zeitung für Lippe näherzutreten, wurde, nachdem Genosse Redakteur Schädlich die Vorbedingungen für eine solche Gründung — ob Kopfabdruck oder Zeitung mit eigener Druckerei — die zurzeit aber noch fehlen, erläutert hatte, dem Kreisvorstand zur weiteren Verfügung überwiesen.

Am Sonntag fand in Ulm eine zahlreich besuchte Konferenz der drei oberschwäbischen Wahlkreise statt. Genosse Ruggaber berichtete zunächst über den Stand der Parteibewegung im Oberland. Im 15. Wahlkreis ständen von 188 Orten nur in 45 Orten unsre Versammlungslokale zur Verfügung, im 16. Wahlkreis von 124 Orten nur in 5, im 17. Wahlkreis in 8 Orten des 148 Ortschaften umfassenden Wahlkreises. Man muß sich deshalb in der Hauptsache auf eine systematische Flugblattverteilung beschränken. 182 000 Stück wurden von den Genossen verbreitet.

Aus dem Bericht über die Parteibewegung im Oberland ist u. a. hervorzuheben: Vom 1. April bis 31. Dezember 1912 wurden 404 Aufnahmen vollzogen. Mitgliederversammlungen wurden 90, öffentliche 100 abgehalten. Die Mitgliederzahl stieg von 804 auf 518, darunter 20 weibliche. Der 10 Pf. Wochenbeitrag ist mit Ausnahme von zwei Orten überall eingeführt. Unsere Parteipresse ist nicht in dem wünschenswerten Maße verbreitet.

Ein Schiedsgericht.

Das am 10. März unter dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin in Stuttgart über einen Ausschlagantrag des sozialdemokratischen Vereins in Stuttgart gegen den Genossen Joh. Scherm zu beschließen hatte, entschied, daß die nach § 26 des Organisationsstatutes erforderlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Ausschlagverfahrens gegen Scherm nicht gegeben sind.

Volkzweiliches, Gerichtliches usw.

Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Unser Bremer Parteiblatt hatte im Dezember d. J. die Mißhandlung scharf beurteilt, die eine Mutter an ihrem Kinde verübt hatte. Obwohl diese Mutter wegen der Mißhandlung vom Gericht verurteilt wurde, strengte sie gegen den Verantwortlichen der „Bremer Bürgerzeitung“ Privatklage wegen Beleidigung an. Das Amtsgericht in Bismarck lehnte die Eröffnung der Hauptverhandlung u. a. mit folgender, allgemein interessierender Begründung ab: „Bei dieser Sachlage (daß nämlich durch Gerichtsverteilung festgestellt worden ist, die Frau habe ihr Kind in äußerst roher Weise mißhandelt) entsprechen die Angaben des Artikels im wesentlichen der Wahrheit. Soweit sie im einzelnen ein wenig über das Ziel hinausgeschossen sein sollten, ist, da eine Absicht der Beleidigung aus dem Artikel selbst nicht hervorgeht, zugunsten des Beschuldigten angenommen, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Wenn auch der Presse im allgemeinen ein besonderes Recht, bestehende Zustände zu kritisieren, nicht zugesprochen werden kann, so muß ein Recht, derartig rohe Mißhandlung von Kindern zu rügen, doch anerkannt werden, wie ein solches Recht, wenn es in angemessener Weise ausgeübt wird, auch jeder anderen Person aus dem Publikum zugebilligt werden muß.“

Gewerkschaftliches.

Das Vertragsmuster der Unparteiischen für das Baugewerbe.

Die Vorschläge, die die Unparteiischen am Mittwoch nachmittag den Parteien unterbreitet haben, sind im allgemeinen auf dem bisherigen Vertragsmuster aufgebaut. Dies gilt insbesondere bezüglich der Arbeitszeit, wonach nur für einzelne Orte, in denen die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt, eine allmähliche Herabsetzung erfolgen soll. Das gleiche ist von der Affordarbeit zu sagen. Nach dem Vorschlag der Unparteiischen ist Affordarbeit nur dort zulässig, wo sie schon bisher ausgeführt wird. Wo sie zulässig ist, muß ein Affordtarif geschaffen werden. Die Tarifinstanzen haben einen anderen Aufbau gefunden.

Die von den Unternehmern beantragte Stellung einer Kautions von 50 000 M. zur Sicherung der Durchführung des Vertrages ist gestrichen. Die Betonarbeiter sind in den Vertrag einbezogen; doch soll die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie örtlich erfolgen. Bezüglich der Erdarbeiten wird vorgeschlagen, daß Ausschachtungsarbeiten nach wie vor als Erdarbeiten gelten sollen.

In der Erklärung der Unparteiischen zu ihren Vorschlägen heißt es:

Die Vorschläge sind das Ergebnis der Würdigung der gesamten Anträge und Wünsche der Vertragsparteien. Nach Lage der Sache können sie insbesondere in den Hauptpunkten nur ein Kompromiß sein, das einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Gesamterfordernisse herbeiführen soll. Daraus ergibt sich auch, daß die Vorschläge ein in allen Teilen zusammengehöriges und sich ergänzendes Ganzes bilden, das eine Herausnahme einzelner Punkte nicht verträgt, ohne sofort andere, nicht voll befriedigende Wünsche der Gegenpartei wieder aufleben zu lassen. Wir haben geglaubt, uns in den wichtigsten Punkten auf den bisherigen, im allgemeinen erprobten Vertrag stützen zu müssen, um durch die Berücksichtigung der nicht befriedigten Forderungen und insbesondere durch Heranziehung neuerer Gesichtspunkte in den Vertrag dessen Annahme nicht zu sehr zu gefährden. Wir wurden darin um so mehr bestärkt, als wir aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß der bisherige Vertrag in seinen wesentlichen Grundlagen sich als brauchbar erweist, was sich insbesondere aus daraus ergibt, daß der Arbeitgeberbund sich bei den Münchener Verhandlungen gegebenenfalls bereit erklärte, das bisherige Vertragsmuster unverändert weiter gelten zu lassen.

Die Vorschläge sollen vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung die Grundlage bilden, auf der die örtlichen bezw. Bezirksverhandlungen stattzufinden haben. Den Parteien wird nahegelegt, über die weitere geschäftliche Behandlung der Tarifverhandlungen eine Einigung herbeizuführen.

Im einzelnen sei noch aus den Vorschlägen der Unparteiischen folgendes hervorgehoben:

1. die örtlichen Organisationen können festlegen, was in dem einzelnen Ort oder Gemeindegebiet bisher unter örtlichen Arbeiten verstanden wird;
 2. die Bestimmung, daß die Arbeiter unter einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet sind, berechtigt nicht zu einer Kürzung des festgesetzten Lohnes;
 3. Warnung vor Bezug fällt unter die verbotenen Maßnahmen, soweit sie einen kampfarigen Charakter hat. Sympathiekämpfe fallen ebenfalls unter die verbotenen Maßnahmen;
 4. Der Fall der Belästigung ist gegeben, wenn ein Arbeiter, nachdem er es sich verbeten hat, weiter mit Organisationsangelegenheiten angeprochen wird;
 5. Bei Eintritt zu den Arbeitsstellen bleibt das Hausrecht des Arbeitgebers gesichert.
- Im übrigen finden die vor drei Jahren in den Dresdener Schiedssprüche aufgeführten übereinstimmenden Erklärungen der Vertragsparteien auch für das neue Vertragsverhältnis sinngemäße Anwendung.

Die Erklärungen der Parteivertreter zum Vertragsmuster der Unparteiischen im Baugewerbe.

Mittwochabend 7 Uhr traten die Parteien nochmals zusammen. Die Unternehmervertreter erklärten:

Wir sind nicht in der Lage, die Erklärung abzugeben, auf Grund der Vorschläge der Unparteiischen in örtliche bezw. bezirksliche Verhandlungen einzutreten. Wir sind verpflichtet, die Vorschläge unserem Gesamtvorstand zu unterbreiten. Eine Vorhandlung soll unverzüglich einberufen und die Vorschläge der Unparteiischen sollen für örtliche bezw. bezirksliche Verhandlungen empfohlen werden.

Die Arbeitervertreter erklärten:

Wir sind bereit, auf Grund des vorliegenden Entwurfs zu dem Vertragsmuster in örtliche Verhandlungen einzutreten.

Beschlissen wurde sodann, daß, wenn die Unternehmer in Verhandlungen eintreten, diese bis zum 19. April beendet sein müssen. Bis dahin soll der jetzt geltende Vertrag weiter Gültigkeit haben.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Herrenkonfektion.

Die Streikleitung nahm gestern eine Heerschau ihrer Kämpfe vor. Um einen Bericht über die Situation entgegenzunehmen, war eine Versammlung veranstaltet worden. Alle Streikenden, die nicht vor diesem oder jenem Konfektionspalast auf Posten standen, waren erschienen, so daß der große Saal des Gewerkschaftshauses fast alle fassen konnte. Friedrich Kunze referierte. Schon bei dem Beschluß des Streiks — so betonte der Redner — habe man Kenntnis davon erhalten, daß die Konfektionäre sagten, der Streik sei frivol. Die Konfektionäre hätten jedoch nicht den geringsten Nachweis dafür erbringen können, daß die Arbeiter frivol gehandelt hätten. Eine Frivolität sei es vielmehr, daß man es auf jener Seite habe zum Streik kommen lassen. Redner erwähnte einige Firmen, die sich bereit erklärten, auf die bisherigen Preise einen Aufschlag von 10 Prozent zu bewilligen. Hieraus gehe wieder hervor, daß der Streik von den Arbeitern nicht frivol vom Haune gebrochen sei. Wenn jetzt einige Firmen diese Lohnerhöhungen bewilligten, so zeige es sich, daß die Forderungen der Arbeiter (10 Proz. Aufschlag) keineswegs zu hoch seien. Die originelle Rolle spiele immer die Firma Leineweber. Sie sei nur arbeiterfreundlich, wenn sie einen Brief vom Verband der Schneider erhalte. Die Ungenauigkeit und das fehlende Vertrauen der Arbeiter untereinander habe sich die Firma immer zunutze gemacht. Anstatt den 2a-Tarif zahle sie den 2b-Tarif, so daß der Arbeiter für jedes Großstück 2 M. weniger erhalte. Um auf sein Geld zu kommen, müsse er im Laufe der Woche doch mindestens zwei Großstücke anfertigen und habe die Firma einen Extraprofit von 4 Mark. Sie habe den Vorteil davon, wenn Zwickradt unter den Arbeitern herrsche. Die Arbeiter schienen jedoch endlich das Vertrauen zueinander und zur Organisation wieder zu gewinnen, denn sie hätten Vertreter des Verbandes beauftragt, ihre Rechte der Firma gegenüber zu verteidigen.

Da die Konfektionäre immer wieder behaupten, die Arbeiter wären an dem Scheitern der Verhandlungen schuld, wies Kunze erneut nach, daß die Konfektionäre nicht die Absicht hätten, den Frieden zu erhalten, sondern den Kampf wollten. Man habe sich getäuscht, wenn man annahm, die Arbeiter würden auf ein solch stumpfes Räuber hineinfallen und einen Schiedsspruch an-

nehmen, bevor er gefällt sei. Die Unternehmer würden den Schiedsspruch in der Absicht annehmen, um ihn dann doch nicht zu halten.

Nun drohe man fortwährend, wenn die Arbeiter nicht bald kommen und die Unternehmerangebote annehmen würden, komme es zur Aussperrung. Wenn die Konfektionäre nur endlich einmal ihre Drohung wahr machen wollten. Sie ärgerten sich und seien ganz bestürzt, daß die Arbeiter so fest zugefaßt hätten und den Streik allgemein durchführten. Weil der Streik so vorzüglich klappe, schimpften und tobten sie und bezeichneten ihn als frivol.

Bisher hätten die Konfektionäre noch keine Lust gehabt, zu verhandeln. Die Arbeiter hätten dies erst recht nicht eilig. Für sie sei es sehr gesund, einmal in frischer Luft spazieren zu gehen, als in der dumpfen Werkstatt zu sitzen. Wenn sie glaubten, das Geld würde alle, so sei ihnen gesagt, daß die Kasse gefüllt sei; sie brauchten keine Angst zu haben, daß die Streikleitung sie anpumpen. Mögen die Unternehmer versuchen, was sie wollen, alle ihre Versuche müssen an der festen Geschlossenheit der Streikenden abprallen. Zeigen wir ihnen, daß wir unerschütterlichen Mut und zähe Ausdauer haben, dann wird der Sieg unser werden. Mit diesen Worten schloß Redner unter stürmischem Beifall.

Kriente konnte zur Zufriedenheit aller Anwesenden mitteilen, daß es gelungen sei, ausfindig zu machen, wo man Streikarbeit unterzubringen versuche. Mehrere Frauen, die aus Unkenntnis bei einem Zwischenmeister Streikarbeit angenommen hätten, hätten diese unfertig zurückgebracht. Wenn nun auch einige jener „nützlichen Elemente“ Hausierherdienste verrichten würden, so würde sich bald zeigen, daß die Unternehmer nichts damit anfangen könnten. — Mehrere Konfektionäre hätten auch schon bedauert, daß sie Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden seien. Sie hätten bereits eingesehen, daß der Syndikus Stern sie aufs Glatteis geführt hätte. — Von den Unternehmern dürfe sich niemand einschüchtern lassen. Diese Drohungen seien nichts als leere Phrasen, die in den Wind geschrien würden.

Mit dem Gelübde, einmütig im Kampfe auszuharren — möge kommen, was da kommen wolle — gingen die Versammelten in fröhlicher Kampfesstimmung auseinander.

Achtung, Herrenkonfektion! Folgende Zwischenmeister für Hosen und Westen der Herrenkonfektion fertigen Streikarbeit an: Baum, Chodowickstr. 21; Fändrich, Braunstr. 86; Koil, Rehnerstr. 5; Rohrlad, Vintaplag 8; Gay, Anlamer Str. 23; Jahnke, Rheindorfer Str. 44; Meher, Schwebler Str. 83; Schmitz, Steinmünder Str. 51; Marschewski, Auglerstr. 41; Hillmann, Choriner Str. 50a; Meißel, Schivelbeiner Str. 44; Herrmann, Schliemannstr. 82; Selle, Graunstr. 24; Kranitz, Ruppiner Str. 42; Knopfer, Vorigingstr. 22; Ruhr, Nummerstraße 8; Hänckle, Hagenauer Str. 12; Dremis, Rastanienallee 11; Dremis, Schliemannstr. 45; Kaulen; Dänenstr. 9; Sperling, Schönholzer Str. 15; Willabel, Brunnenstr. 83; Wachsede, Graunstr. 16; Klingbeil, Kleine Markstr. 16; Jempe, Balladenstr. 96; Tieg, Elbinger Str. 78; Geyert, Kammerstr. 22; Zelle, Chodowickstr. 20; Stemmler, Rigaer Straße 24; Tark, Bischerstr. 141; Kno Blau, Koppenhagener Straße 77; Vernuth, Kochmannstr. 29; Weständig, Engelder 1a; Pluwatsch, Franckstr. 34; Schönlig, Köpener Straße 115; Hedert, Stolpische Str. 26; Meher, Steinmünder Straße 41; Tieg, Kochmannstr. 6, vorn II.

Die Betriebe dieser Zwischenmeister sind gesperrt. Verband der Schneider, Filiale Berlin I.

Tapetierer, Heber! Geyert ist die Tapetenhandlung Linke, Rigaer Str. 77, Van Zinowstraße 7, wegen Tarifbruch. Die Bauarbeiter werden um Unterstützung gebeten.

Die Schlichtungskommission.

Achtung, Lüfter! Die Baufirma Willy Rorgenroth hat nunmehr ihre restierenden Löhne beglichen, die Sperre ist dadurch gegenstandslos geworden. Wir warnen aber trotzdem unsere Kollegen davor, bei Rorgenroth in Arbeit zu treten.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die mißglückte Aussperrung im Malergewerbe.

Nachdem die Aussperrung am 8. März, dem Willen der Scharfmacher im Malergewerbe zufolge, programmäßig durchgeführt wurde, läßt sich jetzt erkennen, daß sie völlig mißglückt ist. Nach den bis Dienstag, den 11. d. M., bei der Hauptverwaltung des Verbandes der Maler eingegangenen genauen Mitteilungen waren bis dahin in ganz Deutschland 14994 Mitglieder dieses Verbandes ausgesperrt. Dazu kommen noch rund 800 Mitglieder der christlichen Organisation. Auf die einzelnen Landesteile erstreckt sich die Aussperrung wie folgt: In Berlin mit Brandenburg, ganz Ost- und Westpreußen und Schlesien wurden 3786 Gehilfen ausgesperrt, in Frankfurt a. M. mit Hessen-Darmstadt und Hessen-Nassau 1369, in Norddeutschland 3959, in Rheinland-Westfalen 1517, im Königreich Sachsen, Provinz Sachsen und Thüringen 2335, in Württemberg, Baden, der Pfalz und Elsaß 1128 und in Bayern ganz 870. Da der Verband der Maler 53 000 Mitglieder zählt, so sind die rund 15 000 Aussperrten, selbst wenn diese Zahl in den nächsten Tagen noch ein wenig überschritten wird, ein sehr mageres Resultat der Scharfmachereien.

Betrachtet man das Ergebnis in seinen Einzelheiten, so stellt sich die groß angekündigte Aktion als völlig verheerend heraus. Wie lassen hier die Zahlen für einzelne größere Städte folgen. Danach sperrten aus: Berlin 1885, Breslau 297, Buxtehude 147, Thorn 142, Cassel 220, Frankfurt a. M. 550, Hanau 70, Mainz 120, Offenbach 150, Darmstadt 180, Bremen 359, Hamburg-Altona und Elbstedt 1526, Hannover 189, Kiel 221, Lübeck 121, Oldenburg 84, Rostock 79, Schwerin 84, Wilhelmshafen 102, Essen 150, Bochum 100, Gelsenkirchen 195, Hagen 70, Düsseldorf 129, Köln 189, Elberfeld 100, Dresden 650, Leipzig 80, Plauen 150, Gotha 120, Jülich 60, Altenburg 60, Erfurt 180, Halle 178, Halberstadt 52, Stuttgart 290, Mannheim 234, Pforzheim 89, Ludwigshafen 88, Straßburg 187, Augsburg 40, Bamberg 50, Hof 50, Nürnberg 250, Regensburg 115 und München 20 (1).

Diese Zahlen beweisen, daß die Aussperrung in vielen Großstädten geradezu jammervoll eingeseht hat, so in Leipzig und München. In Dortmund und Magdeburg und einigen anderen Orten haben die Unternehmer die Aussperrung direkt abgelehnt. Auch in Berlin und vielen anderen Großstädten ist das Ergebnis für die Unternehmer nicht sehr erhebelnd, besonders wenn man beachtet, mit welchem Tamtam gerade hier die Aktion eingeleitet wurde.

In den letzten Tagen sind fast allgemein die vom Verband der Maler herausgegebenen Sondertarife, die einen über die Schiedssprüche hinausgehenden Lohn festsetzen, von vielen Unternehmern anerkannt worden. Die Unternehmer sagen sich ganz richtig, jeder Malermeister muß ja doch damit rechnen, daß die Schiedssprüche nicht wieder verschwinden, daß vielmehr jetzt noch manche Verbesserung für die angegriffenen Gehilfen erreicht werden könne. Was nützt da den Unternehmern ein Kampf, der ihnen nur unnütze Opfer auferlegt, manchem vielleicht die Existenz kostet und zahlreiche neue Konkurrenten herbeibringt. Wie wir erfahren, wurden in verschiedenen Orten schon Einrichtungen getroffen, die die prompteste Ausführung von Maler- und Anstreicherarbeiten durch ausgesperrte Gehilfen ermöglichen und in einigen Städten, u. a. Berlin und Hamburg, wo schon seit mehreren Jahren gulleitete und stark beschäftigte Genossenschaften bestehen, dürften

diese die gegenwärtige Gelegenheit zu einer wesentlichen Erweiterung benützen.

So haben die Scharfmacher einen noch schwereren Schlag dadurch erlitten, daß der Bund deutscher Dekorationsmaler mit dem Verband der Maler generale Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages angeknüpft hat. Diese Verhandlungen sind zur Einigung über die Höhe der Löhne und Länge der Arbeitszeit auf Grund des Berliner Schiedsspruches geblieben. Gegenwärtig werden noch örtliche Verhandlungen über einige Punkte lokaler Natur gepflogen. Diese Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der Mitglieder. Eine Einigung ist so gut wie sicher. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß dem Bunde deutscher Dekorationsmaler eine Menge großer Geschäfte beitreten, und somit den Scharfmachern ihre Unterstützung entziehen.

In Berlin haben jetzt die Malergehilfen den Spieß umgedreht und gehen zum Angriff über. Eine Versammlung der Aussperrten, die gestern stattfand, beschloß, daß in allen der 350 Werkstätten, in denen es zur Aussperrung gekommen ist, der gesamte Betrieb lahmgelegt werden soll dadurch, daß auch die Nichtausgesperrten die Arbeit niederlegen. In diese Werkstätten werden die Arbeiter nur zurückkehren, wenn der vorgelegte Tarif schriftlich anerkannt ist. Die Hauptcharfmacher werden also auf diese Weise zuerst zur Anerkennung gezwungen werden. Mehrere der aussperrten Firmen haben sich inzwischen besonnen und ihren Arbeitern geschrieben, sie möchten zurückkehren, die Aussperrung sei zu Unrecht erfolgt. Diese verspätete Erkenntnis wird ihnen jedoch nichts nützen, da auch hier die Maler die Arbeit nur dann wieder aufnehmen, wenn zuvor der Tarifvertrag anerkannt worden ist. Vielfach treten Bauunternehmer oder andere Arbeitgeber, die mit den Malermeistern Geschäftsverbindungen unterhalten, in die Breche und erklären sich bereit, den Tarif zu bewilligen. Da es sich in diesen Fällen nur um die Fertigstellung eiliger Arbeiten handelt und solche Tarifabschlüsse mit Leuten, die später nie wieder Maler beschäftigen, völlig wertlos sind, lehnt der Verband Tarifabschlüsse mit anderen als Malermeistern grundsätzlich ab und betreibt die Antragsteller an die bisher für sie tätigen Malermeister, mit denen er sich jederzeit zum Tarifabschluß bereit erklärt. — Es wird sich ja bald zeigen, wie den aussperrungslustigen Malermeistern die neue Taktik der Gehilfen bekommt.

Bergarbeiterstreik. Auf der Zeche „Gnadenreich“ in Petersdorf bei Fürstenwalde stehen, wie uns ein Privattelegramm meldet, seit gestern früh die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter in einer Abwehrbewegung. Ursache der Bewegung ist eine Lohnreduktion bei den Vergleuten, die vor den hohen Arbeitslöhnen bestaunt sind. Es handelt sich um Center, die eine Temperatur von über 28 Grad Celsius haben. Für diese ist die Arbeitszeit durch gesetzliche Verordnung aus Gesundheitsrücksichten verkürzt. Während nun bisher die Leute denselben Lohn erhielten, den die Vergleute an anderen Orten bei längerer Arbeitszeit haben, wird ihnen nun zugemutet, die gesundheitsgefährliche Arbeit zu geringeren Löhnen weiter auszuführen. Beklagt wird von den Vergleuten auch der Mangel an Wagen. Außerdem wollen sie die Rahrgelung eines Sicherheitsmannes abwehren.

Die polnische Berufsvereinigung kündigt wieder einmal für den 15. März einen allgemeinen Bergarbeiterstreik für das ober-schlesische Industriegebiet an, falls die von ihr gestellten Forderungen auf Lohnerhöhung von den Grubenverwaltungen abgelehnt werden. — Die Grubenverwaltungen denken natürlich nicht daran, die Drohung der polnischen Berufsvereinigung, hinter der nur wenige Mitglieder stehen, ernst zu nehmen.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 12. März. (Privattelegramm des „Borwärt“) Laurès schreibt in der heutigen „Humanité“: „Jonnart erklärte gestern in der auswärtigen Kommission, daß weder Frankreich noch Deutschland eine Angriffsabsicht hätten. Auch der Kaiser müsse um Gehör zu finden, von einer Pflicht der Verteidigung sprechen. Die schlimmsten Sehblätter, der „Matin“ und das „Echo de Paris“, erklärten, daß Frankreich nicht an eine Revanche denke. So will niemand angreifen, aber alle fürchten, angegriffen zu werden. Wann wird das unheilvolle Mißverständnis enden, wann eine lokale, offenerzige, freundschaftliche Erklärung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgen? Die Milhaudener Elsäßer beschwören beide Länder, sich zu verständigen. Elsäß will Vermittler sein. Gleichzeitig begrüßt England durch die Rede Asquiths die deutsch-englische Annäherung und gibt den französischen Chauvinisten zu verstehen, daß Frankreich England zu militärischer Hilfe nicht verpflichtet sei. Aber wenn alle den Frieden wollen, warum schließen Frankreich und England nicht eine Entente, die eine Bürgschaft für den Weltfrieden wäre? Sie ist Europas einziger Rettungsweg.“

Die sozialistische Seinesöderation beschloß die Teilnahme an dem sonntägigen Protestmeeting der Gewerkschaften, an dem Delegierte der Provinzstädte und der nationalen Gewerkschaftsverbände teilnehmen, die wie die Bergarbeiter, Landarbeiter, Holzschläger usw. in der Provinz ihren Sitz haben.

Die Beratungen der Armeekommission zeigen, daß die Radikalen immer weniger zur kritischen Annahme der Vorlage geneigt sind. Jedenfalls ist die Annahme durch die Kammer vor Ostern ausgeschlossen und eine wochenlange Diskussion wahrscheinlich. Viele Radikale wollen die deutschen Vorlagen abwarten. Die militäristische Presse ist wütend über die Opposition, die sie Obstruktion nennt, sowie über den Protest, den Anatole France und andere Intellektuelle gegen die Ueberstürzung der Beratung der Vorlage, die die französische Kultur schädigen könnte, veröffentlicht. Eine Petition gleicher Tendenz sand unter den Mittel- und Hochschuldozenten schon 350 Unterzeichner.

Französische Intellektuelle und die Militärvorlage.

Paris, 12. März. (B. T. V.) Eine große Anzahl von hervorragenden Gelehrten und Schriftstellern, darunter Anatole France, Scailles und Bréal, erheben in einem öffentlichen Aufruf entschiedenen Einspruch gegen die beispiellose Ueberstürzung, mit welcher die Militärvorlagen verabschiedet werden sollen. Sie verlangen, daß das Militärgesetz, durch welches das geistige und wirtschaftliche Leben Frankreichs in so einschneidender Weise beeinflusst zu werden drohe, eine gründliche Erörterung erfahre.

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

New York, 12. März. (B. T. V.) Nach einem Telegramm aus Nogales in Arizona ist in dem mexikanischen Staat Sinaloa eine Revolution gegen Huerta ausgebrochen. Sinaloa hat sich einen provisorischen Gouverneur erwählt.

Abgeordnetenhaus.

152. Sitzung, Mittwoch, den 12. März 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Weitzenbach, Dr. Penze.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages v. Wenden (L.) betr. die Bekämpfung des Kinderelends.

Bekämpfung des Kinderelends.

Die Gemeindeforschung beantragt dazu, die Regierung zu ersuchen, in Zukunft alljährlich einen Fonds zur Unterstützung der auf Bekämpfung des Kinderelends gerichteten karitativen Unternehmungen bereitzustellen.

Da Vorarbeiten dazu vorliegen, wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt; ebenso weitere Anträge betreffend Fürsorge für die gefährdete oder verwahrloste Jugend, sowie betr. Unterstützung des Bezirksbehördenwesens.

Ein Gesetzentwurf, betr. Erweiterung des Stadtkreises Linden, wird ohne Debatte an die verstärkte Gemeindekommission verwiesen.

Hierauf wird die

Sekundärbahnvorlage

nach unwesentlicher Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt der

Etat des Finanzministeriums.

Abg. Wierocki (Vole) protestiert gegen die Dismarkenzulagen. Ihre Aufrechterhaltung sei nicht angängig, nachdem der Reichstag sie gestrichen habe.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) befreit, daß sich Uebelstände bei der Gewährung der Dismarkenzulage herausgestellt hätten. (Lachen bei den Polen.) Am Reichstage habe man sie abgelehnt, trotzdem sie unabweisbar seien. — Redner kommt auf die Angriffe gegen den Lotteriekollektor Reichstagsabg. Geld zurück. Die vorgelegte Behörde des Abg. Geld sei von der Reichstagsfraktion schon vor Jahren auf die Angriffe gegen den Abg. Geld aufmerksam gemacht worden. (Hört! hört!) Es sei deshalb verständlich, wie die Lotterieverwaltung neutral habe erklären können, ihr sei der Fall unbekannt, nach den Angriffen des Abg. Hahn werde sie eine Untersuchung einleiten.

Ein Regierungsvertreter betont, er habe damals nur gesagt, daß vor Anstellung des Herrn Geld als Lotteriekollektor über ihn nichts Abfälliges bekannt gewesen sei. Nachher hätten auch nur Zeitungsgerüchte vorgelegen, erst nachdem der Abg. Hahn hier von der Tribüne des Hauses die Angriffe wiederholt hätte, habe eine neue Tatsache vorgelegen (Lachen bei den Sozialdemokraten), die eine Untersuchung erforderlich machte.

Abg. Borchardt (Soz.):

Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um namens meiner Freunde Protest einzulegen gegen die Positionen dieses Etats, über die wir eine genügende Rechenschaft nicht erhalten und gegen die Positionen, die zur Unterdrückung der politischen Mitbürger benutzt werden. Ein Parlament, das auf sich selbst hält, müßte es von vornherein ablehnen, Gelder zu bewilligen, über deren Verwendung ihm Rechenschaft nicht abgelegt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich dabei um Fonds von insgesamt über sechs Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Friedberg meint, man habe keinen Anhalt dafür, daß die Dismarkenzulagen lorrumpierend wirken. Es gehört wirklich ein

großes Maß von Naivität und Ahnungslosigkeit

zu einer solchen Behauptung. Ist ihm noch nie der Gedanke gekommen, sich zu fragen: warum man uns wohl keine Auskunft gibt über die Verwendung dieser Gelder? Müßte doch Herr Friedberg mit uns darüber eintriften, daß man uns über diese Positionen genau Rechenschaft ablegt, dann werden wir ja im nächsten Jahre sehen, ob er noch so ahnungslos ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Polen.) So lange diese Zulagen nicht allen Beamten gegeben werden, haben sie den Charakter der Korruption. Die Ziele dieser Politik lassen sich ja auch mit reinlichen Mitteln gar nicht erreichen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben nur noch eine Hoffnung: vielleicht kommt doch einmal der Tag, wo dies Geschwür an unserem Volkstörper aushellt, wenn etwa ein polnischer Prinz oder eine polnische Prinzessin zu verheiratet sein wird. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Traupmann (Vole): Die Gewährung der Dismarkenzulage wird bei den preussischen Beamten von ihrer politischen Hal-

tung, ihrer Haltung bei den Wahlen und selbst von ihrer Wahlbeteiligung abhängig gemacht. Reichsbeamte werden, wenn ihre Haltung oben nicht paßt, nach dem Besten verlegt und berücken dadurch ihre Dismarkenzulage. Das alles hat der Justizminister zugeben müssen und damit den Charakter der Dismarkenzulage als einer Korruptionzulage. (Sehr wahr! bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) rechtfertigt die Dismarkenzulagen als eine Entschädigung der deutschen Beamten für die polnischen Anfeindungen. Dann polemisiert er gegen das Tun Dr. Hahn's, als ob die Lotterieverwaltung gegen den Kollektor Geld, den national-liberalen Reichstagsabgeordneten, erst auf Hahn's Anregung eingekommen wäre.

Abg. Borchardt (Soz.)

erwidert Dr. Friedberg, daß ihm sehr wohl bekannt ist, daß die Reichsbeamten im Osten die Dismarkenzulage ebenfalls bekommen. Aber warum geben Sie die gleiche Zulage nicht allen Beamten, sondern nur denen in Polen und Westpreußen? Friedberg sagte nicht, weil dort die Arbeit größer ist. Als wir ihm zuriefen, daß im Osten der Lebensunterhalt billiger sei, sagte er, es sei dort viel weniger angenehm. Die Beamten sollen also die Entschädigung bekommen, weil ihnen das Leben unangenehm und schwierig gemacht wird. Ja, durch wen? (Rufe: Durch die Polen!) Nein, durch die sog. preussische Polenpolitik. Sie brauchen nur diesen Korruptionsfonds zu streichen, die fortwährende Bedrückung der Polen zu unterlassen, dann wird sich alsbald ein friedliches Verhältnis herausstellen und Sie werden alle Beamten der gleichen Kategorie für gleiche Arbeit gleich entlohnen können. Der Streit darüber, wer angefangen hat, ist überflüssig, aber sehr sichtbar könnte der Streit darüber sein, wer denn einmal aufhören soll mit diesem Jamal und dieser Bedrückungspolitik. Sie sind alle so gute Christen, die Polen sind fast lauter latholische Parzer, auf der anderen Seite steht der ärztlich-preussische Staat, und das Christentum lehrt: So dich einer schlägt auf die linke Wange, soßst du ihm auch die rechte hinhalten! Seien Sie doch endlich einmal verständlich und christlich. Wenn bei Ihnen wirklich die so oft behaupteten christlichen Erwägungen maßgebend wären, würde der Friede sehr bald hergestellt sein. Der Staat ist der Stärkere und kann deshalb auch zuerst die Hand zum Frieden und zur Versöhnung reichen. Aber wenn Sie es nicht tun, so beweisen Sie, daß nicht christliche Erwägungen, sondern das

klingende Geld im Kasten

für Sie maßgebend ist, die Steigerung der Güterpreise, die Profite, nicht zuletzt der Grundstückspekulanten und -schwindler, so schieben Sie das Christentum nur vor, um recht unsaubere Geldgeschäfte zu machen. (Rufe des Abgeordneten Mamböhr (L.): Sie haben ja keine Ahnung vom Christentum!) Das sagt der Geistliche Mamböhr, wenn ich Verhältnlichkeit und Rücksichtigkeit als den Geist des Christentums bezeichne. Da wäre ich freilich auf eine Predigt des Kollegen Mamböhr neugierig! — Der Finanzminister hat gestern, als die Verwendung von Geldern, die die Polen aufbringen, zur Polenbekämpfung getadelt wurde, die Polen mit Verbrechern verglichen. Die Herren in der Regierung und den maßgebenden Kreisen verstehen es, wie dieser Vergleich beweist, großartig, die Massen des Volkes aufzuritzen und aufzupeitschen. Sachtlich daraus einzugehen, lohnt ja gar nicht; aber machen Sie sich wirklich keine Vorstellung, wie es auf die Polen wirken muß, wenn sie auf eine Stufe mit Verbrechern und Judenhändlern gestellt werden? Hören Sie nur so fort, die Ernte von dieser Saat werden wir einheimen. (Lebhaftes Bravo) bei den Sozialdemokraten. Sehr wahr! bei den Polen und im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Penze: Daß der Vorredner meinen gestrigen Vergleich derart ausnützen würde, das lag nahe. Nicht die Regierung peitscht das Volk auf, sondern diejenigen, die alle Zusicherungen und Maßregeln der Regierung wissentlich entstellen und mißbrauchen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Kein Mensch kann meine gestrige Verheerung so aufblasen, als hätte ich die Polen mit Verbrechern auf eine Stufe gestellt. Ich sagte nur, wenn man den Grundfals, daß man Steuergelder nicht zur Bekämpfung der Polen verwenden dürfe, bis ins „u“ durchführen wollte, man schließlich dahin käme, nicht einmal einen Verbrecher oder jemand, der sich strafbar gemacht hat, ins Gefängnis stecken zu dürfen, weil er ja auch zu den Kosten des Gefängnisses beigetragen habe. (Rufe bei den Polen und Sozialdemokraten: Na also!) Die Dismarkenzulagen werden den Beamten gegeben, damit auch Deutsche in den Ostmarken bleiben. Die Beamten haben es dort umso schwerer, als das Land zweisprachig und die Bevölkerung ihnen abgeneigt ist. Die treiben keine Bedrückungsmahregeln gegen die Polen. Zeigen Sie mir doch eine einzige solche Position im Etat! (Lachen bei den Polen.) Wir kräftigen nur das

tausend Millionen Dollars. Der Prozentfuß der Zinsfußfälle ist in Amerika dreimal so groß als in England. In dieser Krantheit allein sind, so ergab die Statistik einer großen amerikanischen Versicherung die des Dr. Stiles, in vergangenen Jahr weit mehr Menschen gestorben als im ganzen amerikanischen Bürgerkrieg. Welche Opfer die Eisenbahnunfälle fordern, davon macht man sich einen Begriff, wenn man hört, daß im ersten Halbjahr 1912 nicht weniger als 10 000 Tote und 70 000 Schwerverletzte gezählt wurden. Alle diese Zahlen sind offiziell!

Koda Koda und die Münchener Kritik. Der nicht unbekannt kroatische Humorist mit roter Weste, Monokel und gänglich moralisierender Lebensbetrachtung hatte kürzlich in München, wo er mit Weib und Kind am der Spitze der literarischen Bohème schreitet, einen bedauernden Rückschlag in vorwärtsliche Sittenanschauungen. Er erlos nämlich in einer Münchener Zeitung sichtlich empört den Vorwurf gegen einige namhafte Münchener Kritiker, wie Karl Gillingner, Edgar Steiger, ja sogar gegen den Berliner Musikpops Dr. L. Schmidt: sie ständen insofern in unerlaubten Beziehungen zum Münchener Drei-Maltes-Verlag, als sie besoldete Vektoren des Verlags wären und gleichzeitig Bühnenwerke des Verlags (natürlich entsprechend günstiger) beurteilten. Mit recht scharfen Worten wiesen die Angegriffenen die tragischen Wortworte des Humoristen zurück. Der eine meinte dabei, wenn Koda Koda ein Ehrenmann wäre, wüßte er, was er zu tun habe. Worauf K. sehr freimütig erklärte, es läge ihm absolut gar nichts daran, für einen sogenannten Ehrenmann gehalten zu werden. Eine Verheerung für die er nun dies- und jenseits der Alpen schwer büßen muß. In München will man ihn aus dem Journalisten- und Schriftstellerverein hinausdrängen, in Prag hat ihn die noch auf dem akademischen Ehrenboden pochende slowenische Jugend bei einem Vortragsabend deswegen mit faulen Eiern beworfen. Armer Freigeist, die Zeit ist noch nicht reif für deine vorurteillose wigige Größe! Und Geld stinkt immer noch nicht!

Ein interessantes astronomisches Ereignis wird in den Abendstunden des 13. März stattfinden und hoffentlich durch Arbeit der Bitterung begünstigt werden. Der am Anfang des ersten Viertels stehende Mond wird dann nämlich über das Sternbild der Plejaden hinweggehen und das Siebengestirn zum größeren Teil verdecken. Die Bedeckung erfolgt zunächst durch den dunklen Rand des Mondes und die Sterne werden dann an dem hellen Rand, der nur eine schmale Sichel bildet, wieder auftauchen. Der erste helle Stern, über den der Mond hinwegzieht, ist die Elektra von etwa vierter Größe. Dann werden die Xerops, die Michone, der Atlas und die schwächere Pleione folgen. Das Ereignis beginnt gleich nach 10 Uhr und wird etwas nach 12 Uhr beendet sein. Bei dieser Gelegenheit wird man zu seiner Ueberrückung wahrnehmen können, daß die Gruppe der Plejaden weit mehr Fläche am Firmament bedeckt als die Mondscheibe, da drei ihrer Sterne unbedeckt bleiben.

Deutschum, nachdem der Staat den Standpunkt eingenommen hat, daß die Provinz deutsch bleiben und nicht nur von Polen bewohnt werden soll, nachdem diese dem preussischen Staat abgeneigt sind. Wenn in dem Verfestigungsgesetz gesagt wird, daß nur Grundstücke beliehen werden dürfen, deren deutscher Besitz dauernd gesichert ist, so ist das keine Bedrückungsmahregel gegen die Polen, sondern wir setzen nur etwas außer Handel, was außer Handel gesetzt werden muß. Es ist also eine Verdrehung des Abg. Borchardt, wenn er immer emphatisch von Bedrückung spricht. (Laute Rufe der Sozialdemokraten: Verdrehung? — Unruhe.) Also eine eigenartige Interpretation. (Heiterkeit bei der Mehrheit. Abg. Borchardt: Er kann sich also auch besser ausdrücken! Minister Penze: Ich verbitte mir das! Abg. Borchardt: Ich verbitte mir auch diese Bemerkung! — Unruhe, der Minister verwahrt sich gegen die Unterbrechungen. — Abg. Hoffmann: Wer ausgibt, muß auch einnehmen, Herr Minister! Heiterkeit.) Also, ich weise alle diese Behauptungen energisch zurück. (Großer Beifall bei den Konservativen und Nationalliberalen, anhaltendes Zischen bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Switaka (Vole): Der Minister behauptet, die Regierung stehe den Polen freundlich gegenüber. Dabon merken wir wirklich nichts. Wir sollen lokale Preußen sein! Aber was versteht man darunter? Keinesfalls können Sie von uns verlangen, daß wir unsere Sprache, unsere Kultur und unsere sonstigen Ideale aufgeben. Der Minister meinte, nennen Sie mir eine einzige Unterdrückungsmahregel gegen die Polen. Das sagt derselbe Minister, der gestern erst Hunderte von Millionen gegen uns gefordert hat. (Sehr gut! bei den Polen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Abg. Borchardt (persönlich): Ich will nur konstatieren, daß der Minister mit am Anfang seiner Ausführungen wissentliche Entstellung vorgeworfen hat, nachher aber den Sachverhalt genau so wiedergegeben hat, wie ich ihn dargestellt habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Titel Minister wird bewilligt.

Zum Kapitel

Wartegelder, Pensionen usw. liegen eine Reihe von Anträgen betreffend Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre vor.

Die Budgetkommission beantragt dazu: Die Regierung möge ihre Grundzüge für die Gewährung von Zuwendungen an Altpensionäre dahin abändern:

- I. von dem Erfordernis eines Antrages absehen;
- II. bei Ruhegehältern von 1500 M. und entsprechenden Witwen- und Waisengeldern die Notwendigkeit einer Zuwendung anerkennen;
- III. bei der Bemessung von Zuwendungen an altpensionierte Lehrer den Unterschied in der Bewertung des Wohnungswertes für das Ruhegehalt seit dem Lehrerbeförderungsgesetz berücksichtigen.

Abg. v. Gähler (L.) beantragt hinzuzuführen:

IV. die Zuwendungen auf weniger als 100 M. nicht bemessen.

Abg. v. Gähler (L.): In der Anerkennung der Notlage der Altpensionäre sind wir einig. Die von der Regierung vorgelegten Grundzüge zur Regelung dieser Frage genügen uns nicht. Die Zuschüsse dürfen nicht von der Einreichung eines Antrages abhängig gemacht werden. Das Odium des Almosens muß diesen Zuschüssen genommen werden. Kleine Beträge, die an Trübsalgeister erinnern, sollte man überhaupt nicht gewähren; daher haben wir beantragt, eine untere Grenze von 100 M. festzulegen. Die Hauptsache ist jetzt, daß den Altpensionären gründlich und schnell geholfen wird; eine gesetzliche Regelung kann dann später folgen. Die ganze Aktion sollte im großen Stille nicht in kleinem Stillschanden erfolgen. Es ist eine Ehrenpflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß seine allgeordneten Beamten nicht in eine Notlage kommen. (Bravo) rechts!

Abg. v. Savigny (L.): Wir hatten gesetzliche Regelung der Bezüge der Altpensionäre verlangt. Nachdem die Konservativen jetzt von dieser Forderung abgekommen sind, hat sie ja wenig Aussicht auf Annahme. Es handelt sich aber nicht etwa nur um eine vorübergehende Notlage der Altpensionäre. (Sehr richtig!) Daher muß eine dauernde feste Rechtsgrundlage für die Bezüge dieser Altpensionäre geschaffen werden.

Abg. Dr. Schröder-Kosel (natl.): Die Besuche der Altpensionäre um Zuwendungen haben sehr zugenommen. Aber die Grundzüge der Regierung sind so, wie sie gesagt sind, ganz ungenügend. (Sehr richtig!) Viele Altpensionäre gewinnen es nicht über sich, Anträge auf Unterstützung zu stellen (Sehr richtig!), zumal dabei eine große Reihe von Fragen zu beantworten sind. Dazu kommt, daß Bewilligungen von 20 M. jährlich vorgekommen sind. (Hört! hört!) Daher ist der konservative Antrag zu begriffen. Wir halten die Forderung der gesetzlichen Regelung aufrecht.

Der technische Fortschritt im Dienste des Völkermordes. Aus London wird berichtet: Auf Grund einer Reihe von umfassenden Versuchen, die im Auftrag der britischen Heeresverwaltung auf dem Flugplatz bei Aldershot veranstaltet wurden, hat das englische Kriegsministerium den Beschluß gefaßt, eine Anzahl von Militärflugzeugen mit Maschinengewehren auszurüsten. Bei dem ersten Versuche war ein Maschinengewehr in einem Zweifelder eingebaut worden; aus einer Höhe von 300—350 Meter wurden im Fluge Salven abgegeben, und das Ergebnis scheint „vollst befriedigt zu haben“. Die mit Maschinengewehren ausgerüsteten Flugzeuge werden eine besondere Fliegerabteilung bilden, eine Art fliegende Maschinengewehrabteilung. Es handelt sich dabei um Farmansche Zweifelder, bei denen der Propeller hinter dem Flugzeughüft und dem Schützen angeordnet ist. Eine Anzahl dieser fliegenden Maschinengewehre sollen bereits bei den diesjährigen Manövern Verwendung finden. Interessant bleibt die Feststellung, daß selbst beim Schnellfeuer der dauernde Rückstoß auf das Flugzeug ohne Einfluß geblieben ist.

Notizen.

— Russischronik. Im Schillertheater Charlottenburg findet am Karfreitag 8 Uhr eine Aufführung der „Johanni-Passion“ von Bach, ausgeführt durch den Votobaner Gesangverein für russische Kunst (Dirigent: Prof. Martin Gebhardt) statt.

— Jadora Duncan wird, da das Rotematerial zu „Orpheus“ aus Rußland nicht vollständig eingetroffen ist, am Freitag bei ihrem letzten Gastspielabend Tänze zu Richard Wagners „Sinn Seldichten, Walzer von Schubert und Brahms, teilweise neue Tänze zu Chopin, sowie Marche militaire und Moment musicale von Schubert vorführen.

— Schönberrgs „Gurrelieder“, die hier anlässlich der Wiener Uraufführung gewürdigt wurden, sollen am 27. Mai auch in Berlin aufgeführt werden. Der Komponist wird selber das auf 150 Mann verstärkte Philharmonische Orchester und den Chor von 500 Sängern dirigieren. (Mahler hatte es immerhin schon auf einen Chor von 1000 gebracht.)

— An der Berlin-Wilmersdorfer Kunstgewerbeschule, Durlacher Straße 14, übernimmt vom 1. April 1913 der Maler Georg Tappert die Leitung des Ateliers für graphische Arbeiten. Eine Ausstellung seiner und seiner Schüler Arbeiten findet am Donnerstag, den 13. März bis Mittwoch, den 13. April werktäglich von 10—3 Uhr statt. Der Besuch ist unentgeltlich.

— Orpheus in Hellenau. Jacques-Dalcroze wird dieses Jahr den ganzen Gluckischen Orpheus mit seiner Tanzschule zur Aufführung bringen.

— Ein Ernst-Moriz-Arndt-Museum wird in Bonn in dem ehemaligen Hause des von den 1818er Patrioten jetzt wieder entdedten Freiheitsdichters errichtet werden.

Kleines feuilleton.

Das menschenmörderische Amerika. Die Rede des neuen Präsidenten Wilson, mit der zum erstenmal von offizieller Stelle aus die Ungeheuerlichkeit mancher amerikanischen Verhältnisse der ganzen Welt offen gezeigt wurde, hat überall großen Eindruck gemacht. Im allgemeinen schweigt man ja in Amerika am liebsten über diese Dinge, und versucht daher, die wie Sinclair's „Sumpf“ betarzte Zustände enttarnen wollen, durch alle Mittel, in erster Linie natürlich durch die Macht des Dollars, zu unterdrücken. Manchmal glücklicherweise vergebens. So hat auch ein Dokument, das Dr. C. Macdell Stiles vom englischen Amt der Vereinigten Staaten für den Senat der Republik bestimmte, den Weg in die breite Öffentlichkeit gefunden und selbst in manchen der weniger heuchlerischen Zeitungen der Union. Es gab eine Zeit, erinnert Stiles, da Amerika eins der reichsten Länder der Erde war: Mineralien, Wasser, Forste, alle möglichen Naturschätze im größten Ueberfluß! Ein Raubbau, der an das Hausen von Wahnsinnigen denken läßt, hat fast alles vernichtet! Wenn das Wenige, was übrig blieb, nicht von Gesehes wegen bewahrt und beschützt wird, ist der ganze Schatz der Nation binnen kurzem völlig verloren. Aber nicht nur mit Naturschätzen treiben die Großkapitalisten Amerikas barbarischen Raubbau: gegen „Menschennaterial“ — denn der Mensch ist für diese Leute nichts anderes als Material — wird in ähnlicher Weise gewütet. Nach der unüberleglichen Statistik, die Stiles ausgearbeitet hat, werden in Amerika jedes Jahr 1 1/2 Millionen Menschen „ohne jede Notwendigkeit“ geopfert. Wem? Den Geldinteressen der Kräfte, der großen Unternehmungen, der Fabriken.

Diese 1 1/2 Millionen Menschen verlieren ihr Leben und sind vielleicht noch glücklich zu preisen gegenüber den 3 Millionen Menschen, die jedes Jahr „nur“ als arbeitsunfähig von dem großen Kampfplatz scheiden, der sich dort drüben industrielles Leben nennt. Krankheiten, minderwertige Ernährung und vor allem die unerbötet gehäuften Unfälle in den Fabriken usw. scheiden nahezu drei Millionen Menschen alljährlich aus. Mit ihnen und den anderen 1 1/2 Millionen Menschen geht übrigens — Dr. Stiles weist, daß er dem amerikanischen Publikum mit Zahlen kommen muß, um den nötigen Eindruck zu machen — ein Kapital von sechshundert Millionen Pfund Sterling für den Staat und die Allgemeinheit verloren! Nicht nur eine selbstmörderische, sondern eine menschenmörderische Masse sei die amerikanische zu nennen. Und angesichts dieser gräßlichen Zahlen, die eine Abnung von Leidern gibt, im Vergleich zu denen Dantes Höllequalen keine sind, muß man dem amerikanischen Statistiker Recht geben, Welche Opfer die Klassenkonflikte, die man unter der niederen oder wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung wüten läßt, jedes Jahr fordern, und wiederum aus Zahlen hervorgehen. Allein durch die Tuberkulose erleidet der Staat jedes Jahr einen materiellen Verlust von

Finanzminister Dr. Henke: Ich muß prinzipielle Bedenken erheben gegen eine gesetzliche Regelung der Bezüge der Altpensionäre. Wir können nicht jeder Befoldungsordnung rückwirkende Kraft für die Altpensionäre verleihen. Die Zuwendungen würden die Altpensionäre doch nicht befriedigen, die verlangen immer wieder Gleichstellung mit den Neupensionären. Das ist nicht durchzuführen. Der Forderung, daß auch ohne Antrag Unterstützung gewährt werden kann, sichere ich wohlwollende Berücksichtigung zu. Wenn kleinere Zuwendungen gewährt worden sind, so waren immer schon andere Unterstützung vorhanden, die abgetunet wurden. Das würde wegfallen müssen, wenn der Antrag v. Gohler angenommen würde. Fiskalisch wird garnicht verfahren. Die zur Verfügung stehenden Fonds sind in liberaler Weise ausgegeben worden. Bei gesetzlicher prozentualer Erhöhung aller Pensionen würden gerade die bedürftigsten Altpensionäre geschädigt.

Abg. Biered (H.): Wir fordern nicht die Gleichstellung der Altpensionäre, sondern nur eine gesetzliche Festlegung ihrer Rechte.

Abg. Delsus (Sp.) wendet sich gegen die Bestimmung in den Grundgesetzen der Regierung, wonach eine Nachprüfung der Würdigkeit der Altpensionäre auf Grund der Personalakten und durch untere Polizeibeamte erfolgen solle. Wegen einer solchen Art der Nachprüfung haben wir uns im vorigen Jahre entschieden gewandt. Der Beschluß der Budgetkommission bedeutet eine Verbesserung dieser Grundzüge, aber die Altpensionäre werden doch von der Forderung der gesetzlichen Festlegung ihrer Bezüge nicht abgehoben. In Sachsen ist eine zufriedenstellende Regelung in dieser Weise erfolgt.

Abg. Ströbel (Soz.): Die Auffassung, daß es nicht angängig sei, die Altpensionäre den Neupensionären gleichzustellen, vermag ich nicht zu teilen. Sie leben doch unter genau denselben Lebensverhältnissen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte erwartet, daß zum mindesten auch die Volkspartei für diese Gleichstellung eintreten würde. Auch die Ansicht des Ministers können wir nicht teilen, daß die Altpensionäre kein Recht auf Erhöhung ihrer Pensionen haben. Auf jeden Fall haben sie ein moralisches Recht, diese Erhöhung zu fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser moralische Anspruch muß gesetzlich festgelegt werden und die Erhöhung muß entsprechend der Forderung auf allen Gebieten eine recht beträchtliche werden. Die Schamlosigkeit nach dem Nebeneinkommen der Altpensionäre ist durchaus vom Uebel. Durch ihre Beamtenmäßigkeit haben sie sich das Recht auf Pension erworben, was sie nebenbei verdienen, geht uns nichts an. Hat man doch auch die Kronstation um 3/4 Millionen erhöht, trotzdem der Träger der Krone ein Privatvermögen von 140 Millionen besitzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Nachprüfung nach der „Würdigkeit“ muß unbedingt beseitigt werden, auf seinen Fall darf dabei das politische Verhalten der Beamten in Betracht kommen, das führt nur zur Korruption. Wenn man schon aktiven Beamten ihr staatsbürgerliches Verhalten vorzuschreiben mag, sollte man das nicht auch noch auf die Altpensionäre übertragen. Alle vorliegenden Anträge gehen uns nicht weit genug. Da aber nichts anderes zu erreichen ist, werden wir für den Antrag auf gesetzliche Festlegung der Rechte der Altpensionäre stimmen. Es ist reichlich spät, daß wir uns jetzt mit diesen Dingen beschäftigen; da spielt wohl etwas Wahlsache mit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Budgetkommission mit dem Antrag v. Gohler wird angenommen; daneben auch die Forderung auf gesetzliche Regelung der Ratione.

Es kommen nun Anträge betr. Steuerzulagen für kinderreiche Unterbeamte zur Verhandlung. Die Budgetkommission beantragt, hierfür einen Nachtragsetat zu fordern, und die Zulagen nach der Kinderzahl abzulösen. Abg. Savigny (L.) wünscht Ausdehnung der Zulagen auf mittlere Beamte.

Finanzminister Dr. Henke lehnt alle diese Anträge ab, da sie ohne Änderung der Befoldungsordnung nicht durchführbar seien.

Nach unwesentlicher Debatte verläßt das Haus die Weiterberatung auf morgen Donnerstag 10 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Herrenhaus.

25. Sitzung, Mittwoch, den 12. März.

Am Ministertisch: Fehr, v. Schorlemer.

Das Haus ist stark besetzt.

Die Jahrhundertumgebung des Herrenhauses.

Präsident v. Webel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten mit folgender Ansprache, die das Haus lebend anhört:

Meine hochgeehrten Herren, ganz Preußen hat vor zwei Tagen in erhebender Weise den Tag gefeiert, wo vor 100 Jahren das preussische Volk auf den Aufseiner Königs sich um ihn scharte und Gut und Blut einsetzte, um Preußens und Deutschlands Befreiung zu erkämpfen. Ich glaube, unseren Dank für die Helden, die damals Preußen befreit, und damit auch die Grundlage für Deutschlands Einigung gelegt haben, heute auszusprechen zu dürfen. Möge es Gott gefallen, Deutschland vor ähnlichen Prüfungen zu bewahren, wie Preußen sie in den Jahren 1806 bis 1815 zu erdulden hatte. Aber ich lebe der Zukunft, daß, wenn uns ernste Gefahren bedrohen sein sollten, wie hinter unseren Vorhang nicht zurücktreten werden und ebenso freudig Gut und Blut auf dem Altar des Vaterlandes opfern und um unseren Landesherren uns scharen werden, und mit ihm zum Siege zu schreiten. Dieser Zukunft und dieser Hoffnung lassen Sie uns jetzt dadurch Ausdruck geben, indem wir rufen: „Seine Majestät, unser König, der Deutsche Kaiser, er lebe hoch!“

Das Haus stimmt dreimal in den Ruf ein.

Der Segenswunsch betreffend die

Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen

in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, sowie in der Rheinprovinz und in den Hohenzollernschen Ländern hat die Kommission in verschiedenen Punkten abgeändert. Sie beantragt außerdem eine Resolution auf Einführung der religiösen Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler.

Berichterstatter Fehr, v. Biffing empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Kardinal Fürstbischof Dr. v. Kopp: Der Entwurf berücksichtigt leider nicht die religiöse Fortbildung. Gerade die neuzeitliche Entwicklung der Verhältnisse wirkt ganz besonders gefährlich auf die Entwicklung unserer Jugend ein. Durch den Fortbildungsschulunterricht soll auch die Jugendpflege mit gefördert werden. Darum möge man sich daran erinnern, daß die Kirche die erste Jugendpflegerin gewesen ist. Im Staatshaus sind jetzt Mittel für die Förderung der Vereine, die sich die Jugendpflege zur Aufgabe gemacht haben, eingestellt. Da sollte man auch die kirchlichen Jugendvereine nicht vergessen. Übrigens kommen wir auf die Dauer nicht darum herum, die Fortbildungsschule organisch mit den übrigen Schulen zu verbinden. (Bravo.)

Graf zu Kanbau: Die für Schleswig-Holstein vorgesehenen besonderen Befugnisse des Kreisaußenamtes habe ich schon in der Kommission auf die national gefährlichen Teile Nord-Schleswigs beschränkt wollen. Man stelle doch nicht die ganze Provinz als national gefährdet hin und greife nicht ohne Not in die Rechte der Gemeinden ein. Würde meinen Anträge entsprochen worden sein, so wäre die Vorlage noch immer kein Kampfgesetz geworden.

Oberhofprediger Dr. Dröbner: Wir sind uns wohl darüber einig, daß die Fortbildungsschulen nicht nur technische Kenntnisse vermitteln sollen, sondern daß sie den Menschen auch zu einer sittlichen Ausbildung und Charakterfestigung verhelfen sollen. Das Geozie ist nur, wie man diesen Zweck erreicht. Einen

obligatorischen Religionsunterricht halte ich nicht für das richtige Mittel. Denn eine innere Beeinflussung des Menschen kann nur in der Freiheit gedeihen. Alle Synoden und evangelischen Kirchenbehörden haben den obligatorischen Unterricht zurückgewiesen. Es gibt einen anderen Weg, um ohne Religionsunterricht den ganzen Schulbetrieb mit dem innerlichen, religiösen, sittlichen, christlichen Geist zu erfüllen. Das kann überall im Unterricht, in allen Fächern geschehen. Es kommt alles auf die die Persönlichkeit des Lehrers an. Man sollte in den Vorstand der Fortbildungsschulen auch die Geistlichen vertreten sein lassen.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Ich muß aber wiederholt erklären, daß die Regierung nicht in der Lage ist, einen Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen vorzuschlagen. Sie wird aber gern die Hand dazu bieten, die Erteilung des Religionsunterrichts

im Anschluß an den Fortbildungsschulunterricht zu ermöglichen. In der Provinz Schleswig-Holstein wird die Fortbildungsschule auch in den Dienst nationaler Interessen gestellt werden.

Generalfeldmarschall Graf Haeferle beantragt: wöchentlich eine Stunde des Unterrichts für

Übungen im Gelände

zu verwenden. General v. Beseler wünscht, hierfür einen vollen Nachmittag in jedem Monat des Sommerhalbjahres zur Verfügung zu stellen.

Minister v. Schorlemer: Es entspricht durchaus der Absicht der Regierung, in den ländlichen Fortbildungsschulen auch den vaterländischen Geist und die körperliche Ausbildung zu fördern. Aber einen Zwang hierfür in das Gesetz einzufügen, widerspricht der ganzen Struktur des Lehrplans.

Die Anträge werden abgelehnt.

Kardinal Dr. v. Kopp tritt ein Wiederherstellung der Fassung der Regierungsvorlage in dem Punkte, daß an Sonntagen Unterricht nicht erteilt werden darf. Die Kommission hat hier die Worte „in der Regel“ eingefügt.

Der Antrag wird abgelehnt und die Vorlage in der Fassung der Kommission nebst der Resolution angenommen.

Es folgt die Beratung über den vom Abgeordnetenhaus unter Abänderung der Regierungsvorlage angenommenen Gesetzentwurf betreffend

das Schlepptomopol

auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Dümpe-Kanal. Die Herrenhauskommission beantragt die unveränderte Annahme der Vorlage und folgender Resolutionen:

1. Die Staatsregierung zu ersuchen: Kanalabgaben und Schlepplohn so zu bemessen, daß ein Anreiz zur Benutzung der Kanäle auch dann bleibt, wenn für den Transport zum Schiffe und vom Schiffe eine mäßige Eisenbahnanschlussfracht aufzuwenden ist, über die Grundzüge von Abgabensätzen und die Schlepptomopol geeignete Vertretungen des Handels und des Schiffsahrtsgewerbes zu hören und mit deren Äußerungen Tarife und Schlepptomopol den Wasserstraßenbeiräten und Finanzbeiräten vorzulegen. — nach Verlauf der zwei ersten Betriebsjahre erneut eine Begutachtung durch die erwähnten Vertretungen herbeizuführen.

2. Die königliche Staatsregierung im Hinblick darauf, daß der Verkehr zwischen verschiedenen Hafenanlagen desselben Unternehmers namentlich der Städte Hannover und Minden dem Schlepptomopol unterworfen ist, zu ersuchen, auf die hieraus sich ergebenden Härten bei der Tarifierung der Schlepptomopolgebühren für den Verkehr zwischen solchen Häfen Rücksicht zu nehmen.

Berichterstatter Graf v. Seidlitz-Sandresitz gibt einen Rückblick über die lange Vorgeschichte des Gesetzentwurfes.

Oberbürgermeister Hesse-Essen: Die elektrische Treibeisenerzeugung ist zwar nicht unbedingt die Grundlage des Schlepptomopols, aber 1906 hat man nur an sie gedacht. Inzwischen hat die Regierung Schlepptomopol als zweckmäßiger erkannt. Verlangt man aber, daß auch Dampf mit eigenen Motoren sich vom Schlepptomopol mühen ziehen lassen, so wird das Schlepptomopol zum Verkehrs hindernis.

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff-Dortmund: Auf die dauernde Freilassung des Dortmund-Ems-Kanals vom Schlepptomopol wage ich nach den Beschlüssen des anderen Hauses kaum noch zu hoffen. Sicher würde aber diese Freilassung niemand schädigen. Nachteile werden nur vermieden, wenn der Eigerverkehr des Dortmund-Ems-Kanals vom Schlepptomopol freigelassen wird.

Minister v. Breitenbach: Kein Gesetz hatte so den Charakter des Kompromisses, wie die wasserwirtschaftliche Vorlage von 1906. Wir müssen an diesem Kompromiß festhalten. Auch ein staatlicher Schlepptomopol kann zu erfreulichen Ergebnissen führen. Ist die Uebergangszeit vorbei, so wird sich der staatliche Schlepptomopol dem privaten zum mindesten ebenbürtig erweisen. Beim Kompromiß von 1906 hat man keineswegs ausschließlich an die elektrische Treibeisenerzeugung gedacht. Der Ihnen unterbreitete Entwurf ist der letzte Ausläufer der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage. Stimmen Sie der Vorlage zu!

Fürst zu Salm-Horstmar: In alle Rechte soll man nicht eingreifen — das war schon der Standpunkt des Ministers v. Budde. Deshalb ist es unbillig, den Dortmund-Ems-Kanal jetzt mit dem Schlepptomopol zu belegen.

Graf v. Behr-Behtenhoff: Gibt man zu, daß sich seit 1906 die wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben haben, so muß man dem auch Rechnung tragen. Eine solche Änderung ist indes nicht eingetreten. Wenn wir den Abgeordnetenhausbeschlüssen zustimmen, so kommen wir den anderen Auffassungen schon weit entgegen, denn wir entfernen uns schon etwas von den 1906er Beschlüssen. Halten wir am Schlepptomopol fest.

Abg. Fehr, v. Landsberg-Steinfurt: Auch ich halte die Ausdehnung des Schlepptomopols auf den Dortmund-Ems-Kanal für nachteilig.

Oberbürgermeister Dr. Eichhoff: Der private Schlepptomopol wird vom staatlichen nie erreicht, geschweige denn übertroffen werden. Eisenbahnminister v. Breitenbach: Wenn die Regierung ein so kostspieliges Werk wie die Kanäle geschaffen hat, wird sie auch schon dafür sorgen, daß nicht durch unzumutbare Tarife die Benutzung unmöglich gemacht wird. Den Dortmund-Ems-Kanal können wir nicht von dem staatlichen Schlepptomopol ausnehmen. Daß die Einführung des staatlichen Schlepptomopols eine Schädlung des Verkehrs bedeutet, ist in keiner Weise nachgewiesen.

Die Generaldiskussion schließt. Nach kurzer Spezialdebatte wird die Vorlage unverändert, ebenso die Resolution der Kommission angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 11 Uhr.

Kleinere Vorlagen und Petitionen.

Schluß 7/8 Uhr.

Die B. E. W. gegen den Verband der

Maschinisten und Heizer.

In einem vertraulichen Rundschreiben, das die Direktion der Berliner Elektrizitäts-Werke den Maschinenmeistern der Zentralen und Unterstationen zugehen ließ, forderte sie diese auf, dahin zu wirken, daß die Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen aus dem Zentralverbande austreten. Der Verband gelangte in den Besitz eines solchen Schreibens und jaunte nicht, die entsprechende Antwort darauf zu geben. Im Gewerkschaftshause fand zu diesem Zweck eine harte besuchte Betriebsversammlung für die Zentralen und Unterstationen der B. E. W. statt, in der R. u. B. Schlichting, der erste Bevollmächtigte des Verbandes, das vertrauliche Rundschreiben

verlas und einer scharfen Kritik unterwarf. Das Schreiben hat den folgenden Wortlaut:

Berlin, den 14. Februar 1913.

Vertraulich.

Herrn Maschinenmeister.
In letzter Zeit hat der Verband der Maschinisten und Heizer eine erhöhte Tätigkeit entfaltet, um unsere Arbeiter als Mitglieder einzufangen, wie es scheint, braucht er viel Geld. In dem zu diesem Zweck veranstalteten Versammlungen hat sich der Verband unseren Arbeitern als Anwalt zur Wahrnehmung ihrer Interessen an und forderte unsere Leute auf, ihm sofort über alle Vorkommnisse im Betriebe Bericht zu erstatten. Als Abwehr gegen die Störenfriede erscheint es geboten, unsere älteren Leute aufzuklären, welchen nachstehenden Zweck der Verband verfolgt und welche Chancen und wahrscheinliche Folgen die Mitgliedschaft beim Verband unseren Leuten bringt. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß der Verband lediglich Kampfororganisation ist und den Mitgliedern nur für den Fall eines Streiks Dienste leisten kann. Lassen sich die berechtigten Wünsche der Arbeiter aber ohne Streit durchsetzen, so ist die Mitgliedschaft beim Verband wertlos und die Mitgliedsbeiträge sind zum Fenster hinausgeworfen. Ein jeder sollte vernünftigerweise sich auch gut überlegen, wie groß die Aussicht auf den Sieg ist, bevor er sich in einen Kampf einläßt; denn der im Kampf unterliegende Teil muß überall Haare lassen. Unterliegen aber die Arbeiter, so kann der Verband nichts mehr für sie tun; derselbe wird sich abschließend zurückziehen, und die Arbeiter allein haben ihre Haut zu tragen. Erst wenn sie ihre gute Stellung verloren haben, pflegen sie einzusehen, wie töricht sie waren, den Verlockungen und Versprechungen Gehör geschenkt zu haben. Die Verhältnisse sind doch zu leicht zu übersehen; es ist aber, als wären die Arbeiter mit Blindheit geschlagen. Um neue Mitglieder zu bekommen, muß doch der Verband den Leuten goldene Berge versprechen und ihnen klar zu machen versuchen, daß sie nur durch ihn vor Ausbeutung und Bergewaltigung bewahrt werden können. Da auf die Dauer sich kein Arbeiter mit leeren Redensarten abspesen läßt und jeder schließlich auch mal Gegenleistung sehen will, so muß der Verband trachten, eine positive Tätigkeit zu entfalten.

Deshalb die Forderung, daß ihm über alle Vorkommnisse im Betriebe Bericht erstattet werden soll. Aus Gründen der Selbsterhaltung muß er in diesen Berichten etwas finden, wonit er Erregung und Unzufriedenheit erzeugt, denn sonst vermag er sich vor den Vorwürfen und Anschuldigungen der Arbeiter und Beschäftigten nicht zu retten. Ein jeder, der dem Verband beitrete, sollte sich daher klar sein, daß er sich einer außerordentlichen Einwirkung unterwerfen muß, und leider ist nur wenigen Menschen die Freiheit gegeben, gegen Ausbeutung unempfindlich zu sein. Die Mitgliedschaft beim Verband hat somit zur Folge, daß den Leuten die Freude an ihrer Arbeit vergrößert wird und sie mit sich und aller Welt hadern. Die weitere und für den Arbeiter außerordentlich wichtige Frage ist die: vermag der Verband für die Arbeiter der B. E. W. Vorteile zu erkämpfen? Diese Frage ist strikte zu verneinen, und zwar aus folgenden Gründen.

Wie schon erwähnt, besteht das einzige Hilfsmittel des Verbandes im Streik. Hier leistet der Verband Hervorragendes durch strenge Organisation und durch die Herangebung von Streikunterstützungen. Ein Streik kann aber nur Erfolg versprechen, wenn er längere Zeit durchgehalten werden kann und die Hauptbedingung für das Durchhalten ist das Fernhalten von Arbeitswilligen.

Die ganze Frage läuft darauf hinaus, ob es bei den B. E. W. möglich ist, ein Stillliegen der Werke für längere Zeit zu erzwingen. Dieses ist aber ganz ausgeschlossen, weil die B. E. W. öffentlichen Interessen dienen, z. B. hängt der gesamte Straßenbahnbetrieb sowie die Beleuchtung ganzer Straßenzüge und öffentlicher Anstalten von den B. E. W. ab, und so lange es eine Staatsgewalt gibt, wird jede Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit allen zu Gebote stehenden Nachmitteln eventuell sogar mit Waffengewalt bekämpft werden müssen, das geschieht schon die staatliche Autorität.

Infolge des Umstandes, daß die B. E. W. öffentlichen Interessen dienen, nehmen sie eine Ausnahmestellung ein und sind gezwungen, sofort Erfahrunngsmannschaften heranzuziehen. Die Beschaffung und Einstellung von Erfahrunngsmannschaften macht aber bei der B. E. W. keine nennenswerten Schwierigkeiten, da bei uns nur wenige Professionsisten beschäftigt werden. Sind aber erst Erfahrunngsmannschaften in größerer Höhe eingestellt, so ist es ausgeschlossen, dieselben wieder fortzuschaffen, sobald die zum Streik verführten Arbeiter ihre Arbeit eingesehen haben und zur Arbeit zurückkehren möchten. Sie sind brotlos geworden, der Verband kann nach Beendigung des Streiks nicht mehr für sie sorgen, denn Stellen zu vergeben hat er nicht, und so haben diese Leute ausreichend Ruhe, über den Wert der Mitgliedschaft beim Verband nachzudenken.

Die B. E. W. haben bisher gezeigt, daß sie für Arbeiter alles tun, was in ihren Kräften steht. Auch waren sie stets bereit, mit ihren Arbeitern zu verhandeln, und so sollte es auch in Zukunft bleiben, weil beide Teile dabei am besten fahren. Der Verband zieht aus den B. E. W. jährlich an Mitgliedsbeiträgen bei 70 Pf. pro Woche und Mann und 1000 Arbeitern 36 000 M., eine gewaltige Summe, die unsere Leute wirklich nupbringender verwenden könnten.

Sie wollen versuchen, Ihren Leuten diese Beweggründe klar zu machen und ihnen den Rat geben, aus dem Verbande auszutreten.

Berliner Elektrizitäts-Werke, Betriebsdirektion.

Schlichting legte dar, daß man unmöglich annehmen könne, der Direktion seien die Arbeiten und Leistungen des Verbandes unbekannt, und wenn sie behauptet, der Verband komme allein für den Fall eines Streiks für die Arbeiter in Betracht, so ist dies eine Behauptung wider besseres Wissen. Der Streik ist immer nur das letzte Mittel, das die Arbeiter anwenden, um ihre Rechte zu wahren, und die Gewerkschaftsleitungen sind in der Anwendung dieses Mittels äußerst gewissenhaft und müssen sich von den Mitgliedern oft genug den Vorwurf als „Bremsen“ gefallen lassen. „Goldene Berge“ sind es wahrlich nicht, die der Verband verspricht, wenn er feststellt, daß eine Gesellschaft wie die B. E. W. sehr wohl in der Lage ist, eine keine Lohnherhöhung zu durchsetzen, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse jener Werke sind durchaus verbesserungsbedürftig. Recht heinlichen und echt kapitalistischen Geist verrät es, wenn der Verdacht geäußert wird, der Verband werbe neue Mitglieder nur, um Geld in seine Kassen fließen zu lassen. Mit so plumpen Verdächtigungen lassen sich die Arbeiter nicht einfangen, sie wissen, wie sehr sie die Organisation den Unternehmern gegenüber notwendig haben, wollen sie nicht auf Gnade und Ungnade der räuberischsten Ausbeutung ausgeliefert sein. Aber mancher Kapitalist kann sich nicht vorstellen, daß es noch andere Beweggründe zu einer organisierten Tätigkeit gibt, als Geld damit zu erwerben. Auf die großartigen Leistungen des Verbandes wirkt die folgende Aufstellung über die Verwendung der Gelder das beste Licht.

Zur Geschäftsjahre 1911/12 betragen:

Die Gesamtausgaben	442 051,09 M.
Davon für Arbeitslosenunterstützung	40 554,80
„ „ Krankenunterstützung	102 250,54
„ „ Streikunterstützung	42 575,65
„ „ Ausgesperrtenunterstützung	19 692,09
„ „ Pflegeunterstützung	4 314,05
„ „ Lohnbewegung o. ArbeitsEinstellung	16 000,53
„ „ Sterbegeld	18 421,—
„ „ außerordentliche Unterstützungen	6 712,50
„ „ Rechtschutz	8 750,02

Tarife wurden in dem Jahre 71 abgeschlossen für eine Mitgliedszahl von 2870.

Der Ausgang der Bewegungen war: Mit Erfolg beendet in 63 Fällen mit 2287 Mitgliedern; teilweise erfolgreich in 75 Fällen mit 1587 Mitgliedern.

Es wurde erreicht:
 Verlängerung der Arbeitszeit 12706 1/2 Std. pro Woche für 2398 Pers.
 Lohnerhöhung 8937 M. 3705
 Sonstige Verbesserungen 919

Somit Verbesserung pro Woche und Person: Arbeitszeitverlängerung 5 1/2 Stunden, Lohnerhöhung 2,41 M.

Dann ist noch die Verbandszeitung, der Arbeitsnachweis und die Anknüpfungstelle zu erwähnen. Solche Leistungen sind allein möglich durch eine gute Organisation, von der sich aufgeklärte Arbeiter niemals fernhalten lassen, denn diese Organisation ist zu ihrem eigenen Wohl und Besten da.

Richtig ist es, daß die Arbeiter aufgefordert wurden, Bericht über die Vorgänge im Betriebe zu erstatten, aber hier handelt es sich

in erster Linie um die mangelhaften Schutzvorrichtungen der V. E. W. Es ist vorgekommen, daß die Gewerbeinspektion (Steuernicht durch den Verband angerufen werden mußte, um Menschenleben in den V. E. W. zu schützen, da man bei der Kesselreinigung die Kessel nicht vorher abgeflaut und die Ventile nur mit einem Strick abgebunden hatte. Da war eine Aufforderung an die Arbeiter, dem Verband über solche Zustände Bericht zu erstatten, wohl am Platze.

Die Drohung mit der Staatsgewalt wird der Redner als eine Annäherung der Diktatur energisch zurück, zeigte aber auch, wie lehrreich diese Drohung für die Arbeiter ist, freilich in anderer Weise als die Diktatur beabsichtigt. Das schmerzliche Bedauern, daß der Verband jährlich an den Mitgliedsbeiträgen in den V. E. W. 70 000 M. einnimmt, ist überflüssig, denn leider sieht der Verband in diesem Betrage so günstig noch nicht da. Allerdings ist als sicher anzunehmen, daß das Rundschreiben der Diktatur die

Stellung und das Ansehen des Verbandes außerordentlich stärkt wird, denn in allen Zentralen und Unterstationen herrscht jetzt die Parole: Hinein in die Organisation!

Allgemeiner lebhafter Beifall folgte dem Vortrage. In der Diskussion erhielt der Redner uneingeschränkte Zustimmung. Seine Stimme erhob sich trotz Aufforderung zugunsten der Diktatur und mit einem donnernden Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Jugendveranstaltungen.

Johannisthal. Der Jugendvortrag des Genossen Keumann findet umständehalber erst am Samstag, nicht am Donnerstag, statt. Zur Ergänzung findet im Anschluss an den Vortrag am Sonntag, den 16. März, ein Besuch des Berg- und Hüttenbau-Museums statt. Treffpunkt: Arbeiterheim 10^{1/2} Uhr, Abfahrt 11^{1/2} Uhr.



**Wenn wir soll'n scheuern
 hol'n wir stracks vom
 Kaufmann uns dazu**

Pakete zu 10, 20 und 25 Pf. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

**Phänomen
 GOLD
 Feinste Cigarette**

23

**Spezialarzt
 Dr. Homeyer**
 Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Veitstänze jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. G. Inst., Labotal. f. Blut-untersuchung, Fäden l. Gyn. u. G. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum, Spr. 10-2, 5-9, Sonn- 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Reuters Werke
 3 Böbe 4 Mart
 Buchhandlung Vorwärts

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für: Kinder- und Kranke sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Rur keinem herbvortragend feinen Geschmack verbannt der **Kapitän-Kautabak** den guten Ruf, den er unstrittig besitzt. Rauchen Sie einen Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von seiner Güte überzeugt sein. Verkaufsstellen, wo auch die K. Kautabakdosen gratis verschickt werden, weißt gern nach: **C. Röcker, Berlin, Schimmlerweg 119 (Höflichg. 3861).**

Dyloßbrün Floppambinn
 wuschelfast
 wuschelfest
 wuschelabwundlich.
Sin Opiorität ist furovortragend!

Der gutsitzende Anzug
 macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ulster, Paletots, Bekleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus feinsten Maßstoffen angefertigt (auch auf Seide) für jede Figur (auch den stärksten Herrn) passend am Lager. Anschaffenswert bis M. 120.— zu folgenden billigen Preisen:
 Jackett-Anzüge M. 9.— 12.— 15.— 20.— etc. bis zu d. teuersten
 Rock-Anzüge 12.— 16.— 20.— 24.—
 Gehrock-Anzüge 18.— 22.— 27.— 32.—
 Herren-Ulster 10.— 16.— 18.— 22.—
 Sommer-Paletots 6.— 8.— 12.— 14.—
 Hosen 2.— 3.— 4.— 6.—
 Jünglings-Anzüge 7.— 10.— 14.— 18.—
Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verliehen.
**Garderobehaus
 Gr. Frankfurter Straße 116**
 an der Andreasstraße.

Gegen die Polenpolitik!
 An unserem Vortrage ist erschienen:
Die preußische Polenpolitik.
 Von **Hermann Wendel.**
 Preis 1,20 M. Uingeführte Vereinsausgabe 80 Pf.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

WYBERT TABLETTEN
 schützen **Redner Sänger Raucher Sportsleute** vor **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH**
 Preis 1 Mk. erhältlich in Apotheken & Drogerien

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie 2. Klasse 2. Ziehungstag 12. März 1913

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 16—26.

Unseren Mitgliedern sowie Freunden und Gönnern unserer Organisation zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir **Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr**

Transvaalstraße 3 unsere **100. Verkaufsstelle** eröffnen.

Abends 8 Uhr in den **Pharussälen**, Müllerstraße 142:

Eröffnungsfeier

bestehend in Konzert, Festrede, Humoristischen Vorträgen, Tanz. **Eintritt frei.**

Mitgliederzahl 73000.

Umsatz im Monat Februar 1304980 Mark.

Voraussichtlicher Umsatz im laufenden Geschäftsjahre

15 Millionen.

Eigene Großbäckerei mit einem täglichen Mehlverbrauch von über 400 Ztr. **Eigene Konditorei.**

Eigene Kaffeerösterei. Eigene Selterfabrik.

Zahl der beschäftigten Personen 1200.

Unsere übrigen Verkaufsstellen befinden sich:

NW.		In Berlin:		SW.	
Beußelstraße 4—5	Hochmeisterstraße 16d	NO.		Mirbachstraße 26	Arndtstraße 5
Emdener Straße 50	Hochstädter Straße 6	Bötzowstraße 34	Mirbachstraße 26	Zorndorfer Straße 61	Kochstraße 62
Rostocker Straße 35	Hussitenstraße 53	Büschingstraße 12	SO.		Wassertorstraße 20
Stendaler Straße 5	Lychener Straße 19	Naugarder Straße 45	Adalbertstraße 36		
Ufnaustr. 16	Nordufer 4b	Winsstraße 63	Forster Straße 3		
N.		O.		W.	
Bornemannstraße 1	Schivelbeiner Straße 9	Bödikerstraße 7	Manteuffelstraße 91	Goebenstraße 17, Ecke	
Fehrbelliner Straße 54	Soldiner Straße 103	Grüner Weg 15	Wrangelstraße 65	Culmstraße	
Gartenstraße 3	Stolpische Straße 24	Kochhannstraße 14	S.		Kurfürstenstraße 17
Gerichtstraße 3	Swinemünder Straße 33	Kopernikusstraße 3	Alte Jakobstraße 57—59		
Gleimstraße 46	Togostraße 4	Küstriner Platz 4	Graefestraße 65		
Willdenowstraße 30		In den Vororten:			
Adlershof, Bismarckstraße 11	Erkner, Königstraße 55	Lichtenberg,	Herrfurthstraße 6/6a	Reinickendorf-Ost,	
Alt-Glienicke,	Friedenau, Moselstraße 7	Boxhagener Straße 24b	Münchener Straße 39	Holländerstraße 126	
Rudower Straße 59, Ecke	Friedrichsfelde,	Bürgerheimstraße 102	Steinmetzstraße 107	Hoppestraße 16	
Köpenicker Straße	Caprivi-Allee 44	Kronprinzenstraße 1	Weserstraße 28—29	Schöneberg,	
Baumschulenweg,	Friedrichshagen,	Mozartstraße 2	Wildenbruchstraße 89—90	Apostel-Paulus-Straße 40	
Baumschulenstraße 93a	Drachholzstraße 2	Rittergutstraße 22	Nieder-Schönhausen,	Ebersstraße 26	
Bohnsdorf, Straße 21	Grünau, Köpenicker Straße 8	Wismar-Platz 3	Kaiser-Wilhelm-Straße 79	Gotenstraße 1	
Britz, Werderstraße 31	Johannisthal,	Wühlischstraße 57	Nieder-Schöneeweide,	Südende,	
Charlottenburg,	Bismarckstraße 6	Lichterfelde-Lankwitz,	Berliner Straße 110	Lichterfelder Straße 36	
Kaiserin-Augusta-Allee 55	Karlshorst,	Kaiser-Wilhelm-Straße 43	Ober-Schöneeweide,	Tempelhof, Berliner Straße 30	
Potsdamer Straße 30	Treskow-Allee 100	Mariendorf, Kaiserstraße 110	Edisonstraße 48	Dorfstraße 19—20	
Wallstraße 23	Köpenick, Berliner Straße 5	Neukölln,	Luisenstraße 12	Treptow, Graetzstraße 58	
Weimarer Straße 29	Borgmannstraße 5	Böhmische Straße 47	Pankow, Berliner Straße 47	Weißensee, Langhansstraße 7	
Westend, Fredericiastr. 11	Müggelheimer Straße 48	Emser Straße 33	Wollankstraße 102	Lehderstraße 62	
		Friedelstraße 15	Wilmersdorf, Augustastr. 3		

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Sonntags geschlossen.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 16—26. Geschäftszeit von 9 bis 5 Uhr. Tel. Amt Lichtenberg 524, 525, 526, 527, 528.

Voranzeige! An den Sonntagen: den 6., 13. und 20. April, vormittags von 10—12 Uhr findet eine Besichtigung unserer Anlagen in Lichtenberg statt.

Die Arbeiterpresse in Großbritannien.

London, 8. März. (Sig. Ber.) Seit dem Monat Oktober des letzten Jahres besitzt die englische Arbeiterpartei ein Tageblatt, den „Daily Citizen“, der im ganzen Lande gelesen wird. Es ist keine leichte Aufgabe, in Großbritannien ein Tageblatt zu gründen, das den großen bürgerlichen Blättern die Arbeiterleser erfolgreich freitig machen kann. Die großen Londoner Blätter bieten ihren Lesern, die sie im ganzen Lande und nicht allein in London suchen, einen reichhaltigen Lesestoff und jedes von ihnen druckt täglich zwischen einer halben und einer ganzen Million Exemplare. Sie unterhalten ein Heer von Korrespondenten und einen sehr kostspieligen telegraphischen Nachrichtendienst. Ein gewaltiges Kapital ist zum Betrieb einer derartigen Zeitung erforderlich und von Jahr zu Jahr steigt die Summe, die zur Erhaltung oder Gründung eines Zeitungunternehmens nötig ist. In den letzten Jahren haben sich daher verschiedene Zeitungen vereinigten müssen und manche sind in dem schärfsten Konkurrenzkampf zugrunde gegangen. Die Sterblichkeit unter den Neugründungen ist ungeheuer groß. Selbst das Blatt, das die Liberalen vor einigen Jahren zu Anfang ihrer Regierungsperiode gründeten („The Tribune“) und das das Sprachrohr der Regierung sein sollte, mußte nach kurzer Zeit sein Erscheinen einstellen, nachdem viele Hunderttausend Pfund Kapital verloren waren.

Es wird daher nicht wundernehmen, zu hören, daß auch der „Daily Citizen“ einen harten Kampf zu bestehen hat. Der „Daily Citizen“ hat dazu noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. So fehlte es bei seiner Gründung vor allem an Personen in der Arbeiterbewegung, die die journalistische Befähigung zur Leitung eines so großen Unternehmens besaßen. Bekanntlich ist die Arbeiterpresse in Großbritannien etwas ganz Neues. Man mußte daher nach tüchtigen Journalisten von der bürgerlichen Presse Ausschau halten, die der Arbeiterbewegung sympathisch gegenüberstanden. Das hatte natürlich den Nachteil, daß die Redaktion des Blattes, die in der durchwegs nicht einfachen britischen Arbeiterbewegung nicht so bewandert war, wie Personen, die seit Jahren in der Bewegung tätig sind, etwas tastend und zögernd vorging. Aber diesem Mangel ist erfreulicherweise in kurzer Zeit abgeholfen worden. Der „Daily Citizen“ hat nunmehr, wie sich der Engländer ausdrückt, seine Beine gefunden und namentlich in der auswärtigen Politik ist er ein maderer und wertvoller Kämpfer der internationalen Arbeiterbewegung. In der inneren Politik bestreift er sich einer toleranten Haltung gegenüber allen Sektionen der Arbeiterbewegung Großbritanniens, was der Einigkeit der Arbeiterbewegung nur dienlich sein kann. Die größte Schwierigkeit, mit der das Blatt zu kämpfen hatte und hat, liegt jedoch in dem Problem, wie es die Annoncen bekommen soll, die zur Erhaltung eines großen Blattes nun einmal nötig sind. Hätte das Blatt 500 000 Leser, so wäre die Frage bald gelöst. Aber bis jetzt hat es der „Citizen“ erst auf ungefähr 200 000 Leser im ganzen Lande gebracht, was immerhin in Anbetracht aller Umstände eine respektable Leistung ist. Um bestehen zu können, sollte das Blatt 14 bis 15 Spalten Annoncen haben; es hat aber nur ungefähr fünf erhalten können. Manche Geschäftsleute wollen mit dem Blatt nichts zu tun haben, weil ihnen seine Politik unympathisch ist. So wurde dem Geschäftsführer während des Streiks auf der Nordostbahn gesagt: „Wir amonizieren nicht mehr in Ihrem Blatte; Sie reizen die Arbeiter auf, um das Recht, sich betrinken zu dürfen, in den Streik zu treiben.“

Die Zeitung wurde mit einem nominalen Kapital von 150 000 Pfund (3 Millionen Mark) gegründet; davon konnten aber bis jetzt nur für 85 000 Pfund Anteilscheine ausgegeben werden. Von dieser letzten Summe wiederum sind 25 000 Pfund noch nicht eingezahlt worden; dies sind die noch nicht bezahlten Raten der kleineren Teilhaber. Die Gründung des Blattes fiel zum Unglück in eine Zeit, in der das Geld bei den Gewerkschaften knapp war. Die Bergarbeiter, Textilarbeiter und Eisenbahner hatten gerade lange und kostspielige Kämpfe hinter sich und konnten nicht die Summen anlegen, die man von ihnen erwartet hatte. Jetzt wachsen die Kostenbestände der Gewerkschaften wieder an und der „Daily Citizen“ kann daran denken, mit neuen Forderungen an die Organisationen heranzutreten. Vor einigen Tagen legte die Direktion des Blattes den Vertretern der der Arbeiterpartei angeschlossenen Organisationen die Lage der Zeitung auseinander. Fast einstimmig verpflichteten sich die Delegierten, ihren Organisationen vorzuschlagen, das Organ der Partei durch einen Beitrag in der Höhe von einem Schilling jährlich pro Mitglied zu unterstützen. Wenn alle Organisationen den Beitrag leisten, würde dies eine jährliche Unterstützungssumme von 100 000 Pfund (3 Millionen Mark) ergeben. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, wie nützlich das Blatt schon während seines kurzen Bestehens der Arbeiterbewegung gewesen ist, und der Vorsitzende der Bergarbeiter, Smilie, bezeichnete es als den wertvollsten Besitz der Arbeiterbewegung.

Daß der „Daily Citizen“ den Reaktionsären ein Dorn im Auge ist, beweisen die letzten Beratungen der Osbornevorlage im Oberhause. Die Lords versuchten dieser Vorlage, die den Gewerkschaften unter gewissen Einschränkungen das Recht zur politischen Aktion wiedergibt, eine Bestimmung anzuhängen, nach der den Gewerkschaften das Halten einer Zeitung sehr erschwert wurde. Der Antrag der Lords richtete sich ganz unzweideutig gegen den „Daily Citizen“; er war auf die bestehende Lage zugeschnitten. Die Volksvertretung verworf das Amendement ohne Abstimmung und die Lords strichen den Passus stillschweigend ein. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die organisierte Arbeiterschaft Großbritanniens fest entschlossen ist, ihr Tageblatt am Leben zu erhalten, so viel Opfer das auch kosten mag. Die trüben Tage, in denen die Arbeiterbewegung hilflos der kapitalistischen Presse preisgegeben war, werden nicht wiederkehren. Und zweifellos wird das Blatt auch immer mehr ein treuer Spiegel der sozialistischen Arbeiterbewegung werden. Anfänglich hatte der „Daily Citizen“ diese Kritiker. Das war auch sehr natürlich. Ein großes Arbeiterblatt läßt sich nicht in einigen Tagen fix und fertig aus dem Boden stampfen. Viele dieser Kritiker sind in den letzten Wochen zu warmen Lobrednern geworden und es scheint, daß der „Citizen“ seinen Leserkreis jetzt täglich vergrößert.

Verbandstag der Steinseher.

Am Mittwoch begann die Sitzung mit einem Referat des Verbandsvorsitzenden Knoll über den

Stand der Reichstaxifrage.

Der Redner verwies darauf, daß der Verband seit je den Ausbau des Tarifwesens begehrt habe. Zunächst wurden Tarife mit einzelnen Unternehmern abgeschlossen, die sich mit der Zeit erweiterten zu Tarifen für einzelne Orte, und weiter für Bezirke und ganze Provinzen. Jetzt arbeiten vier Fünftel der Berufsangehörigen unter

tariflich geregelten Verhältnissen. Es liegt in der Natur des Steinsehergewerbes, daß die Entwicklung in absehbarer Zeit beim Reichstaxi anlangen muß. So weit sich die Gelegenheit bot, hat der Verband Schritte getan, um diesem Ziele näher zu kommen. Nachdem der Reichsverband der Steinseher, Pfister- und Straßenbaubetriebe ins Leben getreten war, fragten wir — sagte der Redner — bei ihm an, wie er sich zur Frage des Reichstaxi stelle. Die Antwort des Unternehmerverbandes ging dahin, daß er, wenn die Zeit dazu gekommen sei, dieser Frage näher treten werde. Gestützt auf diese Antwort, wandten wir uns Anfang 1912 an die Generalversammlung des Reichsverbandes der Unternehmer mit der Anfrage, wie er sich zur Schaffung einer zentralen Institution (Tarifamt oder Schiedsgericht) stelle. Die Generalversammlung äußerte sich in zustimmendem Sinne. In der Folgezeit kamen dann die Vertreter der beiden Verbände zu Beratungen zusammen, deren Ergebnis die Aufstellung eines Vertragsentwurfes war. Der Redner betonte, daß der Entwurf eine strikte Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vortrüge. Eine zentrale Regelung, wie sie von den Unternehmern im Rangverbe verlangt wird und im Reichstaxi der Mater niedergelegt ist, enthält der Vertragsentwurf nicht. Wäre es der Fall, dann würde er für die Arbeiter nicht annehmbar sein. Wie die Verhältnisse im Steinsehergewerbe liegen, sei nicht zu fürchten, daß der Reichstaxi eine so weitgehende Zentralisierung der tariflichen Verhältnisse herbeiführen könne, wie beispielsweise der Makertarif. — Der Redner trug die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfes vor. § 1 lautet:

„Der Zweck des Vertrages ist die Herbeiführung und Aufrechterhaltung geordneter und gedeihlicher Verhältnisse zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Steinsehergewerbes, die Gewährleistung und Sicherstellung einer wirksamen Unterstüzung der beiderseitigen Interessen, Innungen, Paktanten und Mitglieder, die gegenseitige Unterstützung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere bei den Verhandlungen über den Abschluß von Tarifverträgen, die Verhinderung und Schlichtung von Differenzen und Streitigkeiten durch Vermittlung und, sofern diese nicht zum Ziele führt, durch Herbeiführung von schiedsgerichtlicher Erledigung derselben durch zu schaffende Instanzen.“

Weiter verpflichten sich durch diesen Vertrag die beiderseitigen Vertragsträger zur gegenseitigen tatkräftigen Unterstützung in der Bekämpfung jeder Schmutzkonkurrenz durch entsprechendes Zusammenwirken der beiderseitigen Unterverbände, Innungen und Mitglieder.“

Weiter wird im Entwurf gesagt: „Alle Fragen des Arbeitsverhältnisses... sind künftig prinzipiell durch Tarifverträge zu regeln, welche nach möglichst einheitlichen Richtlinien aufzustellen sind, um so nach und nach die Grundlagen für den später in Aussicht genommenen Reichstaxi zu schaffen.“

Ueber Organisation und Aufgaben der Tarifinstanzen sagt der Entwurf:

Für jeden Tarifbezirk ist eine Schlichtungskommission zu errichten, welche zu gleichen Teilen aus Vertretern beider Parteien besteht. Kommt die Schlichtungskommission zu keinem Entschluß oder wird ihr Spruch nicht anerkannt, so kann das Einigungsamt des zuständigen Gewerbegerichts angerufen werden. Der Spruch des Einigungsamtes ist für beide Parteien bindend. Anstatt des gewerbegerichtlichen Einigungsamtes kann auch das tarifliche Schlichtungsamt angerufen werden. Dasselbe besteht aus der Schlichtungskommission und einem unparteiischen Vorsitzenden, der in der Regel der Vorsitzende des zuständigen Gewerbegerichts sein soll. Die Entscheidungen des Schlichtungsamtes sind für beide Teile bindend, soweit es sich um Einzelpersonen handelt. Kommen ganze Organisationsgruppen in Frage, oder ist hinsichtlich der Vertragspraxis eine prinzipielle Klärung notwendig, so ist Berufung gegen die Entscheidung des Schlichtungsamtes an das Tarifamt zulässig. Das Tarifamt besteht aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, zwei höheren Verwaltungsbeamten, die vom Vorsitzenden als Beisitzer ernannt werden und zwar aus den Reihen der Personen, welche ihm die Parteien vorschlagen. Ferner gehören dem Tarifamt sechs Beisitzer an, von denen jede Partei drei ernannt. Das Tarifamt hat seinen Sitz in Leipzig. Das Tarifamt ist die oberste Instanz in der Entscheidung aller Differenzen und Streitigkeiten, die sich bei Anwendung bestehender oder beim Abschluß neuer Tarifverträge ergeben. Insbesondere sollen dem Tarifamt alle Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung, namentlich Arbeitsbedingungen und Ausschreibungen zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Bei Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages ist das Tarifamt stets anzurufen, wenn zu befürchten ist, daß der Tarif nicht rechtzeitig zum Abschluß kommt. Der Vorladung vor das Tarifamt haben die Parteien unbedingt Folge zu leisten. Willigt es nicht, eine Einigung herbeizuführen, so hat das Tarifamt einen Schiedsspruch zu fällen, der für beide Parteien bindend ist. Weigert sich eine Partei, die Entscheidung des Tarifamtes anzuerkennen, so ist ihr der Schwur der Zentralorganisation zu versagen.

Außer den erwähnten Instanzen sieht der Vertrag für jeden Bezirk, soweit es angeht, die Bildung eines aus Vertretern beider Parteien bestehenden Arbeitskontrollamtes vor, welches zu bestimmen hat, was als Schmutzkonkurrenz anzusehen ist. — In den Schlußbestimmungen des Entwurfes heißt es, daß Ausprägungen und Streiks möglichst verhindert, auf jeden Fall aber so lange unterbleiben sollen, bis die Tarifinstanzen gesprochen haben. Mit der Einlegung des Tarifamtes verzichten beide Parteien auf das Recht, Streitigkeiten aus dem Vertrage auf dem Rechtsweg zum Austrag zu bringen. Die Urteile, bezw. Bezirksarbitraverträge bilden einen wesentlichen Bestandteil des Hauptvertrages.

Der Referent bemerkte zum Schluß: Die offizielle Vertretung des Reichsverbandes der Unternehmer habe dem Entwurf noch nicht zugestimmt, sondern einige Änderungen gewünscht und die endgültige Beschlußfassung vertagt. Der Reichsverband habe es aber seinen Bezirksverbänden überlassen, Tarife auf der Grundlage des Entwurfes abzuschließen. Alle Bezirke des Unternehmerverbandes, die von Bedeutung seien, hätten sich für den Abschluß von Verträgen im Sinne des Entwurfes erklärt. Der Referent empfahl dem Verbandstage die Annahme des Entwurfes. Da der Verband seit Jahren für den Reichstaxi eintrete, so sei es eine moralische Pflicht, der Verwirklichung dieses Gedankens zuzustimmen. Etwas Neues sei der im Vertrage ausgeprochene Einigungszwang. Damit werde sozusagen ein Sprung ins Dunkle gemacht. Aber auch der Einigungszwang könne ohne Bedenken angenommen werden. Sowohl die diesbezüglichen Vertragsbestimmungen als auch die gewerblichen Verhältnisse und die maßgebenden Personen in der Unternehmerorganisation böten die Gewähr dafür, daß der Vertrag loyal durchgeführt werde.

Diskussion

erklärten zunächst mehrere Redner, sie könnten dem Vertrage nicht zustimmen, besonders deshalb, weil der Einigungszwang vorgelesen sei. Es bliebe die Bewegung der Arbeiter völlig unterbinden, wenn sie keinen Streik und keine Sperre mehr durchführen dürften. Es sei doch höchst bedenklich, wenn man die wichtigsten Entscheidungen in die Hände des Tarifamtes lege, wo die Unparteilichen die man noch gar nicht kenne, den Ausschlag geben. Mit dem Einigungszwang sei die Vorlage unannehmbar. Man könne den Mitgliedern nicht zumuten, sich einem solchen Zwange zu unterwerfen. Auf jeden Fall müsse verlangt werden, daß den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werde, erst zu dem Vertragsentwurf Stellung zu nehmen, ehe der Verbandstag darüber entscheidet. — Andere Redner traten lebhaft für den Vertrag ein. Bezüglich des Einigungszwanges führten sie aus: Schon seit Jahren würden größere Lohnbewegungen und Tarifberatungen in den verschiedensten Berufen durch Schieds-

prüche Unparteilicher zum Abschluß gebracht. Wenn Schiedsprüche abgelehnt wurden, dann sei es in der Regel nicht durch die Arbeiter, sondern durch die Unternehmer geschehen. Es sei nicht einzusehen, warum man sich nicht einem Einigungszwange unterwerfen solle, dessen Grundlagen man freiwillig geschaffen habe. Man dürfe wohl als selbstverständlich voraussetzen, daß Personen mit sozialem Verständnis und Erfahrungen als Unparteiliche eingesetzt werden, deren Tätigkeit eine Gewähr für gerechte Entscheidungen biete. — Ferner wurde betont, daß der Verbandsbeitrag dem Vertragsentwurf einstimmig zugestimmt habe. — Gegenüber den Einwendungen der Opponenten betonte Knoll, um die Bedenken gegen den Einigungszwang zu zerstreuen, könne ja beschlossen werden, daß die in der ersten Vertragsperiode zum Abschluß kommenden Tarife der Zustimmung eines außerordentlichen Verbandstages unterliegen. — Der zweite Verbandsvorsitzende Wagner bemerkte, der Vertrag solle ja erst probeweise auf ein Jahr abgeschlossen werden. Zeige sich in dieser Zeit, daß die hier vorgebrachten Bedenken begründet sind, dann brauche ja der Vertrag nicht verlängert werden. Die Annahme durch den gegenwärtigen Verbandstag sei also nicht bedenklich. Eine Annahme ohne den Einigungszwang habe keinen Wert, weil dies das einzige Neue an dem Vertrage sei. Alle übrigen Bestimmungen seien gar nichts Neues.

Die Diskussion wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Dabendorfer Mordaffäre.

In dem gestrigen Lokaltermin, der sich bis in die fünfte Nachmittagsstunde ausdehnte, bezog sich Kolbe zunächst wo und in welcher Stellung er die Leiche beim Hinweg gefunden habe, als er sich über das Pappdach des Schuppens hinweg durch sein Zimmer zum Totort begab. Festgestellt wurde, daß die Möglichkeit bestehe, über das Pappdach in das Zimmer zu gelangen, in dem Kolbe damals wohnte. Der Gerichtshof, die Geschworenen, der Staatsanwalt und die beiden Verteidiger begaben sich zu diesem Zwecke in das etwa 250 Meter vom dem Wehmischen Hause entfernte Stellwerk, von dem aus der Bahnwärter Dienath feinerzeit in der Oktobernacht die zwei Schüsse hatte fallen hören, während der Sachverständige, Holzschäfermader Baralla, erst in dem Hause selbst, dann bei geschlossener Tür und schließlich vor dem Hause mehrere Schüsse abgab. Der Zweck dieser Versuche war der, festzustellen, ob die feinerzeit von dem Bahnwärter gehörten Schüsse vor dem Hause oder in dem Hause abgegeben waren. Bekanntlich hatte Frau Behm in ihrem Geständnis behauptet, daß Kolbe ihr erzählt habe, er habe von oben durch die Scheibe hindurch zum ersten Male auf ihren Mann geschossen. Die Versuche ergaben, daß der im Hause abgefeuerte Schuß so gut wie gar nicht wahrnehmbar war, während der vor dem Hause abgefeuerte Schuß sehr laut zu hören war. Auf eine Frage des Vorsitzenden an den am Totort vernommenen Zeugen Dienath erklärte dieser, daß sich der leitere Schuß genau so angehört habe wie die beiden feinerzeit von ihm gehörten.

Da früher die Vermutung aufgetaucht war, daß ein Schuß von der Stelle, an der Kolbe nach der Behauptung der Anklage gestanden haben sollte, infolge der großen Streuung der Schrotkörner gar nicht mehr tödlich wirken könne, wurden in dem Obstharten des Grundstücks in einer genau ausgemessenen Distanz durch eine Scheibe, die Ortglassermeister Rau zur Verfügung gestellt hatte, mehrere Schüsse auf eine mit Papier bedeckte alte Stubentür abgegeben. Diese Versuche ergaben, daß selbst bei noch größerer Entfernung der Streuungswinkel so gering ist, daß ein Mensch fast von der vollen Schrotladung getroffen und getötet werden würde.

Während dieser Zeit stand der Angeklagte Kolbe vergnügt lächelnd neben seinem Transporteur und erzählte diesem, wie er mit derselben Platte auf zehn Meter ein Hubn geschossen habe, so daß die ganze Länge des Tieres herausgeschlagen wäre. Als ihm schon vorher aus der Menschenmenge zugerufen wurde: „Julius, er lebt um'n Kopf!“ machte er mit der ungefesselten Hand die bekannte tippende Bewegung gegen die Stirn.

Die gesamten Prozeßbeteiligten begaben sich dann nach der etwa 5 Minuten entfernten Stelle in der Heide, an der Kolbe nach seinen Angaben zuerst die Leiche des Wehm vergraben hatte. Es handelte sich um die Feststellung, ob die Behauptung Kolbes zuträffe, ein Mensch allein habe auf dem Kinderwagen die Leiche gar nicht transportieren können.

In der heutigen Verhandlung werden die getroffenen Feststellungen in Verbindung mit einer nochmaligen Vernehmung der schon am Totort vernommenen Zeugen nochmals ausführlich erörtert werden.

Jugendbewegung.

Sächsishe Jugendbündel.

Mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln versuchen in Sachsen die Behörden, der freien Jugendbewegung Schwierigkeiten zu bereiten. Gegenwärtig werden allenthalben von den Jugendorganisationen Konfirmandenfeiern veranstaltet, die den Behörden schon längst ein Dorn im Auge sind. Doch alle Versuche, sie zu verhindern, waren vergeblich, sie verliefen vielmehr im vorigen Jahre unter starker Beteiligung besonders imponant. Diese Erfolge der freien Jugendbewegung haben die Lokalgewaltigen von Weichen und Roffen nicht schlafen lassen. Sie erlassen jetzt eine von den Bezirksaufsichtungen, der Amtshauptmannschaft Weichen und den Stadträten in Weichen, Roffen, Lommahsa und Wildbrunn unterzeichnete Bekanntmachung, durch die allen Konfirmanden die Teilnahme an den von der freien Jugend veranstalteten Konfirmandenfeiern bei Strafe verboten wird. Den Konfirmanden werden Schulstrafen, den Eltern unter Berufung auf § 5 Abs. 6 des Volksschulgesetzes Geldstrafen bis zu 60 M. in Aussicht gestellt. Diese Verordnung ist aber ein Schlag ins Wasser, sie illustriert nur den Eifer der Behörden, alles gegen die Jugendbewegung zu verhindern. Mit Schulstrafen können schulensittliche junge Leute gar nicht mehr bestraft werden, die Eltern aber sind auch nicht zu kriegen, denn der angelegene Paragraph handelt nur vom eigenmächtigen Einschreiten gegen die Disziplinarmassregeln der Lehrer und gegen die Ordnung der Schule. Erreichten werden die Herrschaften mit ihrem Uebereifer nichts. So gewaltfam lassen sich die Befehle ihrem Verbotszweck nicht anpassen.

Die Amtshauptmannschaft Weichen scheint selbst eingeschlossen zu haben, daß das alles nichts ist. Sie versucht nun aufs Ganze zu gehen und verbietet in einem Erlass kurzerhand die Konfirmandenfeiern bei 100 M. Geldstrafe oder 14 Tage Haft. Dazu hat sie aber nicht das geringste Recht. Sie kann auch keine Gesetzesbestimmung für ihr Vorgehen benennen. Soweit sind wir indes auch in Sachsen noch nicht, daß eine Behörde aus eigener Machtvollkommenheit gegen Gesetz und Recht lustig drauf los verhängen könnte.

Vielleicht werden in der mit diesen unerhörten Verböten beglückten Gegend unsere Konfirmandenfeiern etwas gestört, aber einer Nachprüfung können die Verfügungen nicht standhalten. Sie müssen in sich zusammenfallen. Jetzt aber zeigen sie davon, wie man in Sachsen die freie Jugendbewegung zu unterbinden versucht.

Aus Industrie und Handel.

Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen.

Während die großen Elektro- und Gaswerke sich über die Einführung der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe, in denen Privatgesellschaften zusammen mit Kommunalverbänden (Zweckverbänden, Kreisen, Gemeinden) sehr befriedigt äußern, begegnet diese Betriebsform in den Kreisen der kleinen selbständigen Unternehmer starken Widerpruch. So schreibt die „Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken“ in ihrem Jahresbericht 1912: „Die Elektro-Großwerke sind auf das Eifrigste bestrebt, die bestehenden kommunalen Elektrizitätswerke durch Kauf, Pachtung oder durch Gründung sogenannter gemischt-wirtschaftlicher Unternehmungen in ihre Hände zu bekommen. Insbesondere bietet ihnen die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung dazu ein unerzählliches Mittel, da die Kapitalbeteiligung der Kommunalverwaltungen den Ansehen erweckt, als ob diese auf die Leitung dieser Unternehmungen einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben könnten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Tatsächlich liegt die Leitung des Unternehmens in den Händen der Großwerke, die sie einzig und allein in ihrem geschäftlichen Interesse, nicht im Interesse der Allgemeinheit führen. Es ist auch so gut wie vollständig ausgeschlossen, daß die Gemeindeverwaltungen ihre Elektrizitätswerke, die sie in derartige gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen einbringen, jemals wieder in eigene Regie übernehmen können. Diese Werke sinken im Laufe der Jahre zu Teilen größerer Unternehmungen herab. Sie können im Hinblick auf die technische Entwicklung, die nach der Schaffung weniger großer Zentralen drängt, später nicht mehr als selbständige Unternehmungen wirtschaftlich betrieben werden. Die mit der Einbringung von kommunalen Elektrizitätswerken in Aktiengesellschaften, an denen die großen Elektrizitätswerke beteiligt sind, zusammenhängenden technischen und wirtschaftlichen Fragen werden von den Gemeindeverwaltungen heute noch viel zu wenig gemüßigt. Andernfalls wäre die Kritiklosigkeit nicht zu begreifen, mit der die Gemeindeverwaltungen die ihnen von den Großwerkern vorgelegten Projekte auf Errichtung derartiger gemischt-wirtschaftlicher Unternehmungen zumeist aufnehmen. Die Entwicklung der öffentlichen Elektrizitätsversorgung fordert, daß seitens der einzelnen Bundesstaaten für ihr gesamtes Gebiet eine einheitliche Elektrizitätspolitik eingeleitet wird. In einigen Bundesstaaten ist damit der Anfang gemacht. Nur Preußen verhält sich noch abwartend, sehr zum Schaden der Elektrizitätsverbraucher, die sich eines Tages auf Gnade oder Ungnade den Großwerkern ausgeliefert sehen werden. Das Verstumme wird sich dann nur mit großen pecuniären Opfern, die gegenwärtig noch vermieden werden können, nachholen lassen.“

Auch über die Wirkungen der verdrängten Ministerialklasse gegen die Errichtung von Installations- und Materialmonopolen äußert sich die Vereinigung steifisch. Privaten Unternehmungen werden zwar offen und vertragsmäßig derartige Monopole kaum mehr eingeräumt. Dagegen verursachen verstaatlichte Installations- und Materialmonopole den elektrotechnischen Spezialfabriken und den selbständigen Installationsfirmen die größten Schwierigkeiten, wobei insbesondere zu behaupten ist, daß es häufig öffentliche Verwaltungen, wie Zweckverbände, Kreise und durch öffentliche Gelder unterstützte Elektrizitätsgesellschaften sind, die den freien Wettbewerb auf diese Weise beeinträchtigen.

Die allgemeine Geschäftslage der elektrotechnischen Spezialfabriken beurteilt der Bericht günstig. Die Arbeiterzahl erfuhr indessen keine entsprechende Erhöhung, da es den meisten Betrieben gelang, durch Betriebsverbesserungen den gesteigerten Ansprüchen zu genügen. Vor allem wirkten der Ausbau der Ueberlandzentralen, der starke Bedarf der Industrie und die rasche Ausdehnung der elektrischen Beleuchtung im Privatbereich auf das Geschäft belebend ein. An der Steigerung des Umsatzes war in erster Linie das Inland beteiligt. Die Ausfuhr hatte daran einen geringeren Anteil. Der Export nach Italien litt unter dem Tripolitanischen Krieg, die Ausfuhr nach den Balkanstaaten unter dem Balkankrieg. Die deutsche Elektrotechnik hat ferner mit der sich unter dem Schutze hoher Einfuhrzölle schnell entwickelnden elektrotechnischen einheimischen Industrie in Italien, Oesterreich-Ungarn, Rußland und den skandinavischen Ländern, insbesondere Schweden, mehr als in früheren Jahren in Wettbewerb zu treten.

Gelsenkirchen.

Am Tage des 40 jährigen Geschäftsbestehens und der ebenfalls 40 jährigen Tätigkeit Emil Rirdors in der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft beruhten die diesjährigen Gewinnverhältnisse auf 58,078 Millionen gestiegen. Dem um zwölf Millionen vermehrten Gewinn steht nun eine Ausgabenvermehrung von 0,6 Millionen (von 6,7 auf 7,3 Millionen) gegenüber. Die Abschreibungen werden zum Teil mit Rücksicht auf erhebliche Werkerweiterungen im letzten Jahre von 15,18 auf 22,92 Millionen erhöht. An Dividende werden auf das Aktienkapital von 180 Millionen 18 Millionen oder 10 Proz. ausgeschüttet. Das Hochkonjunkturjahr hat also dem Rirdors-Unternehmen reichlichen Profit gebracht. Die Berliner Börse hatte allerdings eine höhere Dividende erwartet und reagierte auf die Veröffentlichung der Dividendenziffer mit einem Kursrückgang.

Die Hamburg-Amerika-Linie und der Panamakanal. In ihrem Geschäftsbericht für 1912 macht die Hamburg-Amerika-Linie auch Angaben über die Wirkungen, welche der Panamakanal auf die Gesellschaft voraussichtlich haben wird und über die Bemühungen der Verwaltung, sich den Verkehr durch diesen Kanal zu sichern. Danach wird die Hamburg-Amerika-Linie ihre Linien im Hinblick auf den Kanalverkehr ausdehnen, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich entgegenkommend zeigt. Die Verwaltung hat der Regierung der Vereinigten Staaten ein Projekt unterbreitet, das die Herstellung neuer, ihren Weg durch den Kanal nehmender Dampfschiffsverbindungen unter Beteiligung des amerikanischen Kapitals vorsieht.

Zusammenschluß in der Ziegelindustrie. 28 deutsche Ziegelverarbeitungsvereinigungen haben sich in einer kürzlich in Berlin abgehaltenen Versammlung zu einer gemeinsamen großen Vereinigung zusammengeschlossen, die den Namen „Verband der deutschen Ziegelverarbeitungsvereinigungen“ führt. Angehört haben sich dem Verband u. a. die Verkaufsvereinigungen Köln, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Gotha, Landsberg, Darmstadt, Schneidemühl, Mainz, Oldenburg, Oera, Göttingen, Braunschweig. Die Ziegelverarbeitungsvereinigungen von Hannover, Düsseldorf, Straßburg, Thorn usw. haben ihren Beitritt in Aussicht gestellt. Der Verband wird auch Schlußverträge mit den baugeverlichen Arbeitgeberverbänden abschließen.

Soziales.

Gewerbekrankheit oder Betriebsunfall.

Der Arbeiter Franz L. hatte am 30. Juni 1910 mit noch einem Arbeiter etwa 40 bis 50 Pfund schwere Schilde, die in Stapeln aufgeschichtet lagen, zu kontrollieren. Bei dieser Arbeit stieg er plötzlich, daß er auf dem rechten Auge nichts mehr sehen könne. Noch am selben Tage suchte er den Arzt auf, dieser stellte Reithautablösung auf dem rechten Auge fest. Nach Abschluß des Heilverfahrens stellte L. bei der Berufsgenossenschaft den Reimchenschuß und Elektroschlag den Antrag auf Gewährung der Unfallrente. L. führte die Erkrankung des rechten Auges auf die Arbeitsfähigkeit — Kauf- und Aushubarbeiten der Schilde und des damit verbundenen fortgesetzten Wüdens — zurück.

Die Berufsgenossenschaft wies den Entschädigungsantrag indessen zurück, „da die Reithautablösung allmählich infolge der hochgradigen Kurzsichtigkeit des L. entstanden sei; ein Betriebsunfall liegt somit nicht vor.“

Gegen den Bescheid legte L. beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Berlin Berufung ein. Er ergänzte seine Angaben

noch dahin, daß er behauptete, die Arbeit sei unter recht schwierigen Verhältnissen ausgeführt und er habe sich auch den Kopf gestoßen und unmittelbar danach sei die Erkrankung des rechten Auges eingetreten. Das Schiedsgericht erhob noch weiteren Beweis insofern als es den Mitarbeiter des L. vernahm und noch ein ärztliches Gutachten von Prof. Dr. A. einforderte. Trotzdem nahm es das Vorliegen eines Betriebsunfalles nicht an und wies die Berufung zurück.

Nun wandte sich L. an das Reichsversicherungsamt. Im Rekursverfahren wurde von dem erkennenden Senat ein ärztliches Gutachten von dem Professor Dr. Krümmann, Direktor der Königl. Universitätsklinik für Augenkrankheiten in Berlin, eingefordert. Der Rekurs hatte Erfolg. Auf Grund des erwähnten Gutachtens wurde der ursächliche Zusammenhang zwischen der Reithautablösung und der Betriebsfähigkeit vom 30. Juni 1910 anerkannt. In den Urteilsgründen des erkennenden Senats heißt es: „Der Verletzte hat nach den Aussagen des Zeugen M. diesem am 30. Juni 1910 beim Prüfen von Maschinenteilen geholfen und hierbei 30 bis 50 Pfund schwere Lagererhalter vom Stapel gehoben, auf den Fußboden gestellt, dort nachgesehen und dann wieder auf den Stapel gesetzt. Bei dieser Arbeit hat er plötzlich infolge einer Reithautablösung auf seinem rechten Auge die Sehkraft verloren.“

Daß er, wie er behauptet, bei seiner Arbeit eine so schwere Erschütterung des Kopfes erlitten hat, daß sie als Ursache der Reithautablösung angesehen werden könnte, hat der Senat auf Grund der stattgehabten Ermittlungen nicht für erwiesen erachtet. Dagegen war anzunehmen, daß die Reithautablösung, zu der der Kläger infolge seiner hochgradigen Kurzsichtigkeit besonders disponiert war, an jenem Tage infolge seiner anstrengenden Tätigkeit, seines häufigen Wüdens und des dadurch hervorgerufenen Blutandranges nach dem Kopfe plötzlich verursacht worden ist. Diese Annahme wird durch den Oberquartier unterstüzt, welcher das Heben schwerer Lagererhalter bei hochgradiger Kurzsichtigkeit als eine für das Auge gefährliche Beschäftigung erklärt und der Meinung ist, daß die Tätigkeit des Verletzten sehr wohl geeignet war, die Erkrankung zum Ausdruck zu bringen. Wenn die Beklagte dagegen ausführt, es liege hier nicht ein Unfall, sondern eine Gewerbekrankheit vor, so ist ihr entgegenzuhalten, daß der Akt der Reithautablösung sicherlich ein einmaliges plötzliches Ereignis ist, das einen Unfall darstellt. Auf eine Gewerbekrankheit dagegen ist möglicherweise die Disposition zu diesem Unfall zurückzuführen, die infolge häufigen Wüdens allmählich immer mehr zunehmende Kurzsichtigkeit. Daß er infolge solcher Kurzsichtigkeit die Reithaut sich ablöst, geschieht innerhalb eines kurzzeitigen Ereignisses. Hiernach ist das Verleiten auf ein plötzliches, das heißt in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingetretenes Ereignis zurückzuführen, für welches die Berufsgenossenschaft diejenige zu entschädigen hat.“

In einem darauf erteilten Bescheide ist dem Verletzten dann die Vollrente zugesprochen. Der Versuch, Unfälle in Gewerbekrankheiten umzuwandeln, ist in diesem Falle also mißlungen. Er zeigt aber dennoch, wie dringend erforderlich es ist, daß durch Gewerbekrankheiten herbeigeführte Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit den Unfällen gleichgestellt werden. Ein dahin gerichteter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ist wiederholt, zuletzt bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, abgelehnt, dem Bundesrat aber die Ermächtigung erteilt, durch Gewerbekrankheiten herbeigeführte Gesundheitsschädigungen den Unfällen gleichzustellen. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat noch keinen Gebrauch gemacht.

Papier hat Lohn?

Im vergangenen Sommer drängte eine Reihe von Handelskammern dahin, Lohnzahlungen in Papiergeld stattfinden zu lassen. Wir hatten damals darauf hingewiesen, daß die gegen das Tauschsystem gerichteten Vorschriften des § 115 der Gewerbeordnung dem entgegenstehen. Nach § 115 seien die Gewerbebetriebe verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmünze zu bringen und bar auszusahlen. Bedeutende Kommentatoren wie Landmann und Neufuss vertreten diese Ansicht. Diese Ansicht treffe auch zu. Denn weder Reichsmünze (5- und 10-Markstücke) noch Reichsbanknoten (20, 50, 100, 1000-Markstücke), noch Noten der vier einzelstaatlichen Banken (Sachsen, Bayern, Baden und Württemberg) seien kursfähiges deutsches Geld, stellen vielmehr nur eine Anweisung auf solches dar. Das treffe auch bezüglich der Reichsbanknoten zu, wiewohl Artikel 3 des Reichsbankgesetzes vom 1. Juni 1909 die Reichsbanknoten (im Gegensatz zu den Reichsmünzen und den einzelstaatlichen Banknoten) zu „gesetzlichen Zahlungsmitteln“ gemacht habe.

Diesen Darlegungen trat eine offiziöse Auslassung der „Berliner Correspondenz“ entgegen. Sie meinte, der § 115 der Gewerbeordnung lasse Noten und Reichsmünze als Bezahlung zu. Auf diese Auslassungen erwiderten wir nicht, weil ihre Unrichtigkeit für jeden Kenner der Dinge klar war. Auf die Sache kommen wir jetzt zurück, weil in einer längeren Darlegung in der „Arbeiterrechtsbeilage des Correspondenzblatt“ vom 8. d. M. Genosse Max Schippel sich die unserer entgegenstehende Ansicht zu eigen macht. Die Konsequenzen, daß eventuell Arbeitgeber nochmal zu zahlen hätten und bei Zahlung in Noten oder Scheinen bestraft werden könnten, schrecken ihn. Er gelangt dann zu der Annahme, daß Lohnzahlungen unterschiedlos durch Münzgeld oder durch Reichsbanknoten oder durch Reichsmünze oder durch Noten der vier landesstaatlichen Banken zulässig seien. Und das, wiewohl ein „Zwang zur Annahme im Privatverkehr“ gegenüber Reichsmünzen und Banknoten durch Gesetz ausgeschlossen ist. Freilich könnte man diese beiden Zahlungsmittel zurückweisen.

Schippel zieht für seine Auffassung den auch in der „Berliner Correspondenz“ zitierten § 817 E.-B.-G., § 1238 E.-B.-G. und insbesondere den § 195 des Handelsgesetzbuchs heran. Im § 195 E.-B.-G. ist vorgeschrieben, daß bei einer Anmeldung einer Aktiengesellschaft zum Handelsregister die Erklärung abzugeben ist, daß der Betrag bar eingezahlt ist. Sodann wird vermerkt:

„Als Barzahlung gilt nur die Zahlung in deutschem Gelde, in Reichsbanknoten sowie in gesetzlich zugelassenen Noten deutscher Banken.“

Schippel hält es für „unanfechtbar“, daß die gleichen Barzahlungsmittel wie hier auch für das Gebiet der Gewerbeordnung gelten. Die entgegenstehende Auffassung enthalte eine „sehr unglückliche und unüberlegte juristische Darstellung“. Die Ansicht Schippels ist irrig. Seine Bezugnahme auf das Handelsgesetzbuch beweist das Gegenteil von dem, was er beweisen will. § 195 E.-B.-G. gibt eine Definition dessen, was als Barzahlung im Sinne des § 195 gilt, weil ohne eine solche nur das, was Zahlung in bar ist, zur Einzahlung hätte zugelassen werden können, das ist: Geld, Metallgeld, Scheine und Banknoten sind kein Geld, sondern Geldsurrogate, Anweisungen auf Geld. Durchaus verfehlt oder, um mit Schippel zu reden, „sehr unglücklich und unüberlegt“, ist seine Bezugnahme auf Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuchs. In diesen heißt es, die Ablieferung der verzeigerten Sache würde nur „gegen bare Zahlung“ erfolgen und der Kaufpreis sei „sofort bar zu entrichten“. Damit ist keineswegs eine Begriffsbestimmung des Wortes „bar“ gegeben, sondern — nach, soweit wir haben feststellen können, einmütiger Ansicht aller Kommentatoren — lediglich zum Ausdruck gebracht, daß die Bezahlung Zug um Zug gegen Ausbändigung des verkauften Pfandes zu erfolgen hat, der Kaufpreis also nicht kreditiert werden darf. Barzahlung kann zweierlei bedeuten: entweder Zahlung in Metallgeld nach Maßgabe des Münzgesetzes oder Zahlung Zug um Zug. In welcher Bedeutung das Wort bar angewendet ist, ist aus dem Inhalt und Zweck der Gesetzesvorschrift zu entnehmen. Die von Schippel angeführten Vorschriften der Zivilprozessordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Handelsgesetzbuchs können zur Erklärung der Worte in der Gewerbeordnung, „die Löhne sind bar auszusahlen“, nicht verwendet werden.

Schippel meint ferner, die auch von uns vertretene Ansicht operiere mit einer ganz kritiklosen und unbaltbaren Verwendung des Wortes „Papiergeld“. Auch hier irrt er. Er gibt selbst eine mit

unserer Darstellung durchaus übereinstimmende Uebersicht der gesetzlichen Vorschriften über Reichsmünzen, Reichsbanknoten und Noten von partikularen Banken und hebt die Tatsache hervor, daß von diesen drei Papierforten nur die Reichsbanknoten „gesetzliche Zahlungsmittel“ sind. Der Streit, ob man nur die Reichsmünzen als Bargeld bezeichnen darf oder bei einer Gegenüberstellung zum harten Geld auch Banknoten, ist ein recht mühsamer und trägt zur Klärung der aufgeworfenen Streitfrage nicht das Geringste bei. Der entscheidende Punkt liegt in der Tatsache, daß nach dem Gesetz zunächst für Reichsmünzen und Privatbanknoten kein Zwang zu ihrer Annahme im Privatverkehr besteht. Sie sind also keine Zahlungsmittel. Die Reichsbanknoten sind erst durch die Reichsbankgesetznovelle vom 1. Juni 1909 zu „gesetzlichen Zahlungsmitteln“ erklärt. Landmann würde, da er die Frage, ob ein Papier die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels bezeugt ist, für entscheidend hält, jetzt vielleicht Reichsbanknoten (nicht aber Reichsmünzen oder Privatbanknoten) als Zahlungen in bar im Sinne des § 115 E.-B.-G. zulassen. Wir legen den entscheidenden Wert darauf, daß trotz dieser Zulassung als Zahlungsmittel die Noten nicht zu Mitteln für Auszahlungen in bar geworden sind. Unter solchen Umständen, soweit nicht wie im Handelsgesetzbuch abweichende Vorschriften gegeben sind, Zahlungen in Metall zu leisten.

Für die Arbeiter liegt kein Grund vor, die zu ihrem Schutze gegebenen Vorschriften des § 115 E.-B.-G. in einem anderen Sinne zu interpretieren, als ihr Wortlaut zuläßt. Gewiß macht zurzeit die Verousgabung von Reichsbanknoten oder Reichsmünzen zu ihrem vollen Nennwert keine Schwierigkeiten. Aber schon heute bestehen solche Schwierigkeiten für Noten der Partikularkassen, wenn sie außerhalb des Staates in Geld umgesetzt werden sollen, in dem die Landesbanken liegen, und zwar nicht nur im Verkehr mit Privaten, sondern auch mit Behörden. So nehmen beispielsweise preussische Gerichtsassen badische, bayerische, württembergische oder sächsische Noten nicht an. Wer sich der Zeiten erinnert, in denen für einzelstaatliches Papiergeld ein recht hohes Agio gezahlt werden mußte, kann die Rückkehr ähnlicher Zustände, die den Lohn senken, nicht wünschen. Und die Möglichkeit läßt sich nicht leugnen, daß zu Zeiten auch Reichsbanknoten oder Reichsmünzen schweriger als Bargeld umgesetzt sein könnten.

Gerichts-Zeitung.

Das Urteil im Nordprozess Haas.

Der Nordprozess gegen den Arbeiter Arthur Haas, der am 12. November n. J. seine Ehefrau in der Wohnung ihrer Eltern erschossen hat, beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwabe gestern noch bis in die erste Abendstunde. Es handelt sich um den Schlußakt einer Ehestrage, und die Verhandlung verlor sich in ihrem weiteren Verlauf das anfänglich recht dunkle Charakterbild des Angeklagten nur wenig. Staatsanwalt Dr. Hoffstedt plädierte auf auf Schuldig des Nordes, Rechtsanwalt Martin Kantorowicz auf Totschlag und Jubiligung mildernder Umstände.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Totschlages schuldig und verneinten die mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragte die schwerste zulässige Strafe, 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Das Gericht erzog, daß keine Motive vorlagen, die den Angeklagten zu der furchtbaren Tat hätten treiben können, und hielt daher die höchste Strafe, 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust für angemessen.

Aus der Frauenbewegung.

Der österreichische Frauentag.

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Tag, für dessen Welingen so viele Kräfte wochenlang unermüdet tätig waren, ist nun vorüber. Man könnte fragen, ob der Erfolg im Einklang steht zu der angewendeten Mühe, ob der Anspannung aller Kräfte viele Wochen hindurch, der Aufopferung so vieler Gemüter auch nur ein kleiner Erfolg gegenübersteht? Darauf muß mit einem entschiedenen ja geantwortet werden.

Es bedeutet für die proletarische Frauenbewegung und damit für die gesamte Arbeiterklasse sicherlich einen großen Gewinn, daß einmal im Jahre der Blick tausender sonst Gleichgültiger auf die Leiden der Arbeiterinnen, auf das Elend der proletarischen Mütter, auf die Rechtslosigkeit der Frauen im allgemeinen gelenkt wird. Und an Propaganda wurde ungemein viel geleistet. Hunderttausende von Flugzetteln, flatterten in alle Teile des Reiches. Das Flugblatt zierete eine Signette, die eine Wahlurne darstellte, in welche Frau und Mann den Stimmzettel legten. Der „Frauentag“, die Wahlrechtszeitung der österreichischen Genossinnen war schon vor dem Frauentag in 30 000 Exemplaren veräußert. Plakate in der Höhe von fast zwei Metern wurden in den letzten Tagen in ganz Wien angehängt. Das Plakat stellt einen Massenzug von Frauen dar, über welchen sich eine große leuchtend rote Fahne ausbreitete, die die Worte trug: „Den Frauen ihr Recht“. Anführerinnen mit demselben Motiv wurden ebenfalls zu vielen Tausenden verbreitet.

Gegen 150 Frauenversammlungen haben im deutschen Gebiet Oesterreich stattgefunden. Die bedeutendste war natürlich die Versammlung in Wien, die dieses Mal in der Volkshalle des Rathhauses stattfand. Die Frauen kamen aus den Bezirken in geschlossenen Jagen herangezogen. Rote Fahnen, Standarten und Banner wurden mitgetragen. Mädchen mit rotem Bandenschmuck im Haar und roten Schärpen um die Hüften schritten einzelnen Bezirken voran. Auf Stangen wurden weiße Leinwandstreifen getragen, auf welchen die Worte prangten: „Das Frauenwahlrecht ist eine Rechtsforderung“, „Den Müttern gleiches Recht“ usw. Jeder Bezirkzug wurde auch von vielen Genossen begleitet. Die zahlreichen Ringstraßenmünder blieben erkaunt stehen, um nach der Ursache dieser Frauentendemonstration zu fragen.

Sald war die Volkshalle vom Erdbeben voll und immer noch kamen neue Rüge an. Die Versammlung wurde von den Arbeiterführern eröffnet, die den Arbeitsschor: „Empor zum Licht“ vortrugen. Dann wurde die Versammlung von Genossin Schlesienger eröffnet und Genossin Popp erstattete das Referat über die Bedeutung des Frauentages. Genossin Winarsky sprach dann namens der Partei, Genossin Leutzner für den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten. An Beispielen wiesen die beiden Genossinnen nach, wie mancher Beschluß im Parlament anders ausfallen würde, wenn auch Frauen anwesend wären. Besonders die Worte des Genossen Leutzner: Das Parlament braucht die Frauen viel dringender als die Frauen das Parlament, lösten stürmische Zustimmung aus. — Da nicht alle, die gekommen waren, in der mächtigen Volkshalle Platz finden konnten, fand draußen am Rathhausplatz eine zweite Versammlung statt, in welcher Genossin Winarsky und Genossin Leutzner sprachen.

In der Volkshalle waren auch bürgerliche Frauen anwesend, von welchen Frau Granitz für die Reichsorganisation der Hausfrauen sprach und Frau Eppas für die Reichsorganisation der Arbeiterinnen sprachen ebenfalls, den Kampf um das Wahlrecht der Frauen zu führen.

In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es u. a. heißt:

Zum dritten Male sind heute am 9. März 1913 die Frauen und Mädchen versammelt, um ihrer Forderung nach vollstündiger politischer Gleichstellung mit dem Manne Ausdruck zu geben. Mit uns sind eines Sinnes die Frauen aller Kulturstaaten, in welchen sie noch nicht die Gleichberechtigung erlangt haben. Die Beispiele von Finnland, Norwegen und 12 Staaten Amerikas, wo die Frauen gleiche Staatsbürgerrechte besitzen, und die Beispiele von Schweden, Dänemark und England, wo Frauen das kommunale Wahlrecht ausüben, beweisen, daß die Argumente gegen die geistigen Fähigkeiten der Frauen oder gegen ihre Interesslosigkeit in politischen Dingen Bourgeois sind, die durch die Tatsache widerlegt werden.

Die weibliche Bevölkerung Oesterreichs, welche in der Industrie, im Gewerbe, im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft gleiche Pflichten wie der Mann zu erfüllen hat, empfindet es als harte Ungerechtigkeit und als ein Schandmal dieses Staates, daß selbst das primitivste politische Recht, das Recht, sich politisch organisieren zu dürfen, noch nicht volle Gesetzeskraft erlangt hat. Nachdrücklich erheben die beim Dritten österreichischen sozialdemokratischen Frauentag versammelten Staatsbürgerinnen die Forderung nach voller politischer Gleichstellung, vor allem nach dem allgemeinen, direkten, aktiven und passiven Wahlrecht für Staat, Land und Gemeinden.

Lesende.

Mariendorf. Morgen Freitag 8 Uhr im Restaurant Herold, Chausseestr. 281. Referentin: Genossin Gertrud Simon.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 17. März, 8 1/2 Uhr, in Stellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 99/100: Generalversammlung. Bericht des Vorstandes und der Revisorinnen, Diskussion, Neuwahl des Vorstandes. Wichtige Vereinsangelegenheiten stehen zur Diskussion, daher zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht. Der Vorstand.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung des in den Kranken- und Pflegeanstalten Berlins beschäftigten Personals sprach Reichstagsabgeordneter Antrich über: „Das Elend des Krankenpflegeberufes vor dem Reichstage“. In der sehr lebhaften Diskussion unterstrichen die einzelnen Redner die Ausführungen des Referenten und berichteten über die in den Anstalten vorfindbaren Mängel. Alle Redner waren sich darin einig, daß nur durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation Wandel zum Besseren eintreten werde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“ tagende, außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung des Personals der Kranken- und Pflegeanstalten erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in allen Punkten einverstanden. Die Versammelten stellen ausdrücklich fest, daß die Schilderungen des Reichstagsabgeordneten Antrich in seiner Rede am 28. Januar d. J. im Reichstage den Tatsachen entsprechen. Mit Bedauern haben die Anwesenden davon Kenntnis genommen, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Resolution von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde.

Da voraussichtlich in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nichts geschehen wird, um die Lage des in den Kranken- und Pflegeanstalten beschäftigten Personals zu verbessern, sehen sich die Angehörigen veranlaßt, energischer als bisher durch ihre gewerkschaftliche Organisation zur Selbsthilfe zu greifen.

Die Anwesenden fordern für die Pflegeanstalten Groß-Berlins:

- 1) Freie Verfügung über die Zeit nach beendigttem Dienst;
- 2) für den vereinbarten Lohn bestimmt abgegrenzte Arbeitszeit und Bezahlung aller Ueberstunden;
- 3) für das verheiratete Personal, welches dem Kost- und Logiszwang untersteht, dessen Familie aber außerhalb der Anstalt wohnt, Zahlung eines angemessenen Wohnungsgeldzuschusses.

Die Versammelten sind überzeugt, daß auch für das gesamte Personal der Pflegeanstalten eine weitere Verbesserung ihrer Lebenslage nur durch den energischen Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation zu erringen ist. Alle Anwesenden verpflichten sich daher, dem für das Personal zuständigen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten und dafür zu sorgen, daß alle noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen dem Verbande zugeführt werden.

Aus aller Welt.

Opfer des Jahrhundertfeier-Kummels.

Ihren Patriotismus mit dem Leben bezahlten zwei Familienväter aus Anlaß der Jahrhundertfeier in Schlesien. In Gramschütz bei Glogau waren einige Mitglieder des dortigen Kriegervereins so sehr von patriotischer Begeisterung erfüllt, daß sie noch nach dem Fackelzug in einem Lokal in Gegenwart von zahlreichen Gästen Gewehrexerzitionen machen zu müssen glaubten. Dabei entlud sich ein noch mit einer Plazpatrone geladenes Gewehr und das Geschloß drang dem Kommando führenden Gastwirt Scholz aus nächster Nähe in die Augen. Lautlos sank Scholz als Leiche zusammen. Drei an der unglücklichen Soldatenpielerlei beteiligte Mitglieder des Kriegervereins wurden sofort verhaftet, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das zweite Opfer dieses patriotischen Kummels war, wie wir in unserer gestrigen Nummer schon mitgeteilt haben, der Bergmann Bisкуп aus Florentinenhütte bei Beuthen (D.-S.), dem beim Völlerschießen durch ein explodierendes Geschloß der rechte Arm buchstäblich abgerissen wurde. Wenige Minuten nach seiner Entlassung in das Krankenhaus war Bisкуп eine Leiche. Fünf noch unerzogene Kinder werden dadurch zu Waisen.

Trotz der sich ständig bei patriotischen Anlässen mehrenden tödlichen Unfälle beim Völlerschießen können die Patrioten diesen gemeingefährlichen Unfug nicht lassen.

Der Mailänder „Unbekannte“ zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Rom, 9. März. (Fig. Ver.) Vor den Mailänder Assisen ist am 8. d. M. jener unbekannt Mann, der im Mai d. J. einen ihm völlig fremden Priester mit einer Sichel in der Galleria Vittorio Emanuele überfiel und tötete, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Der Verbrecher hat sich stets geweigert, seinen Namen zu nennen und alle Versuche, ihn zu identifizieren, sind gescheitert. Sein Verbrechen gibt er mit stumpfsinnigem Ignorismus zu und bedauert nur, daß er nicht die Frauen, die er mit dem Revolver verwundet hat, töten konnte, wie den Priester. Angeblich haben ihn Elend, Hunger und die Not der Armen zu der Bluttat getrieben, der er den Glorienschein eines sozialen Rasenaktes verleihen möchte. Man müsse die „Hunde von Reichen“ umbringen, es gäbe in Mailand 80 000 Arbeitslose. Während der ganzen Verhandlung grinst der Mensch und sagt Unfäßigkeiten. Als er den Antrag des Oberstaatsanwalts auf lebenslängliches Zuchthaus hört, karikiert er in die Hände und sagt, im Gefängnis sei er vorzüglich aufgehoben. Der psychiatrische Sachverständige der Verteidigung erklärte ihn für geisteskrank, die Sachverständigen der Anklage für „völlig geistesgesund, nur moralisch pervers“. Angesichts der unverkennbaren Gefährlichkeit des Angeklagten ist es praktisch ziemlich gleichgültig, ob ihn die Geschworenen als „normal“ im Zuchthaus, oder als irr in der Irrenanstalt einsperren lassen, wenn auch theoretisch die Auffassung, daß ein normaler Mensch sich so ganz unnormal verhalten soll, manches zu denken gibt.

Eine Bluttat der Pariser Apachen.

Eine aufsehenerregende Bluttat haben die Pariser Apachen gestern am helllichten Tage verübt. Gegen 1/2 Uhr nachmittags wurden zwei Polizisten in einem der belebtesten Stadtviertel von Paris, dem Faubourg St. Denis, von einem Apachen erschossen. Der Verbrecher kam in Gemeinschaft zweier anderen Individuen vollkommen betrunken aus einer Kneipe, und alle drei überfielen

plötzlich ohne jede Veranlassung einen ruhig seines Weges gehenden Passanten. Als die Polizisten dem bedrohten Passanten zu Hilfe eilten, ließen die Verbrecher von ihrem Opfer ab und wandten sich gegen die Polizisten, auf die sie mehrere Revolverschläge abgaben. Der eine der Polizisten wurde an der Brust, der andere an der Bauchhöhle lebensgefährlich verletzt. Schließlich gelang es einigen beherzten Männern aus der Zuschauermenge, die sich wie wahnsinnig gebürdenden Verbrecher zu übermächtigen. Nunmehr stürzte sich die aufse äußerste erregte Menge auf die Verbrecher und bearbeitete sie mit Steinen und Schirmen, so daß sie fast halbtot geschlagen waren, als es endlich gelang, sie nach dem Polizeikommissariat zu schaffen.

Eine geborstene Zentrumsflügel.

Seit dem 4. März ist der Kassierer des Spar- und Darlehns-Lassenvereins Kellinghausen, Restaurateur und Fuhrunternehmer Holbeck in Essen-Kellinghausen verschwunden. Wie sich jetzt herausstellt, ist der Darlehnslassenverein, dem etwa 75 Landwirte angehören, die größtenteils Zentrumsleute sind, um ungefähr 80 000 M. geschädigt worden. Holbeck hat die Betrügereien seit Jahren betrieben und hat seinen Abgang noch durch eine widerliche Heuchelei „berziert“. Kurz vor seinem Verschwinden fand die Grundsteinlegung der katholischen Kirche statt, an der er mit teilnahm, und für den Kirchenbau zeichnete er 2000 Mark, die allerdings nicht eingezahlt worden sind. Die Schwarzgen haben im Rheinlande entschieden Vech. Vor einigen Jahren trachtete die Volksbank in Vorbeck, eine Zentrumsgründung, zusammen, zahlreiche kleinere Existenzen schwer schädigend; vor drei Viertel Jahren unterlag der Nendant der Steeler Volksbank eine Summe, die hoch in die Zehntausende ging und schädigte viel Klein-gewerbetreibende.

Kleine Notizen.

Schweres Grubenunglück. Auf einer Gleiwitzer Steinkohlengrube wurden am Mittwoch mehrere Bergleute durch abstürzende Gesteinmassen verschüttet. Der Führer Lukaschel aus Jabrze wurde tödlich verletzt, mehrere andere schwer verwundet.

Jugentgleisung. Nach einer amtlichen Meldung entgleiste in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in Lüdersdorf bei Kottbus der Güterzug Nr. 6002 mit 17 Wagen. Die Entgleisung verursachte verschiedene Störungen im Betrieb. Der Verkehr wird durch Umsteigen bei Lüdersdorf aufrecht erhalten. Der Materialschaden ist sehr erheblich. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Zur Feststellung der Ursachen der Entgleisung ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Tod durch eine Luftschiffschraube. Am Mittwochmittag gegen 2 Uhr haben in Köln die Luftschiffmanöver wieder begonnen. Sie haben gleich am ersten Tage ein Opfer gefordert. Beim Landen vor der Halle ist ein Soldat unter das Schiff geraten und am Kopf so schwer verletzt worden, daß der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte ist ein Kölner Rekrut. Wie sich herausgestellt hat, war er in einem Seil hängen geblieben und dann von einem Schraubenflügel getroffen worden. Ein Schraubenflügel war verbogen und zeigte Blutspuren.

Naubanfalle auf Korsika. Aus Bonifacio wird gemeldet: Der am 28. Januar verübte Ueberfall auf ein Postautomobil hat sich am 10. März wiederholt. Es handelt sich um dasselbe Postautomobil, das die Verbindung zwischen Bonifacio-Sartene und Proprado bewerkstelligt. Der Ueberfall geschah um Mitternacht, etwa 4 Kilometer von Bonifacio entfernt. Die Banditen hatten die Straße mit Steinen verbarrikadiert und fügten sich, als das Automobil infolge des Hindernisses anhalten mußte, auf das Personal und die Passagiere. Die Banditen plünderten das Automobil vollständig aus und verschwanden. Die von Gendarmen und 50 Soldaten alsbald aufgenommene Verfolgung verlief erfolglos.

Der Beweis

dass man auch ein Konfektions-Geschäft auf absolut reeller Basis, mit unerschütterlich festen Preisen und ohne irgend welche Rabatte oder Geschenke zu geben, betreiben kann, ist durch das wohl beispiellose Wachstum unserer Firma auf das überzeugendste erbracht.

Und die beruhigende Gewissheit, reell und so billig wie überhaupt möglich bedient zu werden, wird Ihnen beim Einkauf Ihrer Frühjahrs-Garderobe der zuverlässigste Ratgeber sein.

Königstrasse 33
Am Bbf. Alexanderplatz

C & A
BRENNINKMEYER GMBH

Chausseestr. 113
Ecke Invalidenstrasse

Am kommenden Sonntag, den 16. März, bleiben unsere Geschäfte von 12—6 Uhr geöffnet.



Todes-Anzeigen

Heute früh 4 1/2 Uhr entschlief nach kurzem, qualvollem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager, der Brauereibesitzer

Friedrich Wilhelm Gabriel

im 74. Lebensjahre.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Klara Gabriel, geb. Moewes
Maria Richter, geb. Gabriel
Otto Richter, Schwiegervater
Rolf Richter, Enkel

Berlin, den 11. März 1913.
Choriner Str. 79/80.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Ackerstr. 37, aus statt.
Kondolenzbesuche dankend verboten. 2872b

Heute verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser hochverehrter Chef, der Brauereibesitzer, Herr

Friedrich Wilhelm Gabriel

Der Dahingegangene war uns in seiner unermüdeten Arbeitsfreudigkeit und Schaffenskraft ein leuchtendes Vorbild. Wer seine ausgezeichneten Charaktereigenschaften gekannt, wird unseren Schmerz verstehen, den sein Heimgang bereitet.

Berlin, den 11. März 1913.

Das Personal der Weißbierbrauerei
Gabriel & Jäger. 2873b

Heute früh entschlief nach schwerem Leiden mein lieber, hochverehrter Onkel

Friedrich Wilhelm Gabriel

Mitgliedhaber der Firma Gabriel & Richter.
Rastlos tätig in nie ermattender Arbeitsfreudigkeit, voller Herzensgüte und stets hilfsbereit, war er uns stets ein Vorbild treuester Pflichterfüllung und edler Männlichkeit. Sein Andenken wird bei uns in höchsten Ehren gehalten werden.

Berlin-Weißensee, den 11. März 1913.

Alfred Richter,

Mitgliedhaber der Firma Gabriel & Richter. 2874b

Heute früh entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser hochverehrter Chef, der Brauereibesitzer

Friedrich Wilhelm Gabriel

Nur wer den Verstorbenen persönlich gekannt hat, wird den Verlust ermaßen können, der uns betroffen hat. Der Heimgangene war nicht nur unser Chef, der mit unermüdetem Fleiß seinen Pflichten oblag und für uns ein Vorbild war, sondern er war für jeden von uns ein väterlicher und stets hilfsbereiter Freund und Berater. Er wird in unseren Herzen stets fortleben.

Weißensee-Berlin, den 11. März 1913.

Das Personal der Firma Gabriel & Richter. 2875b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahleke Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischlermeister

Paul Tzschernig

Raunowstr. 84, im Alter von 35 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Neudöhlen, Hermannstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 80/8 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Emil Dobatka

am 9. März im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Buch aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 42/10 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Gustav Schmidt

nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, auf dem Neudöhlener Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet 23/11 Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wislapp, Neudöhlen. Für den

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstagswahlkreis.

Görlitzer Viertel. (Bezirk 155.)
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler

Paul Hilpert

Mariendorfer Str. 23, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neudöhlen, Hermannstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 211/20 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Paul Hilpert

am Dienstag, den 11. März, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Neudöhlen, Hermannstr. 4, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 137/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am 10. März verstarb unser Genosse, der Bäckereimitter

Christian Zeitler

Meier Str. 2, Bezirk 479.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 8 Uhr, von der Halle des Marien-Kirchhofes in der Prenzlauer Allee aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 226/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.

Bezirk Weiskendorfer-Str.
Am 10. März verstarb nach längerer schwerer Krankheit unser Genosse, der Handlungsgehilfe

Ernst Rudolph

Brieger Str. 3.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 240/9 Der Vorstand.

Männerchor Reinickendorf-Ost.

Am 10. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Sangesbruder

Ernst Rudolph

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Treffpunkt 2 1/2 Uhr im Vereinslokal Sadau. 58/18 Der Vorstand.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme am Grab meiner Frau

Johanna Schruth

geb. Niemeck
sowie für die reichen Blumenpenden sage ich allen Bekannten und Bekannten meinen innigsten Dank.
Anton Schruth nebst Kindern.

Danksagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme und die vielen Strapanden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unermüdeten Vaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels, des Tischlers

Georg Stöcking

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders dem Gefangenen der Töpler, dem Zentralverband und dem Bezirk Ost sowie Herrn Weile für seine tröstlichen Worte am Sarge unseres so früh entwichenen Gatten und Vaters und dem Wahlverein des 4. Berliner Wahlkreises, Bezirk 225. Wir danken allen Kollegen und Genossen, die meinem lieben Mann das letzte Geleit gegeben haben und dem Verein „Widwitten“ meinen besten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Louise Stöcking und Kinder.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10-2. 5-7, Sonntags 10-12. 2-4

Freireligiöse Gemeinde.

Jugendweihe

der Kinder von Mitgliedern der freireligiösen Gemeinde.

Am Sonntag, den 16. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Kllem, Hasenheide 18/15:
Festrede von Dr. S. Wille: „Schaffe dich selbst!“
Festvorträge auf der Orgel mit Violinbegleitung. Eintrittspre.: Erwachsene 20, Kinder 10 Pf.

Am Sonntag, den 23. März, vormittags 10 1/2 Uhr, Kl. Frankfurter Str. 6:
Herr Dr. Bruno Wille: Festvortrag: „Christ ist erstanden!“

Am Sonntag, den 30. März, vorm. 10 1/2 Uhr, im selben Lokal: Herr Dr. Max Brie:
„Thatsache des Menschheitsstadiums: Des Lebens, des Schicksals, der Eitelkeit“
(König Lear, Macbeth, Othello). 53/6

Arbeiter - Bildungsschule.

Sonntag, den 16. März 1913, abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59: 6/6

Vortrag des Genossen Max Grunwald: **Karl Marx.**
Gedenkrede zu seinem 30. Todestage (14. März 1883).
Nachdem: **Geselliges Beisammensein.** Eintritt 30 Pf. Garderobe frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: Bericht über die Vertragsverhandlungen. 80/7
Börschließendes Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichstr. 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Müllerstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708

Maler! Achtung! Anstreicher!

Die Ortsverwaltung hat beschlossen, daß in allen Werkstätten, in denen die Kollegen ausgesperrt sind, auch die Kollegen die Arbeit niederlegen müssen, die nicht mit ausgesperrt wurden. Es sind alle Werkstätten als gesperrt zu betrachten, die die Aussperrung vorgenommen haben. 137/12 Die Ortsverwaltung.

FÜR DIE SCHULE



Hochelastisch bis in die äusserste Spitze.
Heintze & Blanckertz
Erste deutsche Stahlfederfabrik
BERLIN

Vorwärtslesern Rabatt.

Klein gemusterte Boucle-imitierte Teppiche

grau, blau, oliv oder rot Fond.
Größe zirka 130x190 cm M. 750
" 160x225 " " 1150
" 190x290 " " 1850

Vorlag. Größe 50x100 Mir. 1.25. Nach ausw. per Nachnahme.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.
Der neue Katalog mit bunten Teppichmustern 750 Abbild. gratis u. franko

Vortrag am Freitag, den 14. März er., abends 8 1/2 Uhr.

in den Arminhallen, Berlin S. 14, Kommandantenstr. 58-59.

- Die wissenschaftliche Begründung der Impfung unhalbar.
- Die Erfolge der Impfung zeigen an einigen Lichtbildern aus neuerer Zeit.

Referenten: Dr. med. Schlüter-Hamburg und Dr. med. Witsch-Halensee. 3. Diskussion und Fragebeantwortung. 246/8
Eintritt frei.
Impfgegner-Verein Groß-Berlin.
1. Vorsitzender: Dr. W. Witsch, Berlin - Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 6.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gipsbaubranche:

Putzer, Träger u. Rabitzspanner

Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu unseren Anträgen zu den Tarifverhandlungen im Gipsbaugewerbe. 2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch aller im Gipsbaugewerbe beschäftigten Kollegen erwartet Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Treibriemen-Sattler!

Heute Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz' Prachtzälen, Mühlgr. 17, Eingang Königsgraben:

Außerordentliche Versammlung

Tagesordnung:
1. Berichterstattung über das Endergebnis der Verhandlungen mit den Fabrikanten. 2. Unsere weitere Stellungnahme.
Kollegen! In dieser Versammlung soll die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der neuen Vertragsvorlage. Alle zurzeit auf Treibriemen beschäftigten Kollegen haben die unbedingte Pflicht, diese Versammlung zu besuchen. 156/12 Die Branchenleitung.

Möbel-Angebot.

Goldes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohn- und Schlafzimmereinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 58.
Rein Abzahlungsgeschäft.

Berliner Arbeitsnachweis.

Nachdem die Berliner Gemeindebehörden beschlossen haben, dem Arbeitsnachweis eine erhöhte Fürsorge zuzuwenden, hat der Magistrat mit dem Zentralverein für Arbeitsnachweis Verhandlungen wegen der näheren Angliederung des Vereins an die städtische Verwaltung eingeleitet.

Nach den Beschlüssen der Gemeindebehörden soll die weitere Zuwendung von Mitteln u. a. von folgenden Mindestbedingungen abhängig gemacht werden: Der Stadtgemeinde ist nach Maßgabe ihrer Beiträge, welche den überwiegenden Teil der Betriebskosten decken, Stimmrecht zu gewähren. Der Stadt steht das Recht zu, ein bestimmtes Vorgehen des Vereins zu verlangen oder zu untersagen und schließlich soll eine unmittelbare Beteiligung der Stadt an der Leitung und Vertretung des Vereins erfolgen. Alles in allem soll der Stadtgemeinde der ausschlaggebende Einfluß zuzufallen. Die Stadtgemeinde hat ferner noch beschlossen, der Landesversicherungsanstalt gegenüber die Garantie für den Ertrag eines neu von ihr errichteten Nachweisgebäudes zu übernehmen, da das Gebäude im Falle einer Einigung mit dem Verein voranschreitlich dauernd für die Zwecke des von der Stadtgemeinde dotierten Nachweises gebraucht werden wird. Die Verhandlungen über die Bürgschaftsverpflichtung werden zugleich mit der Verhandlung über die Angliederung des Vereins an die Stadt geführt. Es ist zu erwarten, daß in Kürze ein volles Einverständnis über eine gemeinsame Arbeit des Instituts des Zentralvereins mit der Stadt erzielt werden wird.

Partei-Angelegenheiten.

Teltow-Beeskow.

Am Sonntag, den 16. März, haben folgende Orte des Kreises Flugblattverbreitung: Adlershof, Alt-Bliesen, Bohnsdorf, Brih, Charlottenburg, Eichwalde, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Grünau, Johannisthal, Königs-Wusterhausen, Köpenick, Lankwitz, Mariendorf, Marienfelde, Neutölln, Nieder-Schöneweide, Nowawes, Schmörgendorf, Schöneberg, Steglitz, Teltow, Tempelhof, Trebbin, Treptow, Wilmersdorf, Zehlendorf, Zossen.

Der Zentralvorstand.

Kreis Niederbarnim.

Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung über den ganzen Kreis statt, auch in den Landbezirken. Sollte es in einigen Landorten diesen Sonntag nicht möglich sein, so empfiehlt es sich, die Verbreitung am Karfreitag vorzunehmen.

Der Kreisvorstand.

- Wannsee. Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr, im Fürstenhof (D. Adermann), Wahlvereinsversammlung.
Rantental. Heute abend 8 1/2 Uhr Jahlabend bei Marg.
Buch. Freitag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Starke.
Repernik. Freitag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, Jahlabend bei Wendermann.

Berliner Nachrichten.

Die nördliche Umgehungsbahn

Wärste spätestens im Jahre 1915 dem Betriebe übergeben werden. Sie ist eine Fortsetzung der Bahnverbindung Veelitz-Wildpark-Wustermark-Rauen, welche die Berliner Ringbahn vom durchgehenden Güterverkehr entlastet. Die Anschlussstrecke Rauen-Kremmen-Dranienburg ist 38 Kilometer lang. Die Endbahnhöfe müssen erweitert und gehoben werden, um schienenfreie Streckenkrenzungen zu erhalten. Eine Ueberdeckung, so berichtet die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen, brachten die Erdarbeiten in dem Einschnitt bei dem Dorfe V r n i c k e, etwa 10 Kilometer nördlich von Rauen. Die Bahnlinie schneidet an dieser Stelle die hügeligen Erhebungen des Wald- und Ackerlandes an einem gegen das weite Land etwas nach Westen vorspringenden Punkt. Hier hatten unsere Altvorderen aus der La-Töne-Zeit U r n e s mit A s h e l e n ihrer Verstorbenen beigesetzt, zur ewigen Ruhe, wie sie wohl meinten. Durch Jahrtausende blieben sie auch in geringer Tiefe unter der Erdoberfläche unversehrt, bis sie jetzt der Bahnbau wieder ans Tageslicht förderte. Die ersten Urnen zerbrachen, unermüdet getroffen, unter den Spaten der Arbeiter, einige mögen wohl auch, von unkundigen Händen nach Schätzen durchforscht, verloren gegangen sein; die Mehrzahl ist erhalten und steht jetzt im Museum für Völkerverkundung in Berlin und im städtischen Museum zu Rauen. In Rauen ist der mit dem Bau der Umgehungsbahn verbundene Bahnhofsumbau besonders willkommen, weil er dort Anlagen befestigt, welche den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs nur noch sehr wenig entsprechen. Dies gilt besonders für den Schnellzugverkehr nach Hamburg. Von Rauen gehen auch die Kleinbahnen nach Belten, Rehin und Senze, aus. Für Dranienburg steht der Bahnhofsumbau drei Bahnsteige vor. Westlich der Bahnsteig für die Vorortzüge, welche in absehbarer Zeit auch über Hermsdorf hinaus auf besonderem Gleispaar bis zu ihrem Endpunkt Dranienburg werden durchgeführt werden müssen, in der Mitte der Bahnsteig für die Fernzüge der Nordbahn und östlich der Bahnsteig für die Umgehungsbahn nach Rauen. Eine Weiterführung der letzteren nach der Stettiner Strecke ist mit östlicher Abzweigung aus dem Nordende des Bahnhofs leicht möglich, aber noch nicht endgültig beschlossen. Neben den Zwecken der Güterumleitung soll die Umgehungsbahn auch Zwecken der Landesmelioration dienen, indem sie die landwirtschaftliche Nutzung der von ihr durchschnittenen Gebiete und wohl auch die Ansiedelung der immer mehr aus Berlin herausstrebenden Industrie auf dem Lande unterstützt.

Eine Muster-Säuglingsfürsorgestelle soll auf dem Gesundbrunnen eingerichtet werden. Es müssen nämlich für die in der Pankestraße domizilierenden 5 Säuglingsfürsorgestellen andere Räumlichkeiten beschafft werden. Wirklich geeignete Räume sind in der dortigen Gegend nicht zu finden. Aus diesem Grunde hat man sich entschlossen, besondere Räume für die genannten Zwecke durch den Bau eines entsprechenden Gebäudes zu schaffen. Dieses Gebäude soll zugleich mit dem in Kürze in Angriff zu nehmenden Bau einer Pflichtenfortbildungsschule errichtet werden, zu welchem die ehemalige Markthalle in der Bad- und Grünthaler Straße bestimmt ist.

In der Badstraße wird an Stelle des jetzigen Gebäudes ein Verwaltungsgebäude errichtet werden. Die Säuglingsfürsorgestelle wird im zweiten Hof zu liegen kommen.

Kein Geld für Armenjuppen.

Die Armenspeisungsanstalt ist gezwungen, die diesjährige Kochperiode bereits am 15. dieses Monats zu beenden. Herr Stadtrat Melenz gab in der letzten Sitzung bekannt, daß die Armen-direktion keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt hätte und daß die eigenen Mittel der Anstalt nicht ausreichen, um über den 15. März hinaus zu kochen. In der Armen-direktion wurde obige Angelegenheit durch unsere Genossen zur Sprache gebracht. Hier erklärte nun Herr Stadtrat Ralsch, daß die in den Etat eingestellten Mittel verbraucht seien und da es ganz ausgeschlossen gewesen sei, daß der Magistrat weitere Mittel bewilligt hätte, so sei ein solcher Antrag nicht erst gestellt worden. Von unseren Genossen wurde betont, daß der Herr Stadtrat auf alle Fälle die Pflicht hatte, einen solchen Antrag zu stellen, zumal die Armen-direktion den Wunsch geäußert hatte, daß die Kochperiode verlängert werden solle, da die Küchen in diesem Jahre wegen der Teuerung sehr besucht seien. Schlimm genug aber sei es in Berlin bestellt, wenn für solche Zwecke kein Geld vorhanden sei. Die eingeleitete Kommission soll sich mit der Frage weiter beschäftigen. Die Errichtung eines weiteren Armenamtes in der Gegend der Greifswalder Straße wurde beantragt. Hiergegen wurde geltend gemacht, daß eine Notwendigkeit hierfür nicht nachgewiesen sei. Ueberhaupt soll die Frage wegen Errichtung von neuen Armenämtern generell geregelt werden. Zur weiteren Prüfung der Sache wurde eine kleine Kommission gewählt.

Das Winterhalbjahr der Gemeindegymnasien schließt am Mittwoch, den 13. März. An diesem Tage findet die Entlassung der Kinder statt. Die Osterferien dauern bis einschließlich Sonnabend, den 29. März.

Das neue Schuljahr beginnt am Montag, den 31. März. Die von den Schulkommissionen neu eingeschulenden Kinder haben sich an diesem Tage vormittags 9 Uhr in derjenigen Schule, der sie zugewiesen sind, einzufinden. Die vielfach verbreitete Annahme, daß am Dienstag, den 1. April, der Unterricht ausfällt, ist nicht zutreffend.

Polizeipräsidentium und Stadtgemeinde.

Eine recht bezeichnende Mitteilung wurde in der gestrigen Sitzung der Markthallen-Deputation gemacht. Es wurde mitgeteilt, daß zwei Privatunternehmern seitens des hgl. Polizeipräsidentiums die Erlaubnis zur Eröffnung eines Fleischgroßmarktes in den Stadtbahnhöfen Nr. 141/142 erteilt worden sei. Wenn auch diese Erlaubnis inzwischen wieder zurückgezogen ist, so erscheint es doch auffällig, daß das Polizeipräsidentium der Stadtgemeinde vor Jahresfrist die Erlaubnis zur Erweiterung des Fleischgroßmarktes in denselben Stadtbahnhöfen verweigerte, während Privatleuten in derselben Angelegenheit ein weit größeres Entgegenkommen gezeigt worden ist. Erst auf Widerspruch verschiedener Interessenten ist die Erlaubnis zurückgenommen worden.

Das Verhalten des Polizeipräsidentiums scheint sich hiernach zum Teil danach zu richten, ob der Antragsteller eine Privatperson oder die Stadtgemeinde Berlin ist.

Das Trinkgeld im Barbiergewerbe.

Auf Trinkgeld angewiesen zu sein, ist eine recht häßliche Sache; sowohl für den, der das Trinkgeld zahlt, wie für den, der es erhält. Die in modernen Gewerkschaften vereinigten Berufe arbeiten deshalb darauf hin, ihren Berufsangehörigen eine angemessene Entlohnung in Form eines bestimmten Lohnes oder Gehaltes zu sichern und sie nicht auf die entwürdigende Bezahlung in Form von Trinkgeldern anzuweisen.

Auch im Barbiergewerbe wird mancher Gehilfe noch heute auf Trinkgelde hingewiesen, die er hin und wieder erhält, um eine minimale Entlohnung zu rechtfertigen. Es gibt eine ganze Reihe von Kunden, die dem sie bedienenden Gehilfen 5 oder gar 10 Pf. Trinkgeld geben. Wie uns nun geschrieben wird, soll es vorkommen, daß junge Leute, die noch im Lehrverhältnis stehen, das ihnen von den Kunden übergebene Trinkgeld dem Meister abliefern müssen. Wir werden erlucht, darauf aufmerksam zu machen, daß diesen jungen Leuten das Trinkgeld nur dann gefastet bleibt, wenn der Kunde ausdrücklich bemerkt, daß die bei einer Bezahlung von 20 Pf. übrig bleibenden 5 Pf. dem Lehrling gehören sollen. Wir kommen diesem Wunsch nach, obwohl wir keinesfalls dem Trinkgeldgeben mit diesem Hinweis Vorschub leisten möchten. Es muß vielmehr dafür gewirkt werden, daß die Angestellten auch im Barbiergewerbe eine Entlohnung erhalten, die sie nicht auf Trinkgeld hinweist.

Zur Wahl des Stadtmittelrats. Nachdem in der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die Ausschüßerungen berichtet worden war, wurden zwei Kandidaten, Geh. Regierungsrat Dr. Weber-Berlin und der Regierungs-Bezirksrat Dr. Solbrig in Königsberg i. Pr., in die engere Wahl gestellt. Ein dritter Bewerber, Privatdozent Dr. Grosjahn-Berlin, hatte seine Nominierung zurückgezogen. Nunmehr hat, wie berichtet wird, auch der zweite Kandidat, Dr. Solbrig, gebeten, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen.

Diebstahl. Für 20 000 M. felle erbeuteten Einbrecher in einer Rauchwarenhandlung im Zentrum der Stadt. Die im Erdgeschoß gelegenen Räume der Handlung sind durch eiserne Türen geschützt. Es gelang aber den Einbrechern, die Patentschlösser von zwei Türen abzubrechen und sich so dem Eingang zu verschaffen. In die Hände fielen ihnen über 200 Hermelin- und andere Felle. Die Gesellschaft, bei der die Handlung gegen Einbruchsdiebstahl versichert ist, hat auf die Ermittlung der Diebe und die Wiederherbeschaffung der Waren eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Sein Abheigen vom fahrenden Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist gestern morgen die 20 Jahre alte Arbeiterin Eise Bies aus der Lybener Straße 11. Um noch rechtzeitig ihre Arbeitsstelle zu erreichen, sprang sie um 7 Uhr in der Luisenstraße vor dem Haupte Nr. 12 schon vor der Haltestelle ab, kam aber so unglücklich zu Fall, daß ihr ein Rad des schweren Wagens das rechte Bein am Knie vollständig abquetschte. Die Verunglückte wurde nach der nahegelegenen Charité gebracht.

Der Raubüberfall auf dem Tempelhofer Felde beschäftigt noch die Kriminalpolizei. Bisher ist es noch nicht gelungen, weder des Mädchens, das dem Kaufmann Sponholz nach dem Tempelhofer Feld verschleppte, noch des Täubers habhaft zu werden, der ihn niederschlug und seiner Wertsachen beraubte. Der Ueberfallene hat sich in der königlichen Klinik in der Ziegelstraße wieder soweit erholt, daß er gestern nachmittag eingehend vernommen werden konnte. Nach seiner jetzigen Darstellung hat sich das Mädchen selbst an dem Ueberfall beteiligt. Als das Mädchen Sponholz am Landwehrkanal am Hallschen Tor getroffen und mit ihm durch die Velle-Alliance-Straße nach dem Tempelhofer Felde gegangen sei, glaubte er bemerkt zu haben, wie ein Mann, der vor ihnen herging, gehen blieb und, als er mit seiner Begleiterin an ihm vorbeiging, dieser mit ihr einige Worte wechselte. Der Unbekannte ging dann voraus bis zum Tempelhofer Felde, wo er sich wieder einholen ließ. Als er jetzt wieder an ihm vorbeiging, zog der Mann ohne ein Wort zu sagen ein Messer und stieß es ihm zweimal hintereinander in den Unterleib, so daß er zusammenbrach. Gleich darauf verlor er das Bewußtsein, doch hörte er noch vorher, wie das Mädchen zu dem Mann sagte: 'Das hast Du aber gut gemacht.' Nach diesen Worten nahm sie ein Taschentuch und brückte es ihm in den Mund. Bei ihrem Zusammentreffen mit Sponholz erzählte das Mädchen, daß sie in der Kurstraße wohne. Früher habe sie in Neutölln gewohnt.

In einem Schlafmittel gestorben ist in der Nacht zu Mittwoch der 28 Jahre alte Hausdiener Fritz Müllert aus der Wilhelmshavener Straße 23, der seit 1 1/2 Jahren in einer hiesigen Apotheke beschäftigt war. Der Mann war seit längerer Zeit herzleidend und konnte abends keinen Schlaf finden. Er brachte deshalb wiederholt Schlafmittel ohne ärztliche Verordnung aus der Apotheke mit nach Hause und wendete sie gelegentlich an. Dienstagabend kam er spät nach Hause. Gestern morgen um 7 Uhr fand ihn sein Schwiegervater tot im Bette liegen. Auf dem Fußboden lag eine leere Pulverhülle. Ohne Zweifel hat der Kranke wieder ein Schlafmittel genommen und sich in der Dunkelheit wohl in der Menge vergriffen. Weil ein Arzt die Todesursache nicht bestimmen feststellen konnte, so wurde die Leiche beidlagernahmt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Mittwoch nachmittag gegen 3 1/4 Uhr in der Kreuzbergstraße. Dort wollte vor dem Haupte Nr. 14 die vierjährige Gertha Müller vor einem Motorwagen der Linie 36 über das Gleis laufen, kam jedoch dabei zu Fall und geriet mit dem linken Bein unter den Schutzrahmen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und das verunglückte Kind in kurzer Zeit befreit. Gertha M., die einen Bruch des linken Oberschenkels, sowie Quetschwunden erlitten hatte, wurde nach dem Urban-Krankenhaus geschafft.

Rettungstat eines Studenten. Gestern vormittag gegen 10 Uhr sprang am Gartenufer eine etwa 15jährige, den besseren Ständen angehörende Frau in den Landwehrkanal, in dessen Fluten sie sofort unterging. Ein vorübergehender Student der Technischen Hochschule sprang der Lebensmüden sofort nach und durch Tauchen gelang es ihm, die junge Frau, die bereits das Bewußtsein verloren hatte, aufzufinden und ans Land zu bringen. Die Unbekannte wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht und von dort nach dem Krankenhaus Weißend übergeführt. Der brave Retter weigerte sich, seinen Namen anzugeben.

Selbstmord im D-Zug Breslau-Berlin. Bei der Revision des D-Zuges 18 Breslau-Berlin, der gestern früh 7 Uhr 35 Minuten auf dem Schleißischen Bahnhof in Berlin eintraf, wurde in einem Abteil dritter Klasse ein junger Mann erschossen aufgefunden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, ist der Tote der 21 Jahre alte, aus Hienitz im Kreise Lebus stammende Buchhalter Ernst Thiede, der in der Vorklagener Straße 37 in Berlin wohnte.

Entsetzlicher Selbstmord eines Unteroffiziers. Auf schreckliche Weise das Leben genommen hat sich gestern nachmittag der 28 Jahre alte Unteroffizier Müller von der 3. Kompanie des Garde-Rüskler-Regiments, Müller, der im 6. Jahre diente und kurz vor der Beförderung zum Sergeant stand, am gestern früh erst um 6 Uhr in die in der Chausseestraße belegene Kaserne zurück. Er verschaffte sich hier am Vormittag wie üblich seinen Dienst und ging dann wieder in sein Zimmer. Hier lud er sein Dienstgewehr mit einer Klappatrone und füllte sodann noch den Lauf mit Wasser. Er hielt nun die Mündung des Gewehrs in den Mund und drückte den Hahn ab. Die Folge war geradezu entsetzlich. Die Klappatrone und der Wasserstrahl zerrissen dem Soldaten den Kopf vollständig, so daß einzelne Teile des Gehirns an den Wänden und der Decke klebten, als Kameraden auf den Anfall herbeieilten und sich nach ihm umsahen. Die Leiche wurde nach der Halle des Garnisonlazarets in Tempelhof gebracht. Was den Unteroffizier zu dem Selbstmord getrieben hat, steht noch nicht bestimmt fest. Wahrscheinlich aber hat ihn Liebesgram zu der Tat veranlaßt, denn gleich nach seinem Tode erschien seine Braut in der Kaserne und erkundigte sich nach seinem Befinden. Als man ihr den schrecklichen Vorfall schonend beibrachte, brach sie ganz zusammen. Näheres war jedoch durch sie nicht zu erfahren.

Angehörige gesucht. Das der Niederelb Stenografen u. Christensen in Kopenhagen gebürtige Dampfschiff „G. Koch“ ist am 12. Januar dieses Jahres gestrandet und dabei der Koch Paul August Hoffmann aus Berlin ums Leben gekommen. Da sämtliche Schiffs-papiere verlohrengegangen sind, ist es nicht möglich gewesen, näheres über die Personalien des Hoffmann festzustellen. Bekannt ist nur, daß er ein Mann in den vierziger Jahren gewesen ist.

Familienangehörige oder Personen, die über den Genannten Auskunft geben können, wollen sich bei dem königlichen Polizeipräsidentium Berlin Abteilung II zum Alteisenbahn H. 75 II. R 13 schriftlich oder persönlich melden.

Ein neuer Eisportpalast ist dieser Tage in der Dresden-er Straße 34/35 eröffnet worden. Die früher Weihnachtsaufstellungen dienenden Räumlichkeiten des Wehpalastes sind Sportzwecken zugänglich gemacht worden. Die Eislauffläche wird durch ein besonders patentiertes Verfahren hergestellt. Ohne maschinelle Anlagen, ohne Gefrierkammer kann an beliebigen Stellen eine ständige Eisbahn hergestellt werden. Soweit wir es zu beurteilen vermögen, unterscheidet sich die Bahn in dem neuen Sportpalast bezüglich ihrer Verwendbarkeit in keiner Hinsicht von den übrigen Eisbahnen. Man hofft durch ein Eintrittsgeld von 30 Pfennig an den Wochentagen für Erwachsene und 20 Pfennig für Kinder die neue Eislaufgelegenheit breiteren Schichten der Bevölkerung zugänglich machen zu können. Sportvereine sollen besondere Vergünstigungen erhalten. Die innere Ausstatung des Sportpalastes ist natürlich einfacher als in den bestehenden Eispalästen.

Auf der Treptow-Sternwarte findet heute, Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, eine öffentliche Sondervorstellung der kinematographischen Vorführung: 'Eine Reise zum Südpol und ein Bild in das Weltall' mit erklärendem Vortrage von Herrn Direktor Dr. F. S. Archenhold statt, bei dem u. a. der Scotische Südpol-film und ein Ausbruch vom Aetna vorgeführt wird.

Gefunden wurde in der Nacht zum Sonntag in der Kopenhagener Straße ein Paket, enthaltend Mauerkleidung nebst Hand-werkzeug. Abzuholen bei Paul Schmidt, Berlin N., Dänenstr. 19, Energebäude IV rechts.

Ueber Alkohol, Kinderreichtum und Kindersterblichkeit spricht Genosse Dr. med. Moses morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Vorort-Nachrichten.

Neutölln.

Auf Berichtigung der Wählerliste klagte vor dem Potsdamer Bezirksauswahlgang gegen das Stadtparlament von Neutölln der Wählerkreiszugehörige A. Er war in der Wählerliste mit einem Steuerlof von 72 M. eingereicht und beantragte die Berichtigung auf 78 M., weil seine minderjährige Tochter jährlich 4 M. Gemeindefinkommen entrichte und dieselbe ihm zugerechnet werden müsse, da der § 5 der Städteordnung diesen Anspruch rechtfertige. Die Stadtverordnetenversammlung wies den Einpruch zurück mit der Begründung, daß sich die angezogenen Bestimmungen nur erläuternd auf das Bürgerrecht bezogen und daß Neutölln in dieser Frage konsistent mit den Städten und Kommunen Groß-Berlins handle, die ebenfalls die Zurechnung der Kindersteuer zum Einkommen des

Voters für die Einteilung der Wählerliste ablehnen. Der Bezirksausschuss wies die Klage ab und legte die Kosten mit 100 M. dem Kläger auf.

Auf offener Strafe verhaftet wurde gestern eine gefährliche Schlafstiefelwinderin, die manche arme Vermieterin um ihre ganzen Ersparnisse gebracht hat. Die Gannerin ist eine 25 Jahre alte Anna Doerig, die ohne feste Wohnung war und fortgesetzt seit längerer Zeit die Schwindereien beging. Sie mietete sich in allen Stadtvierteln und auch in den Vororten Berlins ein möbliertes Zimmer und benutzte dann die erste beste Gelegenheit, wo sie allein in der Wohnung war, die Bediener zu erbrechen und zu durchwühlen. In der Regel nahm sie nur die Briefkasten und das bare Geld. Erst vor wenigen Tagen stahl sie einer Witwe ihre Kotschüssel, 250 M. Auf dem Richterplatz erlachte sie einer der Geschädigten wieder und ließ sie festnehmen.

Sichterfelde.

Der Gesamtetat der Gemeinde für 1913, über den in der nächsten Gemeindevorstellung endgültig beschlossen wird, weist in Einnahmen und Ausgaben die respektable Summe von über fünf Millionen auf. Sie legt über das Wachstum der Kommune ebenso berechtigt Zeugnis ab, wie der Inhalt des Etats über die außerordentliche Rüstständigkeit ihrer Verwaltung in sozialer Beziehung. Das Beständnis eines Gemeindefürsors, daß Sichterfelde für soziale Zwecke kein Geld übrig habe, braucht nicht wiederholt zu werden. Unter all den Positionen findet sich keine, die das Gemeindeparlament etwa in den Verdacht bringen könnte, auf soziale Abwege geraten zu sein. Um das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen im Gemeindehaushalt herstellen zu können, war die Einstellung von 162 000 M. aus dem Ausgleichsfonds notwendig geworden. Die Einkommensteuer ist mit 1 102 000 M. in Ansatz gebracht; sie soll gegen das Vorjahr 110 000 M. mehr bringen; die Grundwertsteuer ist mit 747 500 M. (9100 M. mehr wie im Vorjahr) veranschlagt. Die Umsatzsteuer mit 120 000 M., die Reichszugangssteuer mit 100 000 M. und die Verbrauchsteuer mit 9000 M. weisen gegen das Vorjahr keine Erhöhung auf. Unsere einzige werbende Anlage, die Eisfabrik, bringt diesmal gar nichts ein, nachdem sie im vorjährigen Etat irrtümlich 15 000 M. — versprochen hatte. Die Ausgaben für die Armenverwaltung (offene Armenpflege) sind von 81 400 M. auf 77 900 M. gesunken. Diese Ersparnis konnte offenbar nur erzielt worden sein auf Kosten der Armen. Für persönliche Ausgaben und Besoldungen der Beamten sind über 248 000 M. erforderlich. Verhältnismäßig billig arbeiten Gewerbe- und Kaufmannsgericht, für die zusammen nur 2060 M. im Etat eingelegt sind. Die Besoldung des Ortes erfordert einen Zuschuß von 36 836 M., die Feuerwehr 12 547 M., Straßenreinigung 96 929 M. Ein ganz besonderes Kapitel bilden die Schulen. Die Zuschüsse, die von der Gemeinde für die zahlreichen höheren Schulen aufgebracht werden, sind enorm. Daß eben aus diesem Grunde die Gemeindefürsors um so tiefmütiger behandelt werden, ist an dieser Stelle oft genug nachgewiesen worden. So kostet der Gemeinde je ein Schüler des Schiller-Gymnasiums an Zuschuß 253,74 M., des Real-Gymnasiums 182,54 M., der Oberschule 243,90 M., der höheren Mädchenschule 92,52 M., ein Gemeindefürsors 105,16 M. Dabei muß bemerkt werden, daß die Zahl der Gemeindefürsors gegen früher nur unerheblich gestiegen ist. Während für die 3828 Gemeindefürsors im ganzen 381520 M. aufgewendet werden, muß die Gemeinde für 2275 „höhere“ Schüler einen Zuschuß von 420 000 M. pro 1913 leisten. — An Schulden wird die Gemeinde Ende März „besitzen“ 12 Millionen 852 000 M., denen ein Gesamtvermögen von nahezu 15 Millionen Mark gegenübersteht.

Charlottenburg.

Eternvereln für freie Erziehung. Montag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Kopenickerstr. 3: Öffentlicher Vortrag. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Kofes: „Wissen ist Macht — Wissen schafft Macht“. 2. Freie Aussprache und Fragebeantwortung.

Steglitz.

Gewerbegerichtswahlen. Für die Gewerbegerichtswahlbezirke Etnede, Hannich, Krug und Köllig, deren Amtsperiode demnächst abläuft, finden am Sonntag, den 27. April, Ergänzungswahlen statt, für die von hier bezogenen Weisiger Wähler und Domsch, deren Amtsperiode erst 1915 respektive 1917 ihr Ende erreicht, am gleichen Tage Ersatzwahlen. Nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes werden die Wählerlisten nicht von der Behörde aufgestellt, wie dies bei den Gemeinde-, Landtags- oder Reichstagswahlen geschieht, sondern jeder Wahlberechtigter muß selbst die Aufnahme in die Wählerliste beantragen. Diese Anträge müssen in der Zeit vom 15. bis 28. März schriftlich oder mündlich gestellt werden. Schriftliche Anträge müssen Vor- und Zunamen, sowie Wohnung und Alter des Antragstellers enthalten. Hier nur beschäftigte (also außerhalb wohnende) Arbeitnehmer haben ein Zeugnis ihres Arbeitgebers beizubringen, daß sie bei ihm beschäftigt sind, auch müssen sie sich durch irgend eine Urkunde über ihre Person ausweisen. Formulare zu den Arbeitsbescheinigungen sind schon jetzt im Hause Schloßstraße 36 II, Zimmer 47, kostenlos zu haben. Mündliche Anträge werden vom 15.—28. März, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5—7 Uhr abends, Sonntags von 11¹/₂—12¹/₂ Uhr mittags an oben genannter Stelle entgegengenommen. Wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Steglitz Wohnung oder Beschäftigung haben. Da nur wählen kann, wer in die Wählerliste aufgenommen ist, veräume niemand, seine Aufnahme zu beantragen.

Brix-Buttow.

Der Kampf ums freie Wahlrecht, lautete das Thema eines Vortrages, den Genossin Frau Böhm in einer in Buttow tagenden öffentlichen Versammlung hielt. Die Ausführungen der Rednerin, die am Schluß namentlich auch die versammelten Frauen zur Teilnahme am Kampf für die Erringung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts ersuchte, wurde mit regem Interesse entgegen genommen. Hierauf erbat die Gemeindevorstellung Genosse Hadamec den Bericht aus der Gemeindevorstellung. In einem Beispiele zeigte er, wie notwendig es ist, daß die Sozialdemokratie auch in der Gemeindevorstellung vertreten sei. Hätte es doch kürzlich erst seines Eintretens bedurft, um die bürgerlichen Vertreter dazu zu bewegen, daß sie für einen armen Krähel Sorge trugen. Am Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende zum Beitritt in die Organisation auf.

Wilhelmshagen.

Um unseren Lesern den „Vorwärts“ frühzeitiger übermitteln zu können, ist vom 1. April ab für unseren Ort eine Vorwärts-Expedition eingerichtet worden. Wir ersuchen deshalb die Vorwärts-Leser, ihre Abonnements bei der Post und Privat-Expeditionen nicht mehr zu erneuern, sondern ihre Adresse umgehend unserem Spediteur Dieckhoff, Poststraße 22, mitzuteilen, damit die Bestellung ohne Verzögerung vom 1. April ab durch unsere Expedition erfolgen kann.

Friedrichshagen.

Der Vorschlag für das Steuerjahr 1913 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 170 100 M. gegen 1 061 700 M. im Vorjahre. Die Einnahmen legen sich wie folgt zusammen: Aus den Vorjahren 46 000 M., gewerbliche Unternehmungen 425 820 M., Kanalisation 82 000 M., Kurparkverwaltung 2060 M., Bau-polizei 2000 M., Kapitalien 16 350 M., Gemeindegrundstücke 10 630 M., Straßen und Wege 6430 M., Feuerlöschwesen 200 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 1780 M., Volkshaus 15 000 M., höhere Schule 60 900 M., Gesundheitspolizei 6240 M., Armenverwaltung 970 M., indirekte Steuern 41 800 M., direkte Steuern 475 090 M., insgesamt 1 800 M. Die Ausgaben betragen: Aus den Vorjahren 1000 M., gewerbliche Unternehmungen 858 902 M., Kanalisation 82 000 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des

Ortes 16 000 M., Bau-polizei 18 700 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindeforderungen 91 840,18 M., Grundstücke 9000 M., Straßen und Wege 68 500 M., Feuerlöschwesen 8010 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtverwaltung 124 300 M., Volkshaus 185 800 M., höhere Schulen 112 650 M., Gesundheitspolizei 15 800 M., Armenverwaltung 45 050 M., indirekte Steuern 525 M., direkte Steuern 60 500 M., insgesamt 15 522,82 M. Die Einkommensteuer soll von 135 Proz. auf 130 Proz. herabgesetzt werden. Die Gewerbesteuer sind für die 1. und 2. Klasse auf 200 Proz. und für die 3. und 4. Klasse auf 195 Proz. festgelegt. Die Grundwertsteuer soll wie früher 3,5 pro Mille für bebauten und 7 pro Mille für unbebauten Grundstücke betragen.

Wittenau-Vorsigwalde.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst brachte Bürgermeister Witte einen Bericht des Leiters des Gemeindefürsors zur Kenntnis, worin das stetig zunehmende Interesse der Kinder, besonders was die erzielten Erträge betrifft, bekundet und um fernere tatkräftige Unterstützung gebeten wird. Die ganze lange Sitzung wurde sodann ausgefüllt mit einer Vorbesprechung des Gemeindefürsors für 1913 und der Erörterung einer neuen Gewerbebesteuerordnung. Einleitend hob der Bürgermeister hervor, daß das Ausbleiben der erwarteten Einnahmen aus den Gemeindefürsors die Verwaltung diesmal gezwungen hat, vorsichtiger zu sein und verschiedene Kosten niedriger einzustellen. Mit dem bisherigen Satz von 125 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer ist nicht weiter auszukommen; man ist gezwungen, sie auf den schon vor 6 Jahren erhobenen Satz von 150 Proz. Gemeindefürsors zu erhöhen. Außerdem ist die Grundwertsteuer von 3 auf 3¹/₂ pro Mille für bebauten, von 6 auf 7 für unbebauten Grundstücke erhöht und als dritte zu verschärfende Steuerquelle die Gemeinde-Gewerbebesteuer herangezogen worden. Bei Erörterung der letzteren wurde hervorgehoben, daß Wittenau wie Regel mit der vorgelegten neuen Steuerordnung zunächst einen Versuch machen wollen, wonach ihnen gestattet wird, die Besteuerung nach dem Ertrage oder nach dem Betriebs- und Anlagekapital zu erheben, je nachdem für die Gemeinde mehr herauspringt. Mit dieser neuen Ordnung haben es beide Gemeinden sehr eilig, weil aus ihrem Ertrage der Etat mit balanciert wird, andererseits auch der Kreisausschuss als Genehmigungsinstitut sofort damit befaßt werden soll. Wittenau erwartet aus der höheren Einkommensteuer ein Mehr von 50 400 M., Grundwertsteuer 43 000 M. und Gewerbebesteuer 24 000 M. Letztere Steuer lediglich als Ertragssteuer brachte für die Gemeinde bei sehr vielen Betrieben überhaupt keinen Ertrag, da der Satz bis auf nur 4 M. pro Jahr herabging. Herr Witte hob besonders hervor, daß mit der Neuordnung der Industrie der Zugang verleidet werden könnte, indes die Verwaltung doch ihr großes Interesse bekunden müsse, daß so große Steuerzahler herkommen, zumal alle Verkehrs- und besonders Eisenbahnverbindungen selten günstig seien. Sollte man diese Neuordnung ablehnen, müsse er mit den anderen Steuerarten noch höher gehen und das ginge eben nicht. 80 000 M. Mehrausgaben machen sich 1913 gegen 1912 nötig, darunter 12 000 M. für Schulzwecke; 60 000 M. Ausfall an der Umsatzsteuer sind zu verzeichnen, 40 000 M. sind mehr für Schuldenentilgung nötig. Beim Staatsposten: „Zuschuß zum Verbandstranstrassenhaus“ 23 000 M., erinnerte Herr Konrad von Vorlag an seinen früheren Antrag, eine stärkere Kontrolle durch die Gemeindevorstellungen herbeizuführen, um wenn irgend möglich die hohen Zuschüsse herabzubringen. Auch er hält gleich seinem Bruder in der Regelvertretung die Krankenhausökonomie für reformbedürftig. Herr Witte verwies hierbei auf die Stadt anderer Krankenhäuser und meinte, daß hier keineswegs teurer gewirtschaftet werde; die zu hohe Verzinsung sei hier schuld. Der betreffende Antrag soll dem Kuratorium in nächster Sitzung vorliegen; sollte dieser Versuch fehlschlagen und keine Besserung eintreten, wolle man den Vertrag überhaupt zu lösen suchen. Nach letztem sind die vier in Frage kommenden Gemeindevorsteher in ihren Beschlüssen bisher allein maßgebend. — Ueber die Erhöhung der Grundwertsteuer drückte Herr Dr. Kofin, Vertreter der Vodenaktiengesellschaft, sein tiefstes Bedauern aus; dadurch werde die Bebauung sehr erschwert. Er hoffe, daß in Zukunft sich eine solche Erhöhung nicht wieder notwendig machen würde, und es auch keine Freude mehr mache, bei solch hohen Sätzen Grundbesitzer zu sein. — Die neue Gemeinde-Gewerbebesteuerordnung mit 180 statt bisher 150 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer soll in der 1. und 2. Klasse 37 000, in der 3. und 4. Klasse 2600, zusammen 39 600 M. bringen; nach dem anderen Paragraphen der Vorlage 1¹/₂ pro Mille des Anlage- und Betriebskapitals. Die stärkere Heranziehung trifft hier besonders Berlin mit seinem Geldwert und die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik (Döwe), und deren Vertreter wandten sich selbstverständlich dagegen. Für Berlin bedeutet es ein Mehr von 10 000 M. (von 12 auf 22 000 M.), bei Löwe von 5000 M. (von 21 auf 26 000 M.). Die Herren empfanden es als keine gerechte Verteilung. Herr Direktor Hähnisch (von Löwe) beantragte, von 1¹/₂ auf 1¹/₂ herabzugehen und mit diesem Ertrage ein Auskommen zu versuchen. Wie un bequem diese die Allgemeinheit doch bedeutend interessierenden Verhandlungen den Herren teilweise waren, bewies eine Aeußerung des Herrn Vorsitzers Witte, daß bei dem eigenartigen Charakter dieser Verhandlungen (weil einige Namen genannt wurden) eigentlich vertraulich verhandelt werden sollte. Liebelt betonte, daß er und seine Freunde sich nicht als Vertreter von Sonderinteressen fühlten, wie etwa die Herren von Berlin, Löwe, der Voden-gesellschaft usw., sondern er schloß sich dem an, was gelegentlich gesagt worden, daß man diejenigen herausgreife, die „verdienen“, also die da etwas haben, von dem genommen werden könnte. Im Prinzip sei seine Forderung zwar gegen diese Arten von Besteuerung, aber hier müsse leider aus der Not eine Tugend gemacht und für Bedenkung notwendiger Ausgaben gesorgt werden. Selbstverständlich traten diesen Äußerungen die gekennzeichneten Herren entgegen mit allerhand Gründen, u. a. daß sie fast allein die ganzen Gemeindefürsors trügen, daß sich die Verkehrsverhältnisse verschlechtern könnten und schließlich gar eine Abwanderung der großen industriellen Betriebe eintreten könnte. Schließlich gelangte die Gewerbebesteuerordnung einhellig mit 9 Stimmen gegen 6 zur Annahme, die übrigen Steuerföge einstimmig, die 150 Proz. Gewerbebesteuerzuschlag mit 8 gegen 7 Stimmen.

Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß Verhandlungen mit der Or. Berl. Straßenbahn über Linienverlängerungen und Veränderungen stattfinden. Genosse Liebelt trug einen trassen Liebergriff eines Vorsigwalder Lehrers vor. Derselbe habe Kinder vor Jahreshauptferien am Sonntagabend eingeladen; zweien, die nicht erschienen, habe dieser Herr deshalb eine schlechte Jenzur in Aussicht gestellt. Diese ungebührliche Handlungsweise eines Erziehers führe zu Gerwürnissen innerhalb der Familie. Vom Gemeindevorstand wurde Untersuchung des Falles versprochen.

Spandau.

Alle Natur- und Wanderfreunde in der Arbeiterkassette Spandau, die gewillt sind, sich der hiesigen Ortsgruppe des Arbeiter-Wanderbundes „Die Naturfreunde“ anzuschließen, werden vom hiesigen Bildungsausschuß gebeten, zu der heute (Donnerstag) abends 8¹/₂ Uhr, im „Neuen Stadttheater“, Potsdamer Straße 6, stattfindenden Sitzung zu erscheinen. Zweck dieser Organisation ist, das Naturempfinden und die Naturkenntnis in der gesamten Arbeiterkassette zu pflegen, die Gesundheit zu fördern und das Wissen zu verbreitern.

Potsdam.

Warum eine Landkrankenliste gegründet werden soll. Der letzten Stadtvorordnetenversammlung lag der Magistratsantrag vor, auch in Potsdam eine Landkrankenliste zu errichten. Auffällig ist in der Begründung des Magistrats, daß die Notwendigkeit (!) der Landkrankenliste für Potsdam bis jetzt nur vom Dberverordnungsamt erkannt ist. Sonderbarerweise schweigt sich die Begründung darüber aus, daß die Vertreter der in Frage kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie das Versicherungsamt einstim mig die Notwendigkeit der Landkrankenliste v erneint haben. Nur 2400 Mitglieder und fast ausschließlich Diensthöten wird die

neue Kasse erhalten. An Beiträgen sollen 4¹/₂ Proz. erhoben werden, während die größte und leistungsfähigste Kasse am Ort jetzt nur 4 Proz. erhebt. Dabei wird aber noch erklärt, daß zu Anfang vor-aussichtlich eine geringe Leistungsfähigkeit gegenüber den Drißkrankenlisten bestehen wird. Wie wenig Verständnis für Sozialpolitik im Potsdamer Rathaus vorhanden ist, drückt sich in der Magistratsbegründung in krasser Weise aus, die nach der Feststellung der Leistungsfähigkeit „keine anderen schätzbaren Gründe findet, die die Stadt berechtigen, von der gesetzlich als Regelfall vorgesehenen Errichtung einer Landkrankenliste wegen Nichtvorliegens eines Bedürfnisses Abstand zu nehmen“.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Beim Gewerbegericht wurden im Jahre 1912 65 Klagen (gegen 88 im Vorjahre) anhängig gemacht, davon 8 (19) von den Arbeitgebern und 62 (76) von den Arbeitnehmern. Der höchste Streitwert war 137,50 M., und der niedrigste 1,00 M. Erledigt wurden diese Klagen vom Vorsitzenden allein in 44 Fällen und vom besetzten Gericht in 21 Fällen, dabei kamen 32 Vergleiche zustande. — Das Kaufmannsgericht hatte 37 Klagen (gegen 82 im Vorjahre) zu entscheiden. Davon waren 6 (1) von Kaufleuten und 31 (31) von Handlungsgesellen resp. Verkäuferinnen anhängig gemacht worden. Der höchste Streitwert betrug hier 716,40 M., und der niedrigste 38 M.; bei 27 Klagen handelte es sich überhaupt um Streitwerte über 100 M. Die Erledigung der Streitfälle stand im umgekehrten Verhältnis wie beim Gewerbe-gericht: vom Vorsitzenden allein wurden 14 Fälle und vom besetzten Gericht 23 Fälle erledigt. Hierbei fanden im ganzen 17 Vergleiche statt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Friedrichshagen. Freitag, den 14. März, abends 6¹/₂ Uhr, Schulaula, Karlshorst, Auguste-Viktoria-Straße.
Hohen-Neuendorf. Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal, Berliner Str. 48/49.
Hohen-Schönhausen. Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstr. 50.
Friedrichshagen. Freitag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus: Einberufung.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Armeekranke- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. G. 29). Hamburg. Filiale Berlin 2. Heute abend im „Rathischen Hof“, Abmalkstr. 18: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Statutenberatung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn der Treppen — 4. Stock —, wochentags von 4¹/₂ bis 7¹/₂ Uhr abends, Sonnabends, von 4¹/₂ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

55. Die Gehaltung wird durch Liebergabe nachgelassen. — Eilt. 1. Ihre Frau soll sich an das Polizeipräsidium in Kenntnis nehmen mit dem Erlaß um Ermittlung der Wohnung und des Arbeitgebers des Schulners. 2. Die länger als 4 Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. — E. G. 59. 1. Sofern Sie wieder mehr als 1/2, erwerbsfähig werden. 2. Für die Zeit der Invalidität brauchen Renten nicht geleistet werden. — E. G. 110. Eine Befreiung von der Zahlungspflicht erscheint nicht möglich. Auch die Tatsache, daß Ihre Brüder zahlungsunfähig sind, ist nicht wesentlich, da der von Ihnen beanspruchte Betrag zum Unterhalt nicht ausreicht. — E. G. 9. So weit sich die Sache nach Ihrer Darstellung überblicken läßt, sind weitere Schritte aussichtslos. — A. R. 146. Falls Sie verheiratet sind, ist die Abmachung rechtswirksam, andernfalls nicht. Im ersten Falle wären Sie zur Abnahme verpflichtet, im anderen Falle könnten Sie Rückzahlung der geleisteten Anzahlung fordern. — Kranienburg 69. Von Ihrem Lohn kann wegen der Kosten nicht beschlagnahmt werden. Den bereits geschuldeten Betrag können Sie nicht zurückfordern. — A. 117. Bedenken Sie sich an das Anatomische Institut zu Berlin, Luisenstr. 56. M. G. 3. 1. und 2. Wenn kein Bericht ausgebrochen ist, haben Sie noch Anspruch. 3. Dazu sind Sie nicht verpflichtet. — E. 100. 1. und 2. Das ist möglich. Sie müssen aber, bevor Sie den Satz beantragen, bei dem Zivilvorstandenden der Erlasskommission den Antrag auf Zurückstellung stellen. 3. Sie können sich alsdann bei dem deutschen Konsulat melden. — E. G. 36. Nein, sofern nicht besondere Gründe vorliegen. — 6845. Verwalter. Ihre Angaben reichen zur Verantwortung der Fragen nicht aus, kommen Sie mit den in Frage kommenden Schriftstücken in die Sprechstunde. — E. M. 5543. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — Dentist 77. 1. Die Überlage erscheint, falls Ihre Darstellung bewiesen werden kann, aussichtslos. Die Höhe des Anspruchs unterliegt dem freien richterlichen Ermessen. 2. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Verletzung der Frau zur Sprache kommt. Die Frau ist verheiratet und nicht Jungfrau, so daß ihre eheliche Vermählung nicht zu erwarten ist. — E. 16. Der Vertrag kann privatschriftlich gemacht werden und unterliegt der Stempelung. — A. G. 93. 1. In der Regel ja. 2. Dort kann der Antrag gestellt werden. 3. und 4. Befragen Sie einen Arzt. — A. R. 7. 1. Es ist unbedenklich, wenn auch nicht unbedingt erforderlich. 2. Nein. — A. G. 59. Sie können den Antrag auf Invalidrente noch stellen und zwar beim Versicherungsamt, Röllischer Platz 8. Dem Antrag sind die Aufzeichnungen beizufügen, Krankenbescheinigung und die letzte Invalidenliste beizufügen. Den Betrag der Unfallrente müssen Sie mitbringen.

Marktpreise von Berlin am 11. März 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,22 bis 19,40, mittel 19,16—19,24, geringe 19,00—19,08. Roggen, gute Sorte 16,15, mittel 16,00—16,08, geringe 16,00—16,08 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,60, mittel 16,50—16,10, geringe 16,00—16,50. Hafer, gute Sorte 17,70—19,90, mittel 16,80—17,60 (bei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldeböden, weiße 35,00—60,00. Linien 35,00—60,00. Kartoffeln (kleinbl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Kuhle 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schmelzfleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Eier Eier 3,60—5,60. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,20. Sander 1,60—3,60. Dorsch 1,60—3,00. Barsch 1,00—2,40. Schleie 1,00—3,20. Hele 0,80—1,50. 60 Stück Äpfel 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 12. März 1913.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (M. u. N.)	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (M. u. N.)
Ewinemde	765,89	SW	6	Wolkig	4	Dapranba	746,8	S	4	Schnee	-10
Hamburg	771,2	SW	3	Dumil	4	Petersburg	763,2	S	1	Wolkig	-4
Berlin	769,9	SW	6	SW	3	St. Petersburg	769,9	SW	3	Wolkig	8
Kranf. a. M.	774,9	SW	1	SW	4	Uderben	765,2	D	1	bedeckt	8
Branden	775,2	SW	4	Wolkig	4	Paris	772,9	NO	2	bedeckt	6
Bien	769,89	SW	3	bedeckt	8						

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. März 1913. Stetlich mild, veränderlich, vielfach wolkig mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 11. 3.	10.3.	Wasserstand	am 11. 3.	10. 3.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	810 ⁺	+9	Saale, Großh.	149	+2
Regel, Jüterburg	94 ⁺	+5	Saale, Spandau	85	+7
Beichel, Thurn	144 ⁺	+21	Saale, Rabenow	110	+2
Dber, Rathor	151	-27	Spree, Spremberg	118	-8
Kroffen	102	+4	Spree, Bredow	84	0
Frankfurt	116	-2	Spree, Witten	235	-6
Barthe, Schrimm	74	0	Spree, Zossen	344	+12
Barthe, Landsberg	60	+4	Spree, Familienau	333	-3
Rehe, Boddamm	34	0	Spree, Rauh	158	+8
Elbe, Zeimertsh	65	-2	Spree, Adn	178	+4
Dresden	-64	+2	Spree, Dölln	88	-10
Barby	195	+25	Spree, Panau	168	-1
Nagelburg	148	+18	Spree, Trier	284	+5

⁺ bedeutet Hoch, ⁻ Senk. — ¹ Unterpegl. — ² Bei 1000 cm. — ³ Einzelne Wasserstände, Stoppung gelb. — ⁴ Spiegel.



Das Ideal der Hausfrau ist eine Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden
mit nebenstehendem „S“-Schild
oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Schuhputz

SERVUS

das Beste



mit Dosenöffner.

In großen Dosen à 20 Pl. überall zu haben.
Fabrik Chemische Werke Lubszynski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Theater.

Donnerstag, 12. März 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. *Alba*.
Kgl. Schauspielhaus. *Uralte auf Karos*.
Deutsches. *Der lebende Leichnam*.
Königlicher Straße. *Nacht*.
Jirtus Busch. *Calzadorstellung*.
Jirtus Albert Schumann. *Calzadorstellung*.

Anfang 8 Uhr.

Urania. *Hohenzollern-Fahrten*.
Leitung. *Die Erziehung zur Ehre*.
Tob und Leben.
Montis Operetten. *Der Jäger*.
Metropol. *Die Rino-Königin*.
Kammerstücke. *Bürger Schippel*.
Deutsches Opernhaus. *Der*.
Schiller-O. *Wollentz*.
Schiller-Charlottenburg. *Der*.

Anfang 8 Uhr.

Kurfürstentempel. *Lothar*.
Trianon. *Wenn Frauen reifen*.
Romödienhaus. *Die Generalin*.
Graf-Berlin. *Das Fürstentum*.
Berliner. *Filmzauber*.
Theater am Nollendorfsplatz. *Extrazug nach Nizza*.
Theater des Westens. *Die beiden*.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus. *Der*.
Kleines. *Professor Bernhardt*.
Reifens. *Die Frau Präsidentin*.
Zaria. *Puppchen*.
Luisen. *Im wunderschönen Monat Mai*.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. *Pariser Luft*.
Luisenpark. *Walhalla*.
Walhalla. *Carole: Walhalla!*.
Folies Caprice. *Des Löwen Erwachen*.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Anfang 9 Uhr.

Centralpalast. *Edelkätzchen: Hüt in St. Moritz*.
Sternwarte. *Individuen: 57-82*.
Schiller-Theater O. *Wolkenkratzer*.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. *Der Andere*.
Freitag, abends 8 Uhr:
Uriele Acosta.
Sonabend, nachm. 3.10 Uhr:
Wallensteins Lager. *Die Piccolomini*.
Abends 8 Uhr:
Der Andere.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus. *Der guttische Brud*.

Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die beiden Husaren**

Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: **Frauentresser.**

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). *Kunt Roden 1141*.
8 Uhr: **Der Zigeunerprimas.**

8 Uhr: **Residenz-Theater.**

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schm. i. 3. Akt v. Hennequin u. Weber.
Sonntag, 16. März, nachm. 3 Uhr:

Prinzenziehung.

Theater am Nollendorfsplatz
Abends 8 Uhr:
Extrazug nach Nizza.

Sonabend 8 Uhr: **Nathan der Weise.**

Luisen-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.

Freitag und folgende Tage:
Im wunderschönen Monat Mai.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Zum ersten Male:
Verlassene Frauen.

Vollständ. in 5 Akten von R. Ringen.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Verlassene Frauen.**

Sonab., nachm. 4 Uhr: **Die 7 Raben.**

Voigt-Theater.

Geisendruppen. *Waldstraße 35*.
Donnerstag, den 13. März 1913:
Gastspiel in
Pahlmanns Theater,

Schönhäuser Allee 148.
In Saus und Braus.

Volle m. Gef. 1.3. Akt v. Jacobson u. Dahn

Passage-Panoptikum
Mac-Frog, der unersättliche
Froschschlucken

Freie Volksbühne

Die ersten Choraufführungen
von César Franck
Die Seligpreisungen

sind
am Gründonnerstag, den 20. März,
abends 8 1/2 Uhr,
im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain,
und
am Karfreitag, den 21. März, abends 7 Uhr,
in der Neuen Welt, Hasenheide.

Mitwirkende:
Der Berliner Volks-Chor
Dirigent Dr. Ernst Zander

Das Blüthner-Orchester.
Solisten:
Fr. Meta Zlotnicka, Elisabeth Christian,
die Herren Dr. Alfred Gutsmann, Gustav Franz,
Paul Bauer, Anton Siermanns. 244/10

Eintrittskarten in allen Zahlstellen à 75 Pl., an der
Abendkasse 1 M.

Einführungs-Konzert

Sonntag, den 16. März, nachmittags 4 Uhr,
im Blüthner-Saal, Lützowstr. 76.

Herr Leo Kestenberg: Vortrag:
Die Bedeutung César Francks für das Musik-
leben unserer Zeit.

Gesang: Fr. Zlotnicka. Orgel: Herr Egon Petri.
Violoncello: Herr M. Loewensohn.
Eintrittskarten inkl. Garderobe 30 Pl. in den Zahlstellen.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Malchens
Verlobung.

Barleske
von Moysal.
Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzert

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.

Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters
aus Mailand. Dirigent: Maestro Loreto Tesona.

Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pl. Anfang 8 Uhr.

An allen
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert**

Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater

Volkeringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Arturs
Flitterwochen.

Der neue Schwanz-Schlager.
Bücher: Erna Kosehel ufm.
Sonntag 4 Uhr: **Die Hochzeiterin.**

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Donnerstag, den 13. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite - Vorstellung.

U. a.:
Herr Dir. A. Schumann
mit seinen neuesten Creationen.

Prüfungiert! Prüfungiert!
10 Lio-Hol-Tschn's 10
Chinesische Gaukler.

Apachen-Taus
der span. Clowns Carpi u. Noppi
und weitere 8 Attraktionen.

Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.

Herrnfeld

Theater
Täglich präz. 8 Uhr abends:

Die
Schonzeit-
Jäger.

Ein Wald-Idyll in 2 Akten von
Anton u. Donat Herrnfeld.

Liebesprobe.
Plauderei von Ernst Klein.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowstraße
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
O. diese Chauffeurs!

Quintett von Rich. Kehler — u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16. Programmwechsel.

Metropol-Theater.

Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Cloufonsch.
Musik von Jean Gilbert.

In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann a. D. J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Anfang 8 Uhr! Reizungen gestattet!

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Novitäten:
Des Löwen Erwachen.

Bunter Tell.
Flohs Seitensprünge.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.

Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 13. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Die gr. März-Attraktionen. U. a.:

Der mysteriöse Deckenläufer?
Karl-Eugen-Troupe,
Gymnastik in höchst. Vollend.

Clown Pepino
mit seinem Tiersirkus.
Red & Best, Manekkomiker.
Geschw. Fiochi

in ihrem wundervoll. Reitakt
sowie d. große Galaprogramm.
Zum Schluss: **Die gr. Prunkant.**
„Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.

Zirkus Barum

nebst großer
„Raubtier-Dressurschau“
jetzt:

Neukölln, Bergstraße,
an der Walterstraße

Gala-Premiere
mit einem vollständig neuen
Sensations-Programm
Donnerstag, 13. März,
abends 8 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater.

Beinbergweg 19/20, Rosenhof Tor.
Genie 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“

Große Hofes-Revue.
Die Abonnenten unserer Zeitung
haben gegen Vorgebung der Abome-
mensqualität für alle Plätze halbe
Stufenpreise.

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.
64 Andreasstr. 64.

Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten
und bekannten

Hoffmanns Sänger
mit vollständig
neuem Programm

Anfang 8 Uhr.
Nach der **Frei-Tanz.**
Soiree:
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Für den Inhalt der Zeitung
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

